

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### **Wehmeier**

Ich darf Sie im Namen der Körber-Stiftung herzlich zur 122. Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises in Moskau willkommen heißen. Ich tue dies an Stelle von Herrn Bundespräsidenten a.D. Richard von Weizsäcker, den der gestrige Schneesturm in Moskau daran gehindert hat - wie auch einige andere Gäste aus Deutschland und Europa -, wie geplant hierher zu kommen, und der erst heute Nachmittag eintreffen wird.

Es ist dies die neunte Tagung, die der Bergedorfer Gesprächskreis in Moskau durchführt. In keiner anderen europäischen Metropole waren wir so häufig zu Gast. Das kennzeichnet die Bedeutung unserer sowohl bilateralen wie auch multilateralen Dialoge, die wir seit nunmehr dreißig Jahren führen. Für die Körber-Stiftung ist es ein untrügliches Zeichen, dass Russland am gemeinsamen europäischen Haus mitbaut, wie Michail Gorbatschow es einmal formuliert hat.

Unser heutiges Thema hat angesichts der Ereignisse vom 11. September zweifellos eine besondere Akzentsetzung erhalten, und ich bin sicher, dass dies auch in unserem Gespräch deutlich werden wird. Die weltpolitische Lage scheint sich seitdem jedenfalls grundlegend verändert zu haben. Ich bin gespannt, wie dies von den Experten hier gesehen wird.

Ich freue mich besonders, dass Herr Jastrschembkij sich bereit erklärt hat, zu Beginn die russische Position zu erläutern. Er wird heute Vormittag auch die Diskussion leiten. Herrn Karaganow möchte ich sehr dafür danken, dass er zum einen unsere Vorbereitungen dieser Tagung so tatkräftig unterstützt hat und zum anderen heute Nachmittag und morgen früh die Diskussionsleitung übernehmen wird, da Herr Jastrschembkij uns nur zeitlich begrenzt zur Verfügung stehen kann.

## Karaganow

Wir haben uns zu einem Zeitpunkt zusammengefunden, an dem sich in der Weltpolitik in der Tat alles verändert hat und noch nicht klar ist, welche Auswirkungen die Veränderungen letztlich haben werden.

"Russlands europäische Dimension und weltpolitische Herausforderungen" lautet unser Thema. In dem Zusammenhang ist natürlich auch von großem Interesse, welche Rolle Europa unter den veränderten Bedingungen spielen wird. Diese Diskussion hat gerade erst begonnen. Es ist offensichtlich, dass die Ereignisse vom 11. September ein Überdenken der Rolle der Europäischen Union sowie der weltweiten Sicherheitspolitik und der internationalen Politik überhaupt unumgänglich machen werden. Europa wird gezwungen sein, einen neuen Platz in dieser veränderten Welt zu suchen, eine neue Identität in einer Welt neuer Gefahren.

Darf ich Sie im Namen des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik herzlich begrüßen. Wir haben, wie Herr Wehmeier gesagt hat, dieses Treffen mit organisiert und wir hoffen auf eine fruchtbare Diskussion, die uns sicher alle bereichern wird.

Damit übergebe ich das Wort an Herrn Jastrzembkskij für sein Einführungsreferat und die anschließende Leitung der Diskussion.

## Yastrzembski

Ich möchte vor allem unsere ausländischen Gäste herzlich begrüßen. Ich denke, für die Aktualität Moskaus braucht man nur die Weltpresse nach dem historischen Datum des 11. September zu analysieren. Russland ist jedenfalls mit den Themen, die unmittelbar mit den tragischen Ereignissen in den USA zusammenhängen, wieder in den Mittelpunkt der Weltpolitik zurückgekehrt.

Wenn man aufmerksam verfolgt und analysiert, was die europäischen und die amerikanischen Massenmedien über Russland schreiben, dann fällt auf, dass Begriffe wie "neue Epoche" oder "Ende des Kalten Krieges" erneut Schlagzeilen machen. Wiederum ist zu vernehmen, der Westen solle seine historische Chance nicht verpassen und Ähnliches mehr. Solche Kommentare konnte man vor allem nach der Rede des russischen Präsidenten im Deutschen Bundestag und auch in den anderthalb Wochen, die dem Besuch von Präsident Putin in die USA vorangingen, überall lesen.

Ich hatte geradezu den Eindruck eines Déjà-vu - so als würde die Atmosphäre von Ende der achtziger Jahre wiederkehren. Damals konnte man in den Zeitungen die gleiche Euphorie wahrnehmen, ohne dass dies allerdings in politisches Handeln umgesetzt wurde. Die jetzige Situation unterscheidet sich jedoch von der damaligen, was zumindest zaghaft hoffen lässt, dass es dieses Mal keinen Leerlauf geben wird. Dafür will ich einige Aspekte nennen, die zeigen, dass bei aller Ähnlichkeit heute ganz neue Momente eine Rolle spielen.

Vor allem scheint es mir, dass Präsident Putin es geschafft hat, für die Beziehungen zum Westen den richtigen Schlüssel zu finden, den man mit dem Wort Pragmatismus umschreiben könnte. Der Präsident hat nicht nur die richtigen Worte gefunden, sondern er hat auch entsprechende Taten folgen lassen und damit überzeugend bewiesen, dass Russland mit der Antiterrorcoalition tatsächlich an einem Strang zieht.

In diesem Zusammenhang erscheint auch die Rolle Russlands im postsowjetischen Raum, was seine Entscheidung anbelangt, den Vereinigten Staaten von Amerika in einer bestimmten Phase ihres Kampfes gegen den Terror mit konkreten Maßnahmen zu helfen, in einem ganz neuen Licht. Die Entscheidung dafür ist Duschanbe und besonders Taschkent alles andere als leicht gefallen. Russlands Haltung hat hier eine wichtige Rolle gespielt, als es darum ging, die entsprechenden konkreten Entscheidungen zu fällen.

Ich bin deshalb der Meinung, der Westen, Europa, sollte in diesem Zusammenhang sein traditionelles Bild von der Rolle Russlands im postsowjetischen Raum überdenken oder es zumindest aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Denn die bisherigen Vorstellungen über gewisse neoimperialistische Ansprüche Russlands in diesem Raum haben sich doch als sehr vereinfacht erwiesen. Ich denke, das Verhältnis Russlands zu unseren Partnern und Verbündeten in der GUS muss qualitativ neu bewertet werden. Jedenfalls haben sich in einem für den Westen, für die USA höchst kritischen Moment diese Beziehungen als sehr nützlich erwiesen, als es darum ging, die Ziele der Antiterrorcoalition umzusetzen.

Ein weiterer Aspekt zeigt ebenfalls, dass sich die heutige Situation von der zu Anfang der neunziger Jahre unterscheidet. Ich meine die Tatsache, dass Russland, um seine Beziehungen zum Westen und zu den USA auszubauen, keine Gegenleistungen erbittet. Als ich vor dem Besuch des russischen Präsidenten in den Vereinigten Staaten war, habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten vor Russlandexperten gesprochen, und stets wurde mir die Frage gestellt: "Was erhoffen Sie sich im Gegenzug für Ihre Solidarität und Mithilfe, die Sie der westlichen Koalition zukommen lassen?" Die Haltung Russlands basiert auf einer Grundsatzentscheidung, und deshalb erwartet Russland keinerlei Gegenleistung. Russland investiert in Vertrauen - in das Vertrauen der Länder untereinander und ihrer Führungsschichten zueinander. Wir sind an einer qualitativen Veränderung und Vertiefung des Niveaus der Beziehungen zu unseren westlichen Partnern interessiert. Nur auf einer solchen Grundlage können wir einen neuen funktionsfähigen Mechanismus schaffen, um unsere Interessen auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit zu gewährleisten.

Des Weiteren geht es um die Wahrung der globalen Sicherheit. In den westlichen Massenmedien wird zum Ausdruck gebracht, dass Russland in der jetzigen Situation für die USA einen wertvolleren Partner darstellt als viele Mitglieder der NATO - ganz zu schweigen von den Ländern, die bislang auf der Liste der Beitrittskandidaten standen. Auch das ist eine durchaus zutreffende Beobachtung, die aus der Analyse der Situation nach dem 11. September folgt. Dabei hat sich gezeigt, dass Russland mit seiner Position, seinen Interessen und seinen Möglichkeiten im mittel- und zentralasiatischen Raum tatsächlich eine Mithilfe bieten kann, die innerhalb der NATO kaum gegeben ist. Ich denke, dass in der westlichen Gesellschaft dieser Tatbestand und die Qualität der neuen Herausforderungen, die nach dem 11. September deutlich geworden sind, bereits zu einer Diskussion über die Zukunft der NATO geführt haben.

Wie Sie an der Erklärung des amerikanischen Präsidenten feststellen konnten, sind wir bereit, in unserer Beziehung zur NATO so weit zu gehen, wie die NATO ihrerseits bereit ist, mit der Russischen Föderation eine auf Gegenseitigkeit beruhende Beziehung einzugehen. Ich denke, das ist eine sehr neuartige Situation, die sich deutlich von der unterscheidet, wie wir sie zu Beginn der neunziger Jahre hatten. Dabei wächst die Einsicht, dass das Verhältnis zwischen Russland und der NATO verändert werden muss. Das, was wir heute in Form des Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rates vorfinden, ist kaum zufriedenstellend, weder was die Bedeutung der Beziehungen noch die Gesprächsebene oder die behandelten Fragen angeht. Was uns besonders missfällt, ist die Tatsache, dass wir in den Fragen, die uns und die NATO gleichermaßen betreffen, keinerlei gemeinsame Entscheidungen mit der NATO treffen. Deshalb ist es wohl notwendig, in gemeinsamer Arbeit und im Detail die neuen Möglichkeiten, die sich für Russland und die NATO bieten, einer tief gehenden Analyse zu unterziehen.

Wir haben volles Verständnis für die psychologischen und historischen Schwierigkeiten, vor denen die NATO-Mitglieder und der Westen insgesamt stehen, wenn es um die Frage geht, ob Russland Mitglied der NATO werden kann. Wir wollen unsere westlichen Kollegen auch in keiner Hinsicht dabei beeinflussen. Vielleicht kann man aber die Schwierigkeiten umgehen, indem man nicht nach der Eingliederung Russlands in die NATO fragt.

Offensichtlich reift auf beiden Seiten allmählich der Gedanke, dass in der modernen Welt Mechanismen, Einrichtungen und Strukturen fehlen, die angemessen auf die neuen internationalen Herausforderungen reagieren können. Weder die NATO noch die OSZE noch andere Einrichtungen sind gegenwärtig in der Lage, diese Rolle zu spielen. Von daher sollten wir die Frage nach der Bildung einer neuen Institution, die bereits diskutiert wird, in diesem Gesprächskreis weiterverfolgen, einer Institution, die die Hauptakteure, Russland eingeschlossen, an einen Tisch bringen würde, um die wichtigsten Entscheidungen wie die Wahrung der strategischen Sicherheit, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ähnliche Themen gemeinsam zu diskutieren und zu treffen.

Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Ereignisse gewinnt die Forderung Russlands, die Hindernisse auszuräumen, die seiner Integration in die Weltwirtschaft und in die globalen Wirtschaftsstrukturen entgegenstehen, an Gewicht. Hier haben wir es in der Tat mit einer gegenüber den Verhältnissen Anfang der neunziger Jahre grundlegend anderen Situation zu tun. Mein Eindruck ist, dass Russland in den letzten zwei Jahren in gewissem Sinne zu einem stabilisierenden Faktor in der Weltwirtschaft geworden ist. Diese Rolle wollen wir uns auch in Zukunft bewahren. Russland unterscheidet sich heute, was die wirtschaftliche Lage angeht, grundsätzlich von den Gegebenheiten von vor zehn Jahren.

Trotz der berechtigten Forderungen, die ausländische Investoren nach wie vor an die russische Gesetzgebung, die Regeln der Buchführung und viele weitere Punkte stellen, die sie bislang daran

hindern, in Russland erfolgreich zu arbeiten, ist nicht zu übersehen, dass sich die Lage bei uns schrittweise deutlich verbessert. Russlands Anspruch auf Mitgliedschaft in den globalen ökonomischen Strukturen und seine vollständige Einbindung in die Weltwirtschaft wird immer begründeter. In dieser Hinsicht zählen wir besonders auf die Unterstützung der Europäischen Union, vor allem Deutschlands, insbesondere was die Aufnahme Russlands in die Welthandelsorganisation angeht. Wir sind der Meinung, dass die Rolle Russlands auf diesem Gebiet immer wichtiger werden wird. Nach den jüngsten Schätzungen, die mir vorliegen, werden die russischen Gaslieferungen in einem Zeitraum von zwanzig Jahren etwa fünfzig Prozent des europäischen Gasbedarfs decken. Auch die Rolle Russlands auf dem globalen Ölmarkt ist von Bedeutung.

Schließlich möchte ich einen letzten Aspekt hervorheben. Wenn Russland sich in seinen Beziehungen zu den USA und den anderen westlichen Ländern unter den neuen internationalen Bedingungen pragmatisch verhält, bedeutet dies, dass Russland auch in Zukunft unter keinen Umständen seine wichtigsten nationalen Interessen aus den Augen verlieren wird, insbesondere wenn es um die strategischen Wirtschaftsinteressen Russlands und die Beziehungen zu einer Reihe von Ländern geht.

### **Karaganow**

Ich danke Herrn Jastrschembkij für seinen interessanten und inhaltsreichen Beitrag. Damit übergebe ich Ihnen für den ersten Durchgang die Leitung der Diskussion.

### **Adam**

Als jemand, der in den letzten vierzehn Jahren daran mitgewirkt hat, den gelegentlichen Euphorien der Politiker und Journalisten auf den niederen Ebenen der Diplomatie die mühseligen Taten folgen zu lassen, möchte ich vorausschicken: Öffentlich geäußerte Euphorien können insofern nützlich sein, als sie denjenigen, die sich um die Alltagsarbeit kümmern und Ergebnisse zuwege bringen müssen, gewisse Impulse verleihen können.

Gestatten Sie mir eine kurze Reflexion über die Geschehnisse vom 11. September: Dass dies ein Einschnitt war, ist unbestritten. Aber wenn wir die Ereignisse der Jahre 1990/91 damit vergleichen, dann hatten wir es damals mit einer ungeheuren Veränderung der politischen Realität zu tun, während die Perzeption sehr lange brauchte, um sich dieser Veränderung bewusst zu werden. Der 11. September dagegen hat unsere Perzeption schlagartig geradezu traumatisch getroffen und erst allmählich stellen wir fest, dass sich in der Realität Gott sei Dank gar nicht so viel verändert hat.

Eine Folge des 11. Septembers - und darin sehe ich zugleich eine ungeahnte Chance - ist die Tatsache, dass eine fast weltumspannende Koalition von Staaten zustande gekommen ist, die ihre Differenzen, Divergenzen und zum Teil auch konträren Interessen beiseite gelassen haben, um sich an einer gemeinsamen Aktion zu beteiligen, die nicht gegen einen einzelnen Staat gerichtet ist, sondern die sich gegen jene diffuse Drohung wendet, die uns alle betrifft. Dass nicht nur die NATO über den Artikel 5, sondern auch Russland und China und - wer hätte das gedacht? - sogar der Iran die Vorgehensweise der Vereinigten Staaten in Afghanistan, einer geopolitisch äußerst sensiblen Region, unterstützen, ist ein absolutes Novum. Ich denke, worauf es jetzt ankommt, ist, diese Entwicklung politisch möglichst zu verstetigen.

Ein zweiter Aspekt betrifft die globalen Konsequenzen dieses Geschehens. Was uns alle - abgesehen von den schrecklichen Bildern, die das Fernsehen vermittelt hat - wohl am meisten erschüttert hat, ist die Tatsache, dass jemand von Afghanistan aus über unerkannte Kanäle und Verbindungen verfügt, die eine solche Tat im Herzen von New York ermöglicht haben. Das wiederum wird grundlegende geopolitische Auswirkungen haben, die mit der offensichtlich erfolgreichen militärischen Polizeiaktion in Afghanistan - wie ich das nennen würde - deutlich geworden sind. Die Vereinigten Staaten führen keinen Krieg gegen Afghanistan, sondern bekämpfen den internationalen Terrorismus. Und wenn das Talibanregime bereit gewesen wäre, Osama Bin Laden und seine Gefolgsleute auszuliefern, könnte es heute noch die Macht in Kabul innehaben.

Eine dritte Folgerung drängt sich in diesem Zusammenhang auf. Macht es eigentlich weiterhin Sinn, den Begriff des "Westens" zu gebrauchen - der logischerweise den "Osten" als Gegenbegriff impliziert? Ich denke, wir sollten uns da um eine neue Begriffsfindung bemühen. Die Situation in Afghanistan hat schlaglichtartig beleuchtet, was spätestens seit 1996 klar war, dass wir Russland als Partner brauchen, um Krisen, wie wir sie zwischenzeitlich erlebt haben, bewältigen zu können. Von Lösungen will ich gar nicht sprechen; denn die Fortschritte, die wir erzielt haben, sind doch sehr mühsam und ambivalent gewesen.

Ich denke etwa an die Krise auf dem Balkan, wo letztlich alle Beteiligten froh waren, dass es gelungen ist, Russland in das Krisenmanagement einzubinden, sowohl in Bosnien-Herzegowina als auch im Kosovo. Wohl niemand dürfte daran zweifeln, dass eine dauerhafte politische Regelung auf dem Balkan ohne Russland nicht zustande kommen wird. Noch deutlicher wird dies in Afghanistan.

Was unbedingt vonnöten ist: Die USA, Europa und Russland müssen gemeinsam ein Konzept entwickeln, um zu verhindern, dass sich die Entwicklung im Nahen Osten weiter krisenhaft verschärft. Auch da will ich nicht von einer Lösung sprechen. Zumindest stellen wir fest, dass die hoffnungsvollen Ansätze, die sich in Oslo gezeigt hatten, vertan worden sind und die Gefahr droht, dass die radikalen Strömungen auf beiden Seiten wieder die Oberhand gewinnen. Davon ist die gesamte Nahostregion betroffen und bezieht auch den Mittleren Osten mit ein. Ich denke etwa an die Situation im Irak, ein nach wie vor ungelöstes Problem, das militärische Aktionen provoziert.

Positiv stimmt indes, dass durch die Ereignisse in Afghanistan offenkundig neue politische Handlungsmöglichkeiten zumindest ansatzweise mit dem Iran gewonnen wurden. Hier könnten Russland und vielleicht auch Deutschland ihre Beziehungen nutzen, um eine möglicherweise größere Beweglichkeit in Teheran auszuloten.

Ein weiterer Punkt, den ich unterstreichen möchte, betrifft das euroatlantische Verteidigungsbündnis. Es kann keinen Zweifel geben, dass die NATO sich wandelt und im 21. Jahrhundert eine andere Institution ist als zur Zeit ihrer Gründung. Der alte Spruch von Lord Ismay: "NATO is intended to keep the Russians out, the Germans down and the United States in" hat weitgehend seinen Sinn verloren. "Keep the Germans down and the Russians out", davon kann keine Rede mehr sein. "To keep the United States in", das allerdings gilt heute nach wie vor uneingeschränkt, zumal die USA mitunter dazu neigen - um es vorsichtig auszudrücken -, in ihrer Außenpolitik einen gewissen Unilateralismus zu praktizieren. Auch in dieser Hinsicht dürften allerdings die Ereignisse vom und seit dem 11. September das Denken in Washington nachhaltig beeinflusst haben.

Ich halte die Zukunft der NATO grundsätzlich für offen und denke, dass die militärische Verflechtung immer stärker an Bedeutung gewinnen wird. Allein schon durch die tägliche Zusammenarbeit ranghoher Offiziere aus verschiedenen Ländern entsteht eine neue Kultur militärischen Denkens, die zum eigentlichen Gütesiegel der NATO werden dürfte. Es hat sich beispielsweise gezeigt, dass der berühmte Artikel 5, der jetzt nach über vierzig Jahren erstmals angewendet wurde, an Bedeutung verloren hat und im Grunde nur noch ein Relikt aus der Vergangenheit des Kalten Krieges ist. Die organisierte Verflechtung, die mit jeder Erweiterung der NATO immer mehr in den Vordergrund tritt, bewirkt eine nachhaltige Veränderung der militärischen Kultur zwischen den beteiligten Streitkräften. Wer als Offizier drei, wenn nicht sechs oder acht Jahre bei der NATO verbringt, hat eine ganz persönliche Prägung erfahren. Das, so meine ich, liegt im Interesse aller europäischen Länder und damit auch Russlands. Dies ließe sich zweifellos pragmatisch schrittweise ausbauen.

Deshalb würde ich dafür plädieren, diese Entwicklung durch keine künstlichen Barrieren zu behindern. Zusammenarbeit auf Gegenseitigkeit bedeutet aber auch, dass die Beteiligten akzeptieren, dass Dinge, die sie selbst betreffen, von den anderen mitbestimmt werden.

In diesem Zusammenhang will ich noch kurz die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) erwähnen, die in zwei Wochen auf dem Europäischen Rat in Laeken wiederum einen entscheidenden Schritt vorankommen dürfte. Auf dem letzten EU-NATO-Gipfel wurde ja ein enger Konsultationsmodus vereinbart, und die Europäische Union ist daran interessiert, dass dieser Modus mit Substanz gefüllt wird.

Dabei möchte ich betonen, dass Sicherheitspolitik zukünftig nicht nur unter dem traditionell militärisch-geopolitischen Gesichtspunkt zu sehen ist. Wie wir erfahren haben, sind die neuen Risiken und Herausforderungen kaum noch mit militärischen Mitteln allein einzudämmen. Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Geldtransfers - die ja den internationalen Terrorismus größtenteils erst ermöglichen - erfordern andere Mittel, um sie wirksam bekämpfen zu können.

Das Beispiel der Europäischen Union zeigt doch gerade, dass Sicherheit und Zusammenarbeit nicht in erster Linie durch militärische und sicherheitspolitische Absprachen zustande gekommen sind, sondern dass durch die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes die Wirtschaftsinteressen derart miteinander verflochten wurden, dass ernsthafte politische Konflikte zwischen den Mitgliedsländern de facto undenkbar geworden sind.

In dieser Richtung sollten wir verstärkt weiterdenken, wenn es um die Einbeziehung der östlichen Länder Europas in die Strukturen der Europäischen Union geht. Der Erweiterungsprozess dürfte in den nächsten vier Jahren abgeschlossen sein, zumindest mit den zehn Ländern der ersten Runde. Angesichts dieser Entwicklung ist es für Russland von entscheidender Bedeutung, dass es seine

Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu diesem sich vergrößernden Europäischen Wirtschaftsraum ausbaut und vertieft. Letztlich sind es die Wirtschaftsbeziehungen, die aus dem alten Nullsummenspiel-Denken der militärischen Konfrontation herausführen und die Einsicht wachsen lassen, dass Zusammenarbeit allen Beteiligten nützt. Dann werden auch die traditionellen Fragen der klassischen Sicherheitspolitik in einem ganz anderen Licht erscheinen. Das ist jedenfalls meine große Hoffnung.

### **Joffe**

Was mich immer wieder in Erstaunen versetzt, wenn ich Russland im Abstand einiger Jahre besuche, sind die ungeheuren Veränderungen, die in diesem Land sichtbar werden. Ich war erstmals 1978, in tiefsten Breschnew-Zeiten, in Moskau. Damals war der Konflikt zwischen der Sowjetunion und dem Westen um die Dislozierung der so genannten Neutronenwaffen in vollem Gange. Auch im westlichen Lager gab es dagegen erhebliche Widerstände, wie Sie sich erinnern werden.

Während meines Aufenthaltes in Moskau beklagte ich mich einmal bei meinem sowjetischen Begleiter über den schrecklichen Kaffee im Hotel Rossiya. Der KGB-Mann unterbrach mich kurz und meinte auf Englisch: "Do you know what have in common Russian coffee and neutron bomb? - They both kill people and leave buildings intact." Und er fuhr fort: "Do you know what the difference is between Russian coffee and neutron bomb? - You can protest against neutron bomb, you cannot protest against Russian coffee." Wenn eines den dramatischen Wandel in diesem Land deutlich macht, dann ist es die Tatsache, dass man heute überall in Moskau sehr guten Kaffee bekommt.

Was die Veränderung auf dem Gebiet der Sicherheit, in dem, was die Experten die große Strategie nennen, angeht, so hat sich in der Tat seit dem 11. September gerade in diesem Lande sehr viel getan. Dieser Wandel ist allerdings nicht über Nacht eingetreten, sondern hat sich in den letzten zehn Jahren, beginnend mit Gorbatschow, dann unter Jelzin und jetzt durch Putin vollzogen. Das war ein schmerzhafter, mühsamer und geradezu dialektischer Prozess, denn die russische Politik hat sich nicht geradlinig entwickelt, sondern hat sich in allmählichen Schritten - auch gelegentlichen Rückschritten - auf den heutigen Zustand zubewegt.

Im Golfkrieg 1990 hat Russland zwar mit dem Westen kooperiert, aber auf eine noch sehr verhaltene Weise mit stark rivalisierenden Elementen. Ich nenne nur den Namen Primakow, der seinerzeit eine sehr eigene russische Politik verfolgte, die sich keineswegs mit der westlichen Politik gegen Saddam Hussein deckte.

Diese zweideutige russische Politik setzte sich auch im Bosnien-Konflikt 1991-1995 fort, wo Russland ebenfalls mit dem Westen zusammenarbeitete - beispielsweise gemeinsam mit dem Westen in der UN votierte -, aber gleichzeitig seine klassische Außenpolitik betrieb und als Protektor Serbiens unter Milošević auftrat. Das zeigte sich auch im Kosovo-Konflikt, als ein russisches Militärkontingent im Handstreich den Flughafen von Pristina besetzte. Immer wieder war es diese Mischung von Kooperation und Rivalität, die das Verhältnis zum Westen stark beeinflusste, was zuletzt bei den Auseinandersetzungen um den ABM-Vertrag und den Aufbau eines nationalen amerikanischen Raketenabwehrsystems deutlich wurde.

Insgesamt aber hat hier eine Entwicklung stattgefunden, die nach dem 11. September eine geradezu dramatische Veränderung der großen Strategie hat sichtbar werden lassen, die mich selbst überrascht hat. Das hat seinen Ausdruck nicht zuletzt in dem historischen 15:0-Votum im UN-Sicherheitsrat für die Aktion in Afghanistan gefunden mit der anschließenden Bereitschaft von Usbekistan und Tadschikistan, die Allianz in ihren Operationen zu unterstützen bis hin zu Waffenlieferungen an die Nordallianz.

Mit anderen Worten: Russland ist praktisch über Nacht zu einem wichtigen strategischen Akteur geworden. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, dass Russland in seiner strategischen Funktion für die Kriegsführung oder Polizeiaktion der USA in Afghanistan wichtiger gewesen ist als alle westlichen NATO-Partner der USA. Ohne diese strategische Kooperationsbereitschaft Russlands wären die militärischen Aktionen der Vereinigten Staaten in Afghanistan jedenfalls kaum so erfolgreich verlaufen. Das hat selbst die amerikanische Regierung völlig überrascht, wie ich vor einer Woche in Washington wahrnehmen konnte. Ohne die strategische Unterstützung Russlands wären die schnellen Erfolge sicher nicht möglich gewesen.

Abschließend will ich einige Fragen zur Diskussion aufwerfen. Als Historiker der internationalen Politik, speziell der internationalen Sicherheitspolitik, sehe ich nicht nur auf den 11. September, sondern auch auf die große Strategie Russlands, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte und Jahrzehnte gezeigt hat. Seit Peter dem Großen gab es immer wieder Zeiten eingehender Zusammenarbeit zwischen dem

Westen und Russland, denen dann genauso Zeiten intensiver Konflikte folgten. Ich denke beispielsweise an die strategische Zusammenarbeit gegen Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Kaum war der Krieg vorbei, gab es einen *renversement des alliances*, eine Umkehrung der Bündnisse, und an die Stelle der großen Allianz trat vierzig Jahre lang der Kalte Krieg.

Die Geschichte unserer Beziehungen ist also ein ständiges Auf und Ab. Zu keiner Zeit hat es eine wirklich stabile Beziehung und Zusammenarbeit über einen längeren Zeitraum gegeben. Deshalb stelle ich die Frage: Wie stabil ist die Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, einzuschätzen? Russland definiert seine Interessen im Augenblick offensichtlich in einer Weise, dass eine strategische und politische Kooperation mit dem Westen möglich geworden ist. Das würde geradezu eine Revolution in der Geschichte unserer Beziehungen bedeuten. Welche Interessen leiten Russland zu dieser Zusammenarbeit und wie stabil sind sie? Oder handelt es sich nur um eine zufällige Konstellation, eine Art Ad-hoc-Allianz, bedingt durch das gemeinsame Interesse der Abwehr des Terrorismus, der unser aller Sicherheit bedroht? Wie lange wird diese Konstellation anhalten? Gestern sagte mir ein russischer Kollege auf eben diese Frage: *Russia wants to join the club*. Das würde heißen, Russland ist an einer stabilen Entwicklung einer gemeinsamen Strategie mit dem Westen interessiert.

### **Yastrzhembski**

Herr Joffe hat uns mit einem neuen Beurteilungskriterium bereichert. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, kann man aus der Güte des Kaffees, mit dem Sie in Russland bewirtet werden, den Zustand der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen ableiten. Jetzt hat Herr Karaganow ums Wort gebeten.

### **Karaganow**

Zunächst will ich auf die neuen Herausforderungen eingehen, die wir offensichtlich noch nicht in ihrer ganzen Schwere erfasst haben. Dabei sehe ich zwei Hauptprobleme. Das erste besteht in der Informationsrevolution, die in den letzten 20 Jahren dazu geführt hat, dass die Armen in der ganzen Welt, zum Teil auch in der islamischen Welt, die Möglichkeit erhalten haben, Bilder aus einer anderen, reichen Welt zu empfangen. Diese Revolution zeigte sich in Form von Satellitenschüsseln, die in ungeheuren Mengen in vielen Ländern vor etwa 20 Jahren aufkamen. Jetzt sind wir dabei, gewissermaßen die Früchte dieser Revolution zu ernten.

Dieser Konflikt verläuft nicht so sehr zwischen der islamischen und der christlichen Welt und auch nicht zwischen dem Islam und dem Westen, sondern in der Spannung zwischen Ausweglosigkeit und Verzweiflung einerseits und relativem Reichtum andererseits. Ich würde sogar behaupten, dass es denselben Bruch auch in den Gesellschaften gibt, die man gemeinhin als westlich bezeichnet. Auch dort sind Schichten entstanden, die unter Dauerarmut zu leiden haben. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir bald eine neue Terrorwelle auch innerhalb der westlichen Gesellschaften erleben werden, nämlich seitens der neuen "neuen Linken". Wenn wir beispielsweise in die Außenbezirke der westlichen Großstädte gehen, stellen wir fest, dass die Menschen dort ein vollkommen anderes Leben führen als das, was ihnen im Fernsehen vorgeführt wird. Das sehen sie auch, wenn sie, was selten vorkommt, in das Stadtzentrum fahren oder die reichen Vorstädte besuchen. Auch diese Menschen sehen keine Zukunft und verspüren Verzweiflung und Ausweglosigkeit.

Ich meine, wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir mit diesem Problem mit Hilfe einer politischen Strategie und durch Information und Aufklärung begegnen sollen. Wir haben vergessen, dass das, was wir produzieren und ausstrahlen, explosive Folgen haben kann.

Ein weiteres Problem, das nur selten beachtet wird und von dem auch ich nicht recht weiß, wie man dem begegnen soll, ist die Beschleunigung der Zeit. Früher waren es die Menschen gewohnt, dass sich ihre Umgebung und ihre Lebensbedingungen ganz allmählich veränderten, in Zeiträumen von Jahrhunderten oder sogar Jahrtausenden. Heute findet das alle zwanzig Jahre statt. Damit können die Menschen den Erfahrungsschatz ihrer Eltern nicht mehr nutzen und ihre eigenen Erfahrungen entwerten sich sehr schnell. Das wird offenbar sehr schwerwiegende soziale und psychologische Folgen für unsere Gesellschaften haben, denen wir Rechnung tragen müssen.

Der Terrorismus ist zweifellos die augenfälligste Erscheinungsform dieses Konflikts. Sie ist größtenteils Ausdruck eines ganz neuen sozialen Konflikts. In gewissem Sinne läuft das in gleicher Weise ab - auch wenn die Art des Konflikts eine ganz andere ist -, wie ihn unsere Gesellschaften Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlebt haben, was zu mehreren zerstörerischen und katastrophalen sozialen Revolutionen geführt hat.

Das zweite Hauptproblem ist die offizielle Verbreitung der Atomwaffen, die wir nicht gestoppt haben. Im Gegenteil, wir haben diese Entwicklung nicht nur verschlafen, sondern uns damit abgefunden. Die Länder, die offiziell zur Verbreitung der Atomwaffen beigetragen haben, wurden infolge unserer Untätigkeit politisch, moralisch und psychologisch geradezu begünstigt. Indien und Pakistan beispielsweise sind als Besitzer von Atomwaffen wichtiger und interessanter geworden. Hinzu kommt, dass die technologische Entwicklung den Bau von weiteren Kernreaktoren nach sich gezogen hat. Und wenn die führenden Länder der Weltgemeinschaft nicht konsequent dagegen einschreiten, wird die Tendenz zur Weiterverbreitung von Atomwaffen anhalten.

In Asien hat ein Wettrüsten begonnen, das ebenfalls wenig Beachtung findet, obwohl das ein wichtiger Tatbestand ist. So hat in den letzten Jahren der Kauf von konventionellen Waffen zugenommen. Sowohl das rückständige als auch das fortschrittlichere Asien werden zu einer immer instabileren und zunehmend hochgerüsteteren Region. Hier zeichnen sich neue Konflikte ab. Dieser Entwicklung haben wir bislang kaum Beachtung geschenkt, sondern zum Teil, ohne es zu wollen, zur Weiterverbreitung der Atomwaffen und zum Rüstungswettkampf mit beigetragen. So haben die Militärschläge der NATO gegen Jugoslawien dazu geführt, dass jetzt Politiker überall in der Welt meinen, man müsse sich für alle Fälle bewaffnen, damit sich solche Szenarien nicht wiederholen. Die langfristigen Folgen unseres Handelns sind uns nicht bewusst geworden. Das gilt auch für die Militäraktion gegen den Irak. Das "Golfkrieg-Syndrom" ist bis heute wirksam, und es wird verstärkt durch das "Jugoslawien-Syndrom".

In Asien findet nicht nur eine Neuverteilung der Kräfte mit großer Geschwindigkeit statt, die Staaten rüsten auch immer mehr auf. Hier bildet sich allmählich eine regionale Gruppierung heraus, die früher oder später wahrscheinlich zu grundlegenden weltweiten Veränderungen führen wird. Ob zu mehr Stabilität oder mehr Instabilität - der Status quo wird jedenfalls nicht erhalten bleiben.

Die islamischen und die nichtislamischen Länder Asiens sind dabei - bildlich gesprochen -, das "Joch des weißen Mannes" abzuwerfen. Lange Zeit waren sie gezwungen, in der einen oder der anderen Weise unser Denken zu übernehmen, sei es in Form der westlichen Werte oder des Kommunismus. Die asiatischen Eliten sind inzwischen sehr viel selbstbewusster geworden. Auch wenn sie viele westliche Werte übernommen haben, insbesondere den Kapitalismus, sind sie immer weniger bereit, der Politik des Westens zu folgen. Wenn es eine wichtige Tendenz in den internationalen Beziehungen gibt, dann ist es eine wachsende Unsicherheit vor allem in Asien.

Ich will in diesem Zusammenhang nur noch auf die bekannte Tatsache hinweisen, dass sich die Massenvernichtungsmittel nicht nur in Form von Atomwaffen ausbreiten, sondern auch in Form von biologischen und chemischen Waffen, die immer kostengünstiger werden und leichter zugänglich sind. Auch da sind Maßnahmen erforderlich, ohne dass wir bislang wissen, wie diese aussehen könnten.

Bei dieser Diskussion wird leicht übersehen, dass auch die herkömmlichen globalen Probleme weiterhin vorhanden sind und sich sogar verschärfen. Ich denke zum Beispiel an die Umweltprobleme, die in wenigen Jahrzehnten zu erheblichen Veränderungen führen werden und möglicherweise neue soziale Konflikte auslösen.

Im Weltmaßstab drohen also immer größere und unvorhersehbare Gefahren, die die Demokratie und ihre alten Wertvorstellungen vor beträchtliche Herausforderungen stellen, was wir uns bisher nicht eingestehen. Wir haben uns damit beruhigt, dass sich die Bedrohung durch eine nukleare Katastrophe verringert hat, obwohl diese selbst in den Jahren der bilateralen Konfrontation nahe null war.

Irgendwie ist die Welt zu ihrer klassischen Geschichte zurückgekehrt, aber auf einem viel höheren Niveau. Die Rüstungen sind stärker und moderner. Zugleich ist vor allem die westliche Zivilisation brüchiger und die Welt insgesamt transparenter geworden. Konflikte, die irgendwo in der Welt stattfinden, wirken sich unmittelbar auf die Gesamtsituation aus. In früheren Zeiten konnte ein Krieg geführt werden, ohne dass sich jemand darum gekümmert hätte. Das war vor zehn Jahren der Fall und ist auch heute noch so. Ich denke an die zehn bis fünfzehn Konflikte in Afrika, die wir nicht zur Kenntnis genommen haben. Das wird jetzt immer schwieriger werden.

Für Russland ist diese neue Weltordnung besonders problematisch. Wir sitzen gleichsam zwischen den Stühlen: zwischen den Armen und den Reichen, zwischen dem reichen Westen und der armen islamischen Welt. Für uns gibt es kaum die Möglichkeit, im Osten irgendein strategisches Bündnis einzugehen, auch wenn der eine oder der andere dies vielleicht begrüßen würde. Ein Bündnis mit China beispielsweise könnte zu einer Unterordnung Russlands führen - oder umgekehrt, China ordnet sich Russland unter. Aber auch bei einem Bündnis mit dem Westen fürchten viele Russen, dass Russland darin nur eine zweitrangige Rolle zukommen würde. Im Augenblick spielt Russland eine erstrangige Rolle, aber es wird trotzdem eine Wahl treffen müssen, sowohl in kultureller als auch in



militärpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Vielleicht können wir unsere Entscheidung noch zehn Jahre hinauszögern, wobei wir nicht wissen, ob der Westen überhaupt bereit ist, mit Russland zusammenzugehen. Zum Tangotanz braucht es zwei Partner. Das heißt, Russland muss sich entscheiden, und Präsident Putin und große Teile - wenn auch längst nicht alle - der russischen Bevölkerung haben sich entschieden. Wir stehen also an einer Wegkreuzung, von der Herr Jastrschembkij gesprochen hat.

Die Situation verschärft sich zusätzlich dadurch, dass wir uns einer Krise der globalen Lenkungs-fähigkeit gegenübersehen. Das zeigt sich in der UNO, und auch die NATO befindet sich in einer sehr schwierigen Lage, wobei unklar ist, womit sie sich in den kommenden Jahren beschäftigen wird. Gegenwärtig hat es den Anschein, als sei man nur auf die Erweiterung aus, was dazu führen würde, Russland zurückzustoßen. Ich denke jedenfalls, dass die NATO in ihrer jetzigen Form vollkommen ungeeignet ist, den neuen Anforderungen an die Sicherheit zu entsprechen.

Ich würde nicht einer Auflösung der NATO das Wort reden. Dazu müsste zuvor etwas Neues an die Stelle treten. Sobald sich ein neuer ernster Konflikt zeigt, zum Beispiel mit dem Irak, wird die NATO sofort zu einer interessanten Seminarrunde, wie das Anfang der neunziger Jahre der Fall war. Dann kam der Konflikt mit Afghanistan, und wiederum kommt der NATO die Rolle einer interessanten hochrangigen Seminarrunde zu, so wie wir hier, aber auf offiziellem Niveau. Dann wird darüber debattiert, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, aber es werden keinerlei Entscheidungen getroffen. Die Entscheidung treffen die USA, zum Teil wird auch in Moskau und London und neuerdings wieder in Berlin entschieden.

Angesichts der neuen Herausforderungen findet ein Renationalisierungsprozess in der Außenpolitik statt. Wie wir unter diesen Umständen gemeinsam handeln werden, ist mir noch unklar. In einer schwierigen Lage ist auch die Europäische Union. Ich vermag jedenfalls nicht zu erkennen, wie sie ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unter den neuen Bedingungen gestalten wird. Alle Diskussionen, die in der EU über die gemeinsame Außen- und besonders die Sicherheitspolitik geführt werden, stellen eine unangemessene Antwort auf die neuen Herausforderungen dar.

Krisensymptome zeigen sich sogar in einer Einrichtung wie der Gemeinschaft der G-8-Staaten, der es bisher nicht gelungen ist, sich zu einer funktionstüchtigen Institution zu entwickeln, und die gleichzeitig zunehmend unter den Einfluss der Straße und der Stimmungen der Massen geraten ist. Als Mitglied des ständigen Vorbereitungskomitees der G-8-Konferenzen bin ich häufig an der Ausarbeitung von Dokumenten beteiligt, die dann den Diplomaten und Verhandlungsführern vorgelegt werden. Ich weiß also, was da eingebracht wird und was anschließend dabei herauskommt. In Genua zum Beispiel war das Ergebnis ein Dokument, das den schlechtesten UNO-Traditionen entspricht: Vollkommen oberflächlich und inhaltsleer, ohne wirkliche Beschlüsse, sondern nur allgemeine Formulierungen in Reaktion auf die Forderungen der öffentlichen Kontrahenten.

Nun zu Russland. Russland bleibt im Grenz- und Niemandland, wie Sergej Jastrschembkij in einer etwas anderen Form gesagt hat. Wir sind für den Westen zur Hälfte Feind und zur Hälfte Partner, sitzen also zwischen zwei Stühlen. Das ist für uns eine äußerst unangenehme Lage. Präsident Putin hat vor dem 11. September eine strategische Entscheidung getroffen. Er hat die Annäherung an die EU stark intensiviert und trotz starker Widerstände im eigenen Land begonnen, die Beziehungen zur NATO zu erneuern.

Er hat zugleich das Verhältnis zu allen führenden westlichen Nationen verbessert. Seine Entscheidung nach dem 11. September ist nicht ohne Risiko. Möglicherweise stehen wir hinterher allein da. Sollte sich der Krieg auf die nahe gelegenen Länder der ehemaligen Sowjetunion ausweiten oder die USA zum Beispiel eine Bombardierung des Irak beschließen, wenn es etwa in Afghanistan nicht richtig laufen sollte, könnte Putin in Verlegenheit kommen. Er geht auch das Risiko ein, dass die USA und der Westen Bin Laden töten und dann wieder abziehen und dort alles beim Alten bleibt. In dem Fall würden wir als Gegner weiter involviert sein. Das heißt, das Bündnis, das wir eingegangen sind, wäre einer gewissen Unsicherheit ausgesetzt, da bei bestimmten Punkten Abmachungen fehlen.

Wir befinden uns also wiederum an einem historischen Wendepunkt, und es gilt, zwei Probleme zu lösen. Zum einen geht es um die Institutionalisierung des momentanen Bündnisses. Das könnte im Rahmen der NATO geschehen. Dieser Prozess wäre schwierig, denn die NATO hat ihre eigene Geschichte und ist auf Europa hin orientiert. Schwer vorstellbar, dass Länder wie Südkorea, Japan oder China dabei eine Rolle spielen können. Man müsste wahrscheinlich die G 8 als Grundlage nehmen und dieses Bündnis um andere wirklich wichtige Staaten erweitern. Ein solches Bündnis sollte nicht nur gegen den Terrorismus, sondern gegen alle neuen und zum Teil auch die alten Herausforderungen gerichtet sein. Hauptbestandteil dieses Bündnisses müssen neue Einrichtungen sein: ein Komitee für Informationsaustausch, ein Komitee für Zusammenarbeit der Geheimdienste, der

Zollbehörden, der Finanzdienste und der Polizei. Das ist viel wichtiger als ein militärischer Ausschuss, obwohl es einen solchen ebenfalls geben muss.

Worauf es aber in einem solchen Bündnis insbesondere ankommen würde, wäre die Veränderung unseres Denkens. Wir sind immer noch dem Denken der achtziger oder sogar der siebziger Jahre verhaftet, obwohl wir mittlerweile am Anfang des 21. Jahrhunderts angelangt sind. Wir brauchen eine Struktur, die, ähnlich wie es in der NATO und in der EU gelungen ist, die alten Feinde in Europa dazu bringt, sich einander anzunähern, eine Struktur, die uns zwingt, unsere Sicht der Welt zu ändern und uns auf die Herausforderungen der neuen Weltlage einzustellen. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Strategie, über die wir bisher nicht verfügen und die sowohl eine Entwicklungsstrategie enthält wie auch eine gemeinsame Politik, etwa was den Bau von Atomreaktoren angeht.

Dazu gehört auch eine neue Informationspolitik gegenüber der islamischen Welt. Weder Russland noch der Westen haben in den letzten zwanzig, dreißig Jahren den Dialog mit den islamischen Staaten gesucht. Wir erwarten, dass man uns mit Sympathie begegnet und uns Gehör schenkt, aber außer unseren Fernsehsignalen hat es keine regelmäßigen Gespräche mit den Führungskreisen in diesen Ländern gegeben. Es gibt nur sehr wenige Diskussionsrunden wie den Bergedorfer Gesprächskreis, zu denen gelegentlich führende Persönlichkeiten aus den arabischen und islamischen Staaten eingeladen werden sollten.

Ein so umfassendes Bündnis würde Russland aus seiner unangenehmen ungeklärten Lage befreien. Das heißt nicht, dass alle, die einem solchen Bündnis angehören, genau die gleichen Interessen haben und sich entsprechend anpassen müssten. Frankreich beispielsweise ordnet seine Interessen bei weitem nicht immer den Interessen der Vereinigten Staaten unter und umgekehrt. Aber wir brauchen eine Struktur, um den neuen Herausforderungen begegnen zu können und auch, um unser Denken zu verändern. Das müsste eine neue Struktur der Zusammenarbeit sein. Ich bin durchaus nicht gegen eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO, ich bin jedoch der Meinung, dass diese sich nicht in der Weise umorganisieren lässt, um die vorgenannten Ziele zu erreichen. Eine Erweiterung der NATO auf Russland würde nicht zu einer Lösung der erwähnten Probleme und der neuen Herausforderungen führen. Deshalb müssen wir über die Schaffung eines neuen Bündnisses nachdenken. Ich hatte gehofft, dass Bush oder Putin eine derartige Überlegung äußern würden, was aber bisher wohl nicht geschehen ist. Dennoch bewegen wir uns in diese Richtung, und wir müssen diesen Prozess mit vereinten Kräften beschleunigen.

### **Yastrzhembski**

Herr Karaganow hat davon gesprochen, dass wir zwischen den Stühlen beziehungsweise auf zwei Stühlen gleichzeitig sitzen. Im Mai dieses Jahres haben wir in Moskau Ausländern aus den USA, Deutschland, Frankreich, England und China, die zum ersten Mal in Russland waren, die Frage gestellt, was sie über Russland denken. Dabei erhielten wir sehr aufschlussreiche Antworten. Eine der interessantesten kam von chinesischen Korrespondenten, die sinngemäß sagten: Die Russen, das sind in unseren Augen "verhinderte Westler". Das heißt, unsere doppelte Ausrichtung wird auch von außen so wahrgenommen.

### **Karaganow**

Ich möchte eines richtig stellen: Ich habe nicht für eine Auflösung der NATO plädiert, sondern nur gesagt, dass sich die NATO in einer Identitätskrise befindet.

### **Rahr**

Nach den Terroranschlägen vom 11. September versucht Präsident Putin, Russland über eine neue Sicherheitsallianz mit den USA in die erste Liga der Weltpolitik zurückzuführen. Die Amerikaner hatten nach dem Amtsantritt von George W. Bush zunächst von einer gleichwertigen strategischen Partnerschaft mit Russland wenig wissen wollen. Putin hatte sich deshalb vornehmlich den Europäern zugewandt. Doch über die Europäische Union ließ sich in den letzten Monaten die Mitgestaltung der Weltpolitik für Moskau kaum verwirklichen. So gesehen hat es den Anschein, als habe es sich für Russland gelohnt abzuwarten, wie sich die amerikanische Interessenlage entwickelt. Wie es aussieht, steht Amerika nicht vor einem kurzen, sondern vor einem langen Krieg gegen den internationalen Terrorismus, der mit der Bombardierung Afghanistans und der Vertreibung der Taliban nicht beendet ist. Am Ende könnte eine grundlegende Änderung der Weltpolitik stehen, und sowohl Russland als auch die Europäer wollen verhindern, dass sie sich bei der Neugestaltung der weltpolitischen Ordnung im Abseits befinden. Insbesondere Russland will vermeiden, dass die Weltpolitik wie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ohne seine Mitwirkung stattfindet.

Putin hat im Vorfeld seines Amerikabesuches viele Zugeständnisse an Washington gemacht. So stoppte er nach den Terroranschlägen auf New York und Washington die gerade angelaufenen Militärmanöver, um angesichts des Ausnahmezustandes, in dem sich die amerikanischen Streitkräfte befanden, keine unnötigen Irritationen zu erzeugen. Des Weiteren offerierte er den USA - Herr Jastrschembkij hat es erwähnt - Überflugrechte über russisches Territorium auf dem Wege nach Afghanistan. Außerdem ordnete er an, dass die russischen Geheimdienste eng mit den US-Diensten zusammenarbeiten.

Dann drängte er die GUS-Staaten im Süden, ebenfalls konstruktiv mit den Amerikanern zusammenzuarbeiten. Er schloss russische Militärbasen auf Kuba und in Vietnam und deutete zum ersten Mal die Bereitschaft an, nach einer politischen Lösung im Tschetschenien-Konflikt zu suchen. Den Europäern versprach er während seines Besuches in Essen und in Berlin zusätzliche Energielieferungen, sollte es zu einem krisenbedingten Ausfall der Öllieferungen aus den arabischen Ländern kommen. Darüber hinaus sagte er den Amerikanern Hilfe aus russischen Militärlabors im Kampf gegen die Milzbrandattacken in den USA zu.

Kurz vor seinem Abflug nach Washington nannte Putin dann in einem Interview den Preis, den er für sein weites Entgegenkommen von den USA erhoffte. Erstens die Unterstützung Russlands für die Integration in die Weltwirtschaft durch rasche Aufnahme in die WTO. Herr Jastrschembkij und Herr Karaganow haben diesen Punkt erwähnt.

Zweitens den Ausbau der amerikanisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, die nach dem russischen Finanzcrash von 1998 weitgehend stagnieren.

Drittens kein einseitiger Ausstieg der Amerikaner aus dem ABM-Vertrag, sondern Verhandlungen über eine gemeinsame Modifizierung des Vertrages.

Viertens ein russisches Mitspracherecht in einer sich verändernden NATO sowie eine größere Akzeptanz der russischen Politik in der GUS.

Wenn ich es richtig sehe, ist Putin der Meinung, dass er dem Westen heute ein stabiles Russland präsentieren kann, das einen ganz anderen Partner darstellt, als noch in den neunziger Jahren. Die russische Wirtschaftsentwicklung ist in der Tat vielversprechend. Der Reformstau der neunziger Jahre hat sich weitgehend aufgelöst. Es gibt ein wenn auch noch bescheidenes Wirtschaftswachstum. Russland zahlt seine Auslandsschulden pünktlich zurück und nimmt keine neuen Auslandskredite auf. Die Gefahr des inneren Zerfalls Russlands ist gebannt.

Viel wird jetzt davon abhängen, ob Washington die russische Hilfe im Kampf gegen den internationalen Terrorismus wirklich benötigt. Präsident Bush, Bundeskanzler Schröder und Premier Blair scheinen eine Öffnung der NATO für Russland nicht mehr auszuschließen. Aber es gibt dagegen viele Skeptiker in den USA. Ich verweise nur auf den kürzlichen Artikel von Steve Sestanovich, in dem er die Warnung ausspricht, dass Russland durch sein ungelöstes Problem im Nordkaukasus eher eine Belastung denn ein konstruktiver Helfer im Kampf gegen den islamischen Terrorismus ist. Hinter der neuen Antiterrorallianz stehen also viele Fragezeichen.

Beispielsweise: Kann sich Putin mit seiner radikalen Westöffnung gegenüber Vorbehalten in der eigenen Elite durchsetzen? Oder wird er das Schicksal des sowjetischen Reformpolitikers Gorbatschow teilen, der aufgrund seiner einseitigen Zugeständnisse an den Westen im heutigen Russland fast als Verräter gilt?

Wird Putin, wenn ihm der Schulterchluss mit dem Westen so wichtig ist, von der Rüstungskooperation mit Ländern Abstand nehmen, die Massenvernichtungswaffen herstellen können, wie im Westen vielfach kritisiert wird? Eine Folge wäre, dass er auf gerade neu erschlossene Finanzquellen verzichten müsste. Und was die Amerikaner angeht: Sind diese ihrerseits bereit, Russland, das vor zwölf Jahren, als die Sowjetunion noch bestand, aus Afghanistan vertrieben wurde, in eine künftige Afghanistanlösung einzubeziehen und zuzulassen, dass Russland jetzt mit amerikanischer Hilfe seine Einflusssphäre in der kaspischen Ölregion wiederherstellt? Oder setzt Washington bei der Wiederherstellung der politischen Ordnung in Afghanistan eher auf Staaten wie Pakistan und die GUUAM, unter anderem auf Usbekistan?

Herr Karaganow hat eine gemeinsame Allianz mit der NATO vorgeschlagen in einer Struktur, die bisher nur auf dem Papier steht. Noch ist beim Treffen von Bush und Putin in diesem Punkt kein Durchbruch gelungen. Diese neue Struktur könnte zunächst vielleicht in gemeinsamen Aufklärungseinheiten, Satelliten und dergleichen der NATO und Russlands bestehen. Des Weiteren wäre eine Kooperation auf der Ebene der Innenministerien im Kampf gegen den internationalen Drogenhandel und gegen illegale Geldtransfers terroristischer Organisationen denkbar. Darüber

hinaus könnte man über gemeinsame Antiterrorereinheiten und Friedenstruppen nachdenken, wie sie heute auf dem Balkan bestehen. Damit würde die heutige NATO in der Tat einen anderen Auftrag erhalten. Vielleicht würde sich dadurch das potenzielle Feindbild Russlands wandeln, und zwar noch rasanter, als wir uns das heute vorstellen.

Auch die Differenzen in Fragen eines Raketenabwehrsystems, die auf dem amerikanisch-russischen Gipfel eine Rolle gespielt haben, könnten sich angesichts einer solchen Entwicklung wie von selbst lösen, hoffentlich noch vor dem Gipfel der NATO in Prag im November 2002, wo die nächste Erweiterungsrunde beschlossen werden soll.

Sergej Jastrschembkskij hatte vor einem Jahr vorgeschlagen, als von Seiten der Taliban zahlreiche Angriffe auf GUS-Staaten stattfanden, unter anderem ein Bombenanschlag auf den usbekischen Präsidenten - damals befand sich Russland noch mitten im zweiten Tschetschenien-Krieg -, präventiv Talibanstellungen durch russische Kampfflugzeuge zu bombardieren. Seinerzeit ist dieser Vorschlag in den westlichen Medien heftig kritisiert worden. Hätte man damals vielleicht auf Herrn Jastrschembkskij besser hören sollen?

### **Nikonov**

Nach dem 11. September haben sich in der Tat eine Reihe historisch sehr bemerkenswerte Dinge ereignet. Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist für Russland und die Vereinigten Staaten beziehungsweise für Russland und den Westen ein gemeinsamer Feind aufgetaucht. Nichts sorgt so stark für eine Annäherung wie das Vorhandensein eines gemeinsamen Feindes.

Die zweite bedeutende Veränderung ist die Tatsache, dass Russland, wie Herr Joffe und Herr Jastrschembkskij erwähnt haben, sich für Amerika bei der Antiterroroperation als nützlicher gezeigt hat als die überwiegende Mehrheit seiner Bündnispartner, mit Ausnahme vielleicht von Großbritannien. Auf den Straßen von Paris, Warschau oder Riga waren jedenfalls keine Scharen Freiwilliger zu sehen, die ihren Bündnispartnern an der afghanischen Front hätten zu Hilfe kommen wollen.

Drittens hat sich das Russlandbild bei Amerikas politischer Führungsschicht verändert. In der Koalition, die die Amerikaner zusammengebracht haben, spielen Pakistan, Usbekistan, Tadschikistan, Saudi-Arabien und Russland die aktivsten Rollen. Vor diesem Hintergrund erscheint Russland als eine fortschrittliche Demokratie westlicher Prägung mit einer florierenden Marktwirtschaft. Russland wurde von den Amerikanern gewöhnlich mit den westeuropäischen Staaten verglichen. Jetzt haben sie einen Vergleich zwischen Russland und ihren anderen Verbündeten angestellt, und dabei schnitt Russland gar nicht so schlecht ab.

Die vierte Veränderung betrifft die Rolle der NATO. Wie schon erörtert, spielten die NATO-Strukturen bei der Vorbereitung und Planung der Antiterror-Kampagne überhaupt keine Rolle. Stattdessen trat eine Organisation namens "Allianz für den Fortschritt" wieder hervor, deren Existenz viele vergessen hatten. Es zeigten sich gewisse Vorboten für eine Veränderung in der Rolle und im Wesen der NATO vielleicht hin zu einer Umwandlung in eine friedensstiftende Organisation für Europa oder den Balkan.

Fünftens hat sich gezeigt, dass glücklicherweise kein Konflikt zwischen den Kulturen stattgefunden hat. Es ist deutlich geworden, dass die islamische Kultur keine Einheit bildet. Die Nordallianz gehört ebenso der islamischen Kultur an wie die Taliban, die sie jetzt aus Kabul und einem Großteil Afghanistans verdrängt hat. Alle Kulturen haben sich gegen den Teil einer Kultur vereinigt. Es fand eine konzertierte Aktion großer Staaten gegen eine allgemeine Gefahr statt. Das erinnert mich an die Situation der Heiligen Allianz Anfang des 19. Jahrhunderts gegen Napoleon.

Russland ist in diesem Kulturkonflikt als Teil der westlichen Kultur aufgetreten und wurde so auch wahrgenommen. Herr Jastrschembkskij hat die Antwort der Chinesen zitiert, die die Russen als halbfertige Westler sehen. In der Tat empfinden die Chinesen die Russen als dem Westen zugehörig. Die Frage ist, wen sie als noch weniger fertig betrachten. In China, wo man die Geschichte hoch bewertet, ist man der Meinung, dass allen voran die Amerikaner "halbfertige Westler" sind und nicht die Russen; denn die amerikanische Geschichte ist sehr viel kürzer.

Putin hat sich als ein Politiker erwiesen, der dem Westen durchweg positiv gegenübersteht. Ich halte es nicht für übertrieben zu behaupten, dass er in dieser Hinsicht positiver eingestellt ist als zurzeit 90 Prozent der russischen Bevölkerung und auch 90 Prozent der russischen Elite. Putin hat einige wirklich beispiellose Schritte eingeleitet, von denen viele bereits erwähnt wurden. Man sollte dabei auch nicht vergessen, dass zur gleichen Zeit die russischen Militärstützpunkte in Georgien aufgelöst, die Waffen aus Transnistrien abgezogen wurden und noch viele andere Dinge geschehen sind, die von den Militärs in Russland nicht gutgeheißen wurden und die in der russischen Öffentlichkeit recht unpopulär sind.

Putin geht damit Risiken ein und viele Russen fragen sich jetzt, ob er nicht den gleichen merkwürdigen Kurs verfolgt wie Gorbatschow, der dem Westen beispiellose Zugeständnisse machte, das Land ruinierte und im Endeffekt im Gegenzug nichts dafür erhielt. Ich stimme mit Herrn Jastrschembskij überein, dass Russland keine Forderungen stellt. Um aber die Frage zu beantworten, wie sich die Beziehungen Russlands zum Westen zukünftig gestalten sollen und ob Russland dem westlichen Klub beitrifft, dazu hat das politische Establishment Russlands viele Fragen gestellt, die bislang nicht beantwortet sind. Ist zum Beispiel die strategische Partnerschaft mit Russland mit der NATO-Erweiterung im Baltikum vereinbar? Für die russische politische Elite ist die Antwort völlig klar: Das ist unvereinbar.

Der Einfluss, den Russland auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in den mittelasiatischen Staaten, in Transkaukasien gegenwärtig ausübt - ist das ein Negativfaktor, wie man es im Westen bisher gesehen hat, oder vielleicht doch ein positiver Faktor? Und sollte man Russland dann nicht ermutigen, seinen Einfluss innerhalb der GUS auszuweiten, anstatt diesen Einfluss wie bisher zu bekämpfen?

Gibt es gute und böse Terroristen? Die bösen Terroristen, die man in Afghanistan, und die guten, die man in Tschetschenien bekämpft? Wie lange lässt sich diese Aufteilung noch aufrechterhalten? Ist die Europäische Union bereit, Russland als Land mit einer Marktwirtschaft anzuerkennen und ihre Märkte zu öffnen und die russischen Waren nicht zu diskriminieren? Warum wird den einen Bündnispartnern mehr zugestanden als den anderen? Gegenüber Pakistan sind die Wirtschaftssanktionen sofort aufgehoben worden, während gegenüber Russland die unsinnige Jackson-Wenick-Klausel weiterhin besteht und günstigstenfalls in einem halben Jahr aufgehoben wird. Von allen möglichen Vorgehensweisen wurde die langwierigste gewählt.

Will sich Russland dem "Club", wie es hier hieß anschließen? Eigentlich will Russland schon seit den Zeiten Peters des Großen dazugehören. Das Problem ist, dass Russland nicht in diesen Club hineingelassen wurde. Auch jetzt hängt sehr viel von der Antwort auf die Frage ab, ob der Westen Russland in diesem Club sehen will. Bislang vernehmen wir keine Antwort, nicht einmal ansatzweise. Hier wurde davon gesprochen, dass die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zu einer strategischen Partnerschaft werden, sobald sie institutionalisiert werden. In welcher Form denkt man sich denn die Institutionalisierung der Beziehungen? Heißt das, dass Russland in die NATO und in die Europäische Union aufgenommen wird? Das wird wohl kaum der Fall sein.

Zugleich bin ich aber auch optimistisch. Im Augenblick ist die Vorstellung der politischen Führungsschichten in Russland und im Westen offenbar noch nicht genügend ausgeprägt. Das wird aber dann zunehmen, wenn sich zeigt, dass der gemeinsame Feind, den wir haben, uns auf lange Zeit beschäftigen wird. Wenn wir nicht nur ein Jahr, sondern vielleicht fünf oder zehn Jahre zusammenwirken müssen, um diesen Feind zu besiegen, dann wird auch die Vorstellung wachsen, die für die Schaffung einer neuen Weltordnung unabdingbar ist.

### **Yastrzhembski**

Ich denke, Herr Nikonow hat einiges Provokative gesagt, das als Brennholz unter dem Kessel unseres gemeinsamen Brainstormings gut geeignet sein dürfte. Ich wäre dankbar, wenn darauf in den nächsten Beiträgen eingegangen werden würde.

### **Ruhnau**

Für mich stellt sich die neue Zusammenarbeit in einer Weise dar, dass sie politisch auf dem Weg zur Gleichrangigkeit ist. Organisationen, die im Kalten Krieg entstanden sind, sind mehr und mehr überholt. Von Herrn Solana und seinen Mitstreitern ist wenig mehr die Rede. Stattdessen stellen wir fest, dass die großen Nationalstaaten wieder eine stärkere Rolle spielen.

Herr Nikonow mahnt nun zugleich die wirtschaftliche Gleichrangigkeit an. Das aber ist eine Frage, die in Ihrem Land entschieden wird. Solange Russlands Außenhandel zu 80 Prozent aus Rohstoffexporten und zu 80 Prozent aus dem Import von Fertigwaren besteht, sind Sie kein gleichwertiger Partner in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Der WTO-Beitritt kann dabei zwar helfen, aber er wird die eigene russische Initiative nicht ersetzen.

Wenn Russland nicht in der Lage ist, Automobile zu exportieren, die der deutsche TÜV zulässt, hat das nichts mit der Ausschließung vom westdeutschen Markt zu tun, sondern das ist eine Frage des erforderlichen Qualitätsniveaus. Seit fünf Jahren wurde in Russland kein Zivilflugzeug mehr produziert mit der Folge, dass die fähigen russischen Konstrukteure nach Seattle oder Toulouse abgewandert sind. In dieser Hinsicht müssen Sie die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Wir bieten dafür

unsere Mithilfe an, sollten uns aber davor hüten, uns wie Missionare zu benehmen; denn jede Art der Bevormundung wird auf russischer Seite zu Recht abgelehnt.

Alexander Rahr hat gefragt: Warum hat der Westen Herrn Jastrschembkij vor einem Jahr nicht besser zugehört? Nun, derartige Warnungen hat es in den letzten Jahren von verschiedener Seite gegeben, die mit dem 11. September plötzlich ganz anders wahrgenommen werden. Ich denke nur an Samuel Huntington, der mit seinem "clashes of civilisations" bereits 1996 ein Thema angesprochen hat, über das man ernsthaft nachdenken sollte. An die Stelle des Kalten Krieges sind ethnische Konflikte getreten, die auch auf unterschiedlichen Kulturen beruhen. Ich erinnere an Walter Lippmann, der schon 1970 die These vertreten hat, dass es künftig keine großen Kriege mehr geben wird - die zur Selbstvernichtung der beteiligten Staaten führen würden -, sondern dass der internationale Terrorismus die große Herausforderung der Zukunft sein wird.

Die NATO ist heute nur mehr ein Debattierclub, in dem kaum etwas entschieden wird. Die Entscheidungen liegen nun einmal - man mag das bedauern - bei den Kräften, die in der Lage sind, ihre politischen Vorstellungen mit militärischer Macht in der Welt durchzusetzen. Deshalb halte ich es auch durchaus für legitim, wenn von russischer Seite immer wieder nach dem Sinn der NATO-Erweiterung gefragt wird. Die gleiche Frage müssen wir uns im Westen stellen. Was bringt es uns eigentlich an zusätzlicher Sicherheit, wenn beispielsweise die Letten in der NATO sind? Meine persönliche Antwort ist: Es bringt nichts außer Ärger.

Auf der anderen Seite stehen aber die geschichtlichen Erfahrungen, die die baltischen Staaten und insbesondere Polen mit Russland gemacht haben. Dabei soll nicht vergessen werden, dass es die Polen waren, die Moskau am längsten besetzt hielten - Napoleon war nur wenige Tage dort, und Hitler ist vor Moskau gescheitert. Solche Befindlichkeiten dürfen wir in der Politik nicht ignorieren. Doch um es klar zu sagen: Ich selbst halte von der Erweiterung der NATO nach Osten nichts - das ist Politik der Vergangenheit.

Ob es sich bei der angesprochenen Thematik mehr um kulturelle oder, wie Herr Karaganow meinte, eher um soziale Konflikte handelt, will ich nicht entscheiden - beides trifft sicher zu -, und zwischen Luxus und Elend ist eine Koexistenz in der Tat schwer denkbar. Dass die Spannungen in der islamischen Welt nicht zuletzt durch die Perspektivlosigkeit der jungen Generation ausgelöst werden, will ich nicht in Abrede stellen. In Algerien beispielsweise beträgt die Jugendarbeitslosigkeit 60 Prozent. Wir wissen aus unseren Erfahrungen in Deutschland, dass die Perspektivlosigkeit die Arbeiterklasse in den zwanziger, dreißiger Jahren in die SA getrieben hat.

Hinzu kommt, dass der Anteil der jungen Generation, der 18- bis 25-Jährigen, in den islamischen Ländern 18 Prozent beträgt - gegenüber 10 Prozent in Europa, 12 Prozent in Russland und 13 Prozent in den USA. Junge Gesellschaften, auch das wissen wir aus der Geschichte, zeichnen sich weit eher durch eine revolutionäre Dynamik aus. Vergessen sollten wir auch nicht, dass die Führungskader der heutigen terroristischen Vereinigungen fast ausnahmslos aus den Oberschichten der betreffenden Länder stammen. Deswegen stimmt auch die Formel Luxus contra Elend nicht so einfach, sondern das ist ein außerordentlich vielschichtiges Thema.

Eine weitere Erkenntnis, die wir aus dem 11. September gewonnen haben, scheint mir, dass die Schlüsselspieler auf der Weltbühne nicht die internationalen Organisationen sind - die werden gebraucht, wenn es gilt, Dinge abzuwickeln -, sondern die Nationalstaaten, und die werden stärker von Interessen geleitet und nicht von Ideologien, was sicher kein Nachteil ist. Und je größer die Europäische Union an Mitgliedern wird, umso mehr wird sie zu einer Freihandelszone, und vielleicht wird sie damit auch offener für eine Kooperation mit Russland.

Vor etwa zehn Jahren erschien ein Buch mit dem Titel: "Die glücklichen Jahre Russland und Deutschland", in dem der Autor Cykon die interessante These vertrat, das westliche Militärbündnis, die NATO, möge vielleicht seine alten Strukturen beibehalten, aber schwerlich den alten Geist. Und der neue Geist würde es erfordern, mit Russland auf der Ebene der Gleichrangigkeit zu neuen Formen der Zusammenarbeit zu kommen, um die alte kulturelle Einheit zwischen Russland und Westeuropa wiederherzustellen.

### **Sidirov**

In vielen Beiträgen ist das Thema der NATO-Erweiterung angesprochen worden. Schon damit wird deutlich, dass wir es heute mit einer globalen Herausforderung für die europäische Sicherheit und deren Auswirkungen auf die weltweiten und die europäischen Entwicklungen zu tun haben. Ich habe den Eindruck, dass die Ereignisse vom September die Lösung der Probleme nicht nur nicht vereinfacht, sondern in bestimmtem Maße vielleicht sogar verkompliziert haben. Wenn man die

Äußerungen von westlichen Politikern und Politologen analysiert, dann zeichnen sich jetzt zwei Denkrichtungen ab.

Die eine Denkrichtung argumentiert, Russlands Mitwirkung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit in dieser Hinsicht zu verstärken, zwingt uns, die Frage nach der NATO-Erweiterung zu verschieben. Die andere Denkrichtung meint genau umgekehrt, dass die Ereignisse in den Vereinigten Staaten und die Notwendigkeit des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus die NATO-Erweiterung noch aktueller machen, umso mehr, als sich Russland selbst von dem Nutzen und der Zweckmäßigkeit einer Zusammenarbeit mit den USA und den europäischen Staaten überzeugen konnte.

Gegenwärtig werden vier Varianten erörtert, wie man dieses Problem angehen kann. Die erste Variante wäre ein einstweiliges Aussetzen der NATO-Erweiterung. Die zweite wäre eine begrenzte Erweiterung: Slowenien und die Slowakei, aber nicht die baltischen Staaten. Einige vertreten die Meinung, man sollte Litauen aufnehmen, aber Lettland und Estland vorläufig nicht. Der dritte Ansatz beinhaltet, dass alle neun Kandidaten gleichzeitig aufgenommen werden. Die vierte Variante schließlich besagt, man solle zwar die Absicht verkünden, alle Kandidaten aufzunehmen, sich aber vorläufig nur auf einige Kandidaten beschränken.

Alle diese Alternativen sind selbst in den Augen ihrer jeweiligen Befürworter nicht hundertprozentig überzeugend, sondern weisen Vor- und Nachteile auf. Klar ist aber in jedem Falle eines: Die Entscheidung für einen dieser Wege ist von entscheidender Bedeutung für die Beziehungen zu Russland und seine Rolle in Europa und in der Welt.

Herr Brzezinski hat kürzlich die Notwendigkeit betont, für die weitere Annäherung zwischen dem Westen und Russland einen überzeugenden Kontext zu schaffen, damit Russland in der Lage sei, die richtige Wahl zu treffen. Dazu muss man sagen, dass die außenpolitischen Fragen momentan aus einer Reihe von Gründen in der Prioritätenliste der russischen öffentlichen Meinung bei weitem nicht an der Spitze rangieren. Das ist sicher nicht überraschend; denn auch in Europa und in den USA gibt es andere Fragen, welche die Öffentlichkeit stärker berühren als die Außenpolitik.

Das kann sich in Russland jedoch in allernächster Zukunft grundlegend ändern, wenn die Entscheidung über die NATO-Strukturen ansteht und deutlich wird, wie es mit der Erweiterung weitergehen soll. Ich denke, Mitte nächsten Jahres wird in Russland der Wahlkampf im Hinblick auf die Duma- und die Präsidentenwahlen beginnen. Das dürfte auch der Grund sein, warum Herr Jastrschembskij erwähnt hat, dass man ihn in Amerika gefragt habe, was Russland als Gegenleistung für seine Zusammenarbeit mit den USA im Kampf gegen den Terrorismus erwarte. Ich meine, die russische Öffentlichkeit erwartet zu Recht, dass der Westen und die NATO den russischen Besorgnissen mit größerem Verständnis und größerer Aufmerksamkeit begegnen wird. Wie sich die Dinge weiter entwickeln, hängt von den Kontakten auf höchster Ebene ab, vor allem unseres Präsidenten mit den Führern der NATO-Länder. Da steht ein äußerst schwieriger Dialog bevor, der die öffentliche Meinung in Russland nachhaltig beeinflussen wird.

Ein anderer Aspekt im Zusammenhang mit den globalen Herausforderungen, die sich für Europa stellen, betrifft die internen Krisen einiger Staaten. Das wurde bereits Anfang der neunziger Jahre besonders auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens deutlich. In solchen Fällen ist eine Absprache unter den europäischen Partnern unbedingt erforderlich, wie man auf solche Situationen reagieren soll. Niemand kann im Augenblick garantieren, dass derartige Krisen auf dem europäischen Kontinent oder in den benachbarten Regionen nicht entstehen werden, die für Europa unmittelbare Folgen hätten.

Selbst die Ereignisse in Afghanistan, insbesondere der Flüchtlingsstrom aus diesem Land, werden sich auf die Situation in Europa und auf die europäische Sicherheit auswirken. Von einer so genannten humanitären Einmischung oder Intervention, wie sie im Kosovo stattgefunden hat, wagt diesmal erfreulicherweise kaum jemand zu sprechen. Aber das entbindet nicht vom Problem humanitärer Aktionen, wenn solche Ereignisse in einem Lande stattfinden. Das zeigt, wie notwendig es ist, den Dialog zwischen Russland und den europäischen Staaten in diesem Punkt zu verstärken.

Hier wurde einige Kritik an die Adresse der UNO geäußert. Als jemand, der sich seit 20 Jahren mit der UNO beschäftigt, halte ich diese Kritik auch größtenteils für gerechtfertigt. Das betrifft vor allem die Erweiterung und Stärkung des Sicherheitsrates, um seine Autorität zu erhöhen. Ich denke, ohne eine aktivere Beteiligung Russlands an dieser Fragestellung wird das nicht möglich sein, insbesondere wenn es darum geht, den Sicherheitsrat um einige ständige Mitglieder, Schlüsselstaaten aus Europa und anderen Kontinenten, zu erweitern.

Was die G 8 betrifft, so steht mir dieses Thema insofern besonders nahe, als ich der erste russische Verhandlungsleiter war und in dieser Eigenschaft auch bei der Vorbereitung des Gipfeltreffens von Denver dabei war. In Ergänzung zu dem, was Herr Karaganow gesagt hat, muss ich leider feststellen, dass es keinen Mechanismus gibt, um die Entscheidungen, die von den Regierungschefs der G 8 getroffen werden, in die Praxis umzusetzen. Die Wirklichkeit sieht etwa so aus: Zur Vorbereitung der Entscheidungen und zur Abfassung der Dokumente, die den Staatsführern vorgelegt werden sollen, werden enorme Anstrengungen gemacht, und die Dokumente werden anschließend auf höchster Ebene gebilligt. Danach setzt eine Pause ein, und es beginnt die Periode der Vorbereitung des nächsten Gipfeltreffens. Ein Mechanismus für die Umsetzung dieser Entscheidungen existiert nicht. Auch über diesen Punkt müssen wir Russen mit unseren europäischen Partnern gemeinsam nachdenken.

## Medish

Wenn ich mir als ehemaliger Mitarbeiter der amerikanischen Regierung anschau, wie sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Westen zu Russland in letzter Zeit entwickelt haben, bin ich tief beeindruckt, wie schnell sich Dinge wandeln oder zumindest, wie schnell sich die Wahrnehmung der Dinge verändern kann.

Es ist noch nicht allzu lange her, dass man in Washington bei der Analyse Russlands die Frage stellte: "Wer hat Russland verloren?" Darauf haben übrigens Larry Summers und Strobe Talbott sowie, auf niedrigerer Ebene, ich eine Antwort gegeben. Doch jetzt hat es den Anschein, dass die Bush-Administration Russland sehr schnell wieder gefunden hat, während die Clinton-Administration Russland zu verlieren schien. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, die amerikanische außenpolitische Analyse folge den hochflexiblen Ausschlägen unseres Aktienmarktes. Mit anderen Worten: Die Schwankungen gehen von "bull to bear markets", also von einer Hausse zu einer Baisse. Mitunter scheint es so, als werde unsere Analyse von Russland und anderen Ländern ebenso sehr von unseren eigenen Gefühlen und ideologischen Bindungen bestimmt, wie sie die Entwicklungen in jenen Ländern widerspiegelt.

Wenn ich Clinton und Bush in ihrer Bull-and-bear-Beurteilung Russlands miteinander vergleiche, dann war es bei Clinton Ausdruck einer Vision, vielleicht sogar einer Hypervision, während bei Bush dieses eine Jahr einer Art Doppelvision, einer Mischung von Eindämmung und Engagement glich, wobei man nicht ganz sicher sein kann, was nun gilt. Meine eigene Sicht ist, dass Russlands post-sowjetische Umwandlung in einer längerfristigen Perspektive gesehen werden sollte, ungeachtet der eindeutigen "Kaffee-Revolution", die Josef Joffe beschrieben hat. Die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen und bewegt sich zwischen Reform und Widerstand, das heißt einerseits gibt es recht klare Ansätze in Richtung von Modernisierung und Integration, die andererseits immer wieder starken Gegenwind und Rückschläge erfahren.

Für mich heißt die Lektion, man sollte sowohl auf der Ebene der Elite wie auch in der öffentlichen Rhetorik zwar jede Euphorie vermeiden, aber gleichzeitig keine Gelegenheit für kleine oder große Durchbrüche verpassen. Im Zusammenhang mit dem 11. September stellt sich die Frage, ob die neue Phase der russisch-westlichen Beziehungen nur eine taktische Variante oder eine grundlegende strategische Neuorientierung darstellt. Ich halte es für das Beste, Ersteres zu befürchten und auf Letzteres hinzuwirken. Das gilt für beide Seiten. Zum Tangotanz braucht man zwei, wie Sergej Karaganow sagte. Das heißt, der Erfolg bedarf einer abgestimmten, nachhaltigen und ernsthaften Anstrengung seitens der Vereinigten Staaten, Europas und Russlands. Wir haben zunächst die Möglichkeiten überschätzt und sind uns dann schnell in gegenseitige Anklagen und Beschuldigungen ergangen, als sich die Dinge nicht entsprechend entwickelten. Wir mögen nach dem 11. September weniger naiv sein; aber wir sollten uns dennoch vor überzogenen Erwartungen hüten.

Des Weiteren sehe ich die Gefahr einer gewissen Eindimensionalität, indem man eine einzige Dimension hervorhebt und von einem gemeinsamen Feind spricht. Sicher, wir haben einen gemeinsamen Feind, doch Anti-Terrorismus ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine weltweite Integration. Jedenfalls ist für den Globalisierungsprozess und eine echte Partnerschaft sehr viel mehr nötig, als nur eine Strategie des Anti-Terrorismus zu verfolgen. An einer umfassenderen Agenda, die wirtschaftliche, politische und andere Sicherheitsmomente jenseits des Terrorismus umfasst, haben wir jedenfalls seit Jahren gearbeitet.

Die dritte Gefahr sehe ich in einer vereinfachten Schwarzweißanalyse: mit uns oder gegen uns. Das ist eine Philosophie, die Präsident Bush sehr beredt und nachdrücklich in seiner Ansprache an den Kongress kurz nach den Terroranschlägen dargelegt hat. "Mit uns oder gegen uns" mag eine gute Grundlage für eine militärische Strategie, für eine militärische Koalition sein, sie ist aber nicht



unbedingt eine geeignete Strategie für die Globalisierung, weil sie es an allen Zwischentönen fehlen lässt und auf diese Weise manche Chance verpasst wird. Ich erinnere nur an den Iran.

Handelt es sich also um eine strategische Option oder nur um taktischen Opportunismus? Ich meine, die Antwort hängt von einigen grundsätzlichen Fragen sowohl an Russland wie an den Westen und die Vereinigten Staaten ab. Was Russland angeht: Wollen dessen Führung und seine Bevölkerung die Normen, die Prinzipien, die Philosophie, die Werte übernehmen, die den westlichen Institutionen wie der NATO oder EU zugrunde liegen? Oder will sich Russland diesen Institutionen weiterhin mit Vorbehalt annähern und sich das Recht vorbehalten, gegebenenfalls diese gemeinsame Grundlage wieder aufzugeben? Es ist zweifellos äußerst ermutigend, dass Präsident Putin und seine Mannschaft die nationalen Interessen offen und in einem neuen Geist und vor allem auf eine pragmatische Weise überprüfen wollen. Es scheint eine Neubewertung mancher überkommener Gegensätze in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zu geben. Doch letztlich wird es mehr als des Pragmatismus bedürfen, wenn dies als Grundlage für eine Integration dienen soll; Motive zählen dabei ebenso wie Philosophie und Werte.

Dies führt mich zu weiteren ebenso grundlegenden Fragen, was die Haltung der Vereinigten Staaten und des Westens als Partner Russlands angeht. Herr Nikonow hat die Frage vorweggenommen, die ich stellen will: Ist der Westen bereit, eine zustimmende Antwort anzunehmen? Herr Nikonow sagte, es habe nicht eben viele Hinweise in dieser Hinsicht gegeben. Ich meine, das Problem ist, es hat zwar solche Hinweise gegeben, aber keine konkreten Pläne und es besteht auch kein Konsens. Es sind vielleicht einige zarte Andeutungen gemacht worden, wenn man die Reden der politischen Führer sorgsam analysiert. So hat General Powell davon gesprochen, dass wir nicht mehr in der Welt nach dem Kalten Krieg leben, sondern in einer Welt des Nach-Nach-Kalten-Krieges, wobei er betonte, dass unsere Beziehungen nicht nur auf der Ebene von Aktion und Reaktion stattfinden, sondern möglicherweise darüber hinausgehen. Doch das ist nur ein Hinweis. Es ist sicher zu früh um zu sagen, was dies in Wirklichkeit bedeutet.

Die Situation nach dem 11. September gleicht in hohem Maße dem, was die Ökonomen eine äußerst ambivalente Situation nennen würden. Die Erwartungen sind ebenso hoch wie die Befürchtungen. Es gibt einige sehr einleuchtende positive und eine Reihe sehr einleuchtende negative Szenarios, wie sich die Beziehungen entwickeln lassen, was mit den vorgenannten Erwartungen und den Befürchtungen zusammenhängt. Alles hängt davon ab, wie beide Seiten sich verhalten. Der 11. September war kein magischer Augenblick. Er mag der Beginn einer Möglichkeit sein, aber die muss ergriffen und dafür muss tägliche harte diplomatische Arbeit geleistet werden. Für die Vereinigten Staaten stellt sich die Frage, ob wir nicht nur mit Russland, sondern mit der übrigen Welt ein weiterführendes Engagement erreichen können. Oder bleiben wir weiterhin Opfer unserer eigenen Sprunghaftigkeit, die einer Art leichter Schizophrenie gleicht?

Auf russischer Seite sind es ebenso grundlegende Fragen. Gibt es eine ernsthafte interne Opposition gegenüber dem neuen Denken auf Seiten des Teams von Präsident Putin? Wie real ist diese Opposition? Handelt es sich um eine vernünftige Opposition, das heißt um eine Opposition, die sich durch Argumente und Tatsachen überzeugen lässt? Oder ist sie ideologisch fixiert?

Weiterhin stellen sich Fragen in Bezug auf die inneren Reformen im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Das gilt auch für Russlands Haltung zu einer Reihe der bereits erwähnten Sicherheitsfragen: Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, Außenpolitik gegenüber Ländern des nahen Auslands und so weiter.

Lassen Sie mich ganz kurz auf eine Frage eingehen, die Alexander Rahr gestellt hat: Sind die Vereinigten Staaten wirklich auf die Zusammenarbeit mit Russland im Kampf gegen den Terrorismus angewiesen? Interessant daran ist, dass ich die gleiche Frage von meinen Kollegen in Paris, London und Berlin gehört habe. Wenn sich Russland also selbst diese Frage stellt, dann steht es damit nicht allein; denn die Vereinigten Staaten führen den aktiven Kampf in Afghanistan auf eine spezifische Art und Weise. Die einzige Ausnahme ist die Beteiligung des Vereinigten Königreiches. Doch, wie Sie vielleicht den neuesten Nachrichten entnommen haben, wirft jetzt selbst die Präsenz britischer Truppen auf afghanischem Boden schwierige Fragen auf, inwieweit eine breitere Koalition bei den direkten militärischen Aktivitäten sinnvoll ist.

Zu der Bemerkung von Herrn Sidorow in Bezug auf G 8 will ich nur anmerken: Auch hier sollte sich Russland nicht allein fühlen in seiner Einschätzung, dass die G 8 im Wesentlichen Papiere für das nächste G-8-Treffen vorbereitet. Ich kann Ihnen versichern, es ist genau das Gleiche wie bei der G 7.

**Smolar**

Ich werde aus einer mitteleuropäischen beziehungsweise genauer aus einer polnischen Perspektive sprechen. Unmittelbar nach dem 11. September gab es in Polen eine große Unterstützung für militärische Solidarität mit den Vereinigten Staaten, die bis heute anhält. Die Rolle, die Mitteleuropa und Europa ganz allgemein dabei spielen, ist sicher nicht sehr bedeutsam. Das gilt nicht nur für die Europäische Union, sondern auch für die NATO. Gleichzeitig bestand in unserer Region eine deutliche Furcht vor einem direkten militärischen Engagement. Die eigentliche Ambivalenz der polnischen öffentlichen Meinung richtete sich indes auf die neuen Beziehungen zwischen dem Westen und Russland. Das galt nicht für die politische Klasse, wo die Beziehungen mit Russland jetzt viel besser sind als in der Vergangenheit.

Was man empfand, war die Gefahr einer gewissen Marginalisierung von Polen und der mitteleuropäischen Agenda, auch hinsichtlich der Sicherheitsstrukturen, denen wir größte Bedeutung beimessen. Dies ist vor allem ein Problem der NATO. Unmittelbar nach dem September bestand jedoch der Eindruck, dass die NATO- und die EU-Erweiterung gefährdet sind. Wir haben jedenfalls dieses unbehagliche Gefühl, obschon uns wiederholt versichert wird, dass die Erweiterung der Europäischen Union unaufhaltsam ist.

Es gibt auch ein Problem, das die Definition der NATO betrifft. Als Mitteleuropa der NATO beitrug, träumte man fälschlicherweise von einer NATO des Kalten Krieges. Die NATO, deren Zielsetzung der erste Generalsekretär der NATO so beschrieben hat: die Deutschen unten, die Amerikaner drinnen und die Russen draußen zu halten. Angesichts der guten Beziehungen mit Deutschland war der erste Punkt nicht mehr am wichtigsten. Der wichtigste Punkt für uns ist vielmehr die Anwesenheit der Vereinigten Staaten in Europa und auch die Sicherheit vor Russland. Zweifellos bedarf es heute einer radikalen Neudefinition der Lage, und wir definieren heute Freunde und Feinde in der Tat in anderer Weise. Wie Herr Nikonow sagte, wird es davon abhängen, ob wir langfristig die gleiche Energie aufbringen wie heute. Anderenfalls kann sich die Situation erneut ändern.

Aber es gibt eine Reihe von Faktoren, die neuen Perzeptionen der internationalen Beziehungen auf Dauer zu stellen, obwohl es wahrscheinlich eine Menge von Problemen mit den neuen Strukturen geben wird. Aus verschiedenen Gründen steht die Frage der Demokratie und der Menschenrechte wahrscheinlich nicht so weit oben auf der Agenda des Westens, insbesondere nicht bei den Amerikanern, wie im Jahrzehnt zuvor. Es gibt verglichen mit der heutigen Situation - die Metapher ist erwähnt worden - eine Art Heilige Allianz, in der Sicherheit einen sehr viel höheren Stellenwert hat als Freiheit.

Es ist offenkundig, dass im Westen niemand mehr über Tschetschenien spricht, und seitens der amerikanischen Politik werden einige Länder nicht mehr kritisiert, wie das bisher der Fall war. Selbst Weißrussland unterstützt jetzt die amerikanische Politik und ist Mitglied der Allianz gegen den Terrorismus. Niemand kann Pakistan, Russland, China mehr ernsthaft kritisieren.

Die Menschenrechte und die Freiheit stehen nicht mehr auf der Tagesordnung. Es ist sehr wichtig, dass wir einen gewissen Modus Vivendi finden, ein Gleichgewicht zwischen diesen unterschiedlichen Werten.

Ich sehe weiterhin das Problem, zwischen "guten Terroristen" und "schlechten Terroristen" zu unterscheiden. Dabei haben wir viel Heuchelei erlebt. Es gibt das echte Problem der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen, die Terrorismus praktizieren. Ich meine, dass Terrorismus als gemeinsamer Feind nicht ausreicht, den Zusammenhalt des jetzt gebildeten großen Bündnisses gegen Terrorismus zu gewährleisten. Jeder hat seine eigenen Terroristen, und das wird uns zahlreiche Konflikte bescheren. Wenn die Vereinigten Staaten in der nächsten Runde in den Irak eindringen, wird dieses Bündnis ganz schnell auseinander brechen.

Mit anderen Worten: Es stellt sich die Frage nach dem Charakter von Terrorismus. Dies ist kein territorialer Gegner, kein Feind, mit dem man einen lang andauernden Krieg führen kann. Von Zeit zu Zeit wird ein dramatisches tragisches Ereignis eintreten, und es werden bestimmte Gegenmaßnahmen ergriffen. Dies ist ein Problem, das eine Neudefinition der internationalen Beziehungen erfordert. Hier geht es um originäre Konflikte und ihre sehr gefährlichen weitergehenden Wirkungen.

Es wurde bereits erwähnt, dass, als die Sowjetunion Afghanistan verließ, das Land von den Vereinigten Staaten aufgegeben wurde und niemand versucht hat, dort eine gewisse Stabilität sicherzustellen. Man könnte andere Beispiele nennen. Diese Politik kann in Afghanistan nicht fortgesetzt werden, weil das zu äußerst gefährlichen Entwicklungen führt. Dann haben wir es mit einem Land zu tun, in dem die staatliche Ordnung zusammengebrochen ist, und wir wissen, wohin das führt. Staaten ohne staatliche Ordnung werden zu Schurken- oder Terroristenstaaten. Das

Problem regionaler Konflikte und von Staatsverfall ist ein für die internationale Gemeinschaft außerordentlich schwieriges Problem, das für die Zukunft nicht die Grundlage für eine größere Allianz bilden kann.

### **Yastrzhembski**

Da ich als Präsidentenberater über einen längeren Zeitraum für die informationsmäßige Begleitung der Antiterroroperation in Tschetschenien verantwortlich war, muss ich auf das, was Sie zu Tschetschenien gesagt haben, eingehen, Herr Smolar.

Ich möchte anmerken, dass wir in Russland die wachsende Zusammenarbeit mit dem Westen und den USA zur Wahrung der strategischen Sicherheit und im Kampf gegen den Terrorismus nicht als Widerspruch zur Wahrung der Menschenrechte betrachten. Wir wissen sehr gut um die Sorgen, die im Westen im Hinblick auf einige Aspekte der heutigen Realitäten in der Republik Tschetschenien bestehen.

Die russische politische und militärische Führung schenkt diesem Thema ständige Aufmerksamkeit. Dutzende von Militärangehörigen, Soldaten und Offiziere, die für ihre Straftaten in Tschetschenien verurteilt wurden, sind ein Beweis dafür, dass wir uns um eine Lösung dieses Problems bemühen. Vielleicht nicht so, wie es anderswo gerne gesehen würde; aber wir gehen davon aus, dass unabhängig davon, wer die Verbrechen auf dem Territorium Tschetscheniens begeht, diese dort rechtlich verfolgt und geahndet werden müssen. Daher muss unsere heutige Zusammenarbeit selbstverständlich unter Berücksichtigung und zum Schutze der Menschenrechte und -interessen erfolgen. Ich denke, wir sind bei diesem Problem einer Meinung.

### **Lukov**

Herr Jastrschembkskij hat zu Beginn die Frage gestellt: Wie lässt es sich vermeiden, dass die momentane Euphorie in weitere Enttäuschungen auf beiden Seiten umschlägt? Ich weiß dagegen nur ein wirksames Mittel, nämlich dass man sich schneller an die gemeinsame Arbeit macht. Deshalb schlage ich vor, erstens die konkreten gemeinsamen Aufgaben zu besprechen, die sich uns im Zusammenhang mit den Antiterror-Maßnahmen stellen, um die gegenwärtige Operation erfolgreich zu Ende zu führen und um Tragödien wie die des 11. September zu verhindern. Zweitens sollten wir uns Gedanken darüber machen, welche Institutionen und Organe in die Arbeit einbezogen werden könnten.

Zunächst zu den konkreten Aufgaben. Ich halte es für ungemein wichtig, dass wir bei den jetzigen Antiterror-Aktionen in Afghanistan die ökonomischen und humanitären Aspekte nicht aus den Augen verlieren. Ich bin besorgt, dass die Weltöffentlichkeit dabei ist, eben dies zu tun. Die Machtstrukturen der Taliban sind in weiten Teilen Afghanistans zerschlagen worden. So bösartig sie auch gewesen sein mögen, sie stellten zu ihrer Zeit zumindest ein Minimum an organisierter Macht dar und haben dafür gesorgt, dass die Bevölkerung wenigstens bescheiden versorgt wurde. Jetzt ist nicht einmal das mehr gewährleistet, da die Nordallianz verständlicherweise alle Mittel in den bewaffneten Kampf steckt. An diesem Punkt müsste die internationale Öffentlichkeit tätig werden, in erster Linie die UNO. Es wird weit mehr an humanitärer Hilfe benötigt, als das im Augenblick geschieht.

Zum anderen sollte uns bewusst sein, dass wir hier einer der antiglobalistischen Gruppierungen gegenüberstehen, die sich auf 380 Millionen Menschen vom Nahen Osten bis Pakistan stützen könnten und die über finanzielle Ressourcen von zig-Milliarden Dollar verfügen. Sie haben zudem fanatische Kämpfer, Ausbildungslager und Quellen für die Waffenbeschaffung.

Deshalb hat Präsident Bush Recht, wenn er sagt, dass wir es hier mit einem lang andauernden Kampf zu tun haben, für den wir als wichtigsten strategischen Faktor die sozialen und wirtschaftlichen Bemühungen der UNO, des IWF und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung umorientieren müssen, um die Rückständigkeit in dieser Weltregion zu überwinden. Das ist kein Zugeständnis an die Terroristen, sondern das Eingeständnis, dass diese Region nach Ende des Kalten Krieges gewissermaßen vergessen wurde und zu einem Konfliktfeld geworden ist mit entsprechenden Folgen für die soziale und wirtschaftliche Lage in einer Reihe dieser Länder.

Aus diesem Grunde sollten unsere Partner in Westeuropa und in den USA sehr aufmerksam die Vorgänge verfolgen, die sich im Iran abspielen. Ich meine, von Teheran gehen jetzt Signale aus, dass man an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert ist. In diesem Zusammenhang halte ich es für kontraproduktiv, die Zusammenarbeit Russlands mit dem Iran so zu betrachten, als würden dadurch die westlichen Interessen verletzt und die strategische Sicherheit in der Region bedroht oder das Regime der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen und Raketen in Frage gestellt und

dergleichen. Diese Signale, die im übrigen bislang noch durch keinerlei konkrete Beweise bekräftigt wurden, werden in Teheran als gegen die nationalen Interessen des Iran gerichtet verstanden. Das betrifft natürlich auch das ganze Netz von Sanktionen, mit denen sich das Land konfrontiert sieht. Jahrzehntlang hat die Weltgemeinschaft diese Region in die Armut hineingetrieben und damit den Fanatismus gefördert. Es ist an der Zeit, diese Fehler zu korrigieren. Dafür wäre der Iran ein gutes Übungsgelände. Ähnliches ließe sich über den Irak sagen.

Ich halte es für dringend erforderlich, dass wir uns mit dieser Region ernsthaft strategisch befassen - vor allem in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Antiterror-Operation muss zweifellos bis zum Ende durchgeführt werden; denn ein Vergeltungsschlag gegen Bin Laden und seine Helfer ist unabdingbar.

Nun zu den Institutionen und Mitteln, die wir gemeinsam für die Fortsetzung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus nutzen könnten. Der Westen sollte die Strukturen in neuem Lichte sehen, die von Russland und seinen zentralasiatischen Partnern tatsächlich in die Zusammenarbeit im Antiterrorkampf involviert wurden. Ich denke an den Vertrag zur kollektiven Sicherheit und die bilateralen Verträge zur militärpolitischen und militärtechnischen Zusammenarbeit Russlands mit diesen Ländern. Es ist an der Zeit, sich von der These zu verabschieden - die von Anfang an falsch war -, alle diese Strukturen seien nur Versuche Moskaus, die Überreste seines imperialistischen Einflusses in dieser Region aufrechtzuerhalten.

Ich empfehle Ihnen, die Erfahrungen des Vertrages zur kollektiven Sicherheit und seiner Antiterrorstrukturen sowie des Antiterrorzentrums im Rahmen der GUS ernsthaft zu studieren. Ich halte es ebenfalls für lohnend, über eine Kooperation zwischen der NATO, der EU und den Strukturen nachzudenken, die im postsowjetischen Raum vorhanden sind. Das Gleiche lässt sich im Übrigen auch für die "Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit" sagen, an der China beteiligt ist. Hier wurde ja zu Recht gefordert, dass die Einheit der Antiterror-Koalition auch nach einer erfolgreichen Operation in Afghanistan erhalten bleiben sollte. Ein Dialog der westlichen Strukturen mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit würde in dieser Hinsicht sicherlich zu positiven Ergebnissen führen.

Nun hat Herr Joffe zu Recht gefragt, wie zuverlässig die Entscheidung Russlands für die Zusammenarbeit mit dem Westen nach dem 11. September ist. Meine Antwort ist: Die Entscheidung Russlands wird umso zuverlässiger sein, je offener der Westen unseren Interessen, vor allem unseren Interessen im Bereich der Wirtschaft und der Sicherheit entgegenkommt. Wenn hier gesagt wurde, wir sollten uns pragmatisch gegenüber den Interessen der anderen verhalten, dann weise ich darauf hin, dass nichts pragmatischer ist als die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen und wer da meint, Russland würde aufgrund seiner schwachen Wirtschaft und seiner technologischen Rückständigkeit die Integration in die Weltwirtschaftsstrukturen bewusst verzögern, dem würde ich entschieden widersprechen.

Um ein konkretes Beispiel anzuführen: Was den Beitritt Russlands zur WTO angeht, stimme ich Herrn Ruhnau nicht zu, dass die russischen Industrieprodukte nicht den technischen Standards des westlichen Marktes entsprechen und man Russland deshalb nicht in die WTO aufnimmt. So wird in den Verhandlungen von uns gefordert, wir müssten zunächst unsere Gesetzgebung vollständig den Normen der WTO anpassen, bevor die Aufnahme stattfinden kann. Darin wird deutlich, dass man von einem Zeitraum von fünf bis sieben Jahren ausgeht, bevor wir Zugang zur WTO erhalten sollen. Eine solche Forderung wurde noch keinem anderen Kandidaten gestellt, der der WTO beitreten wollte.

Schließlich die Verhandlungen zwischen Russland und der NATO über eine engere Zusammenarbeit. Ich habe in den westeuropäischen Massenmedien, wenn es um die neue Dimension der amerikanisch-russischen Zusammenarbeit nach den Ereignissen von New York und Washington geht, ein wenig Eifersucht bemerkt. Da werden Erwägungen angestellt, ob man unter diesen Umständen nicht versuchen sollte, den Dialog über die Schaffung neuer Strukturen zwischen Russland und der NATO ein wenig zu bremsen. Die Euphorie und die Emotionen sollten sich erst einmal legen, und dann könnte man mit kühlem Kopf anfangen, Millimeter für Millimeter zu berechnen, wie dicht man Russland an die NATO-Strukturen heranlassen will.

Ein anderes Argument lautet, den Russen müsse man jetzt irgendwelche Zugeständnisse machen, um die zweite Erweiterungsrunde der NATO zu entschärfen. So sind auch die rein symbolischen Vorschläge für Veränderungen an der Struktur für Partnerschaft und Zusammenarbeit zu verstehen, von denen Herr Jastrschembkij gesprochen hat. Ich denke aber, die Zeiten einer so einfachen Verkaufsstrategie der NATO in Russland sind vorüber. Unsere Öffentlichkeit kauft Ihnen das nicht ab. Wir sind inzwischen alle zu Pragmatikern geworden und fragen uns sofort, was das für die Sicherheit Russlands bringt. Da stellt sich dann sehr schnell heraus, dass es sich nur um eine weitere

oberflächliche Diskussion handelt, eine Talkshow, wie Herr Karaganow es genannt hat. In einem solchen Fall wird es zu einer großen Enttäuschung in der Gesellschaft kommen, was die grundsätzliche Kooperation mit der NATO angeht. Ich denke, wir sollten die Überlegungen einer weiterführenden Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland nicht durch so unsolide Vorschläge in Verruf bringen.

Einige Worte zu den Instrumenten, mit denen sich die Zusammenarbeit festigen ließe. Herr Karaganow hat die G-8-Treffen eher negativ beurteilt, weil sie den hohen Anforderungen nicht gerecht würden, die uns die internationale Situation zurzeit stellt. Ich war seit 1995 an den Vorbereitungen der G-8-Konferenzen beteiligt und ich stimme Herrn Karaganow einerseits zu, schätze dies aber gleichzeitig anders ein. Sicher, die G 8 verfügt über keine Mechanismen, die ständig aktiv sind. Sie wurde auch für andere Zwecke ins Leben gerufen, um bestimmte Vorgänge zu lenken, und sollte mehr eine Art Prozess als eine Struktur sein. Dennoch sind die G-8-Treffen sinnvoll und sollten keineswegs beispielsweise an die Stelle des UN-Sicherheitsrates treten. Wenn wir aber organisatorische und finanzielle Ressourcen in irgendwelche permanenten Strukturen stecken, die sich dem Einfluss des Sicherheitsrates entziehen, dann geschieht genau das, wovon Herr Sidorow gewarnt hat, dass nämlich die zentrale Rolle des Sicherheitsrates verloren geht.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass die G 8 nicht so handlungsunfähig ist, wie es vielleicht den Anschein hat. So wurden viele der zwölf Antiterror-Vereinbarungen, die zurzeit weltweit gelten, auf Initiative und unter Federführung von Mitgliedern der G 8 in die Wege geleitet. Im Rahmen der G 8 gibt es sodann zwei Arbeitsgruppen, die konkrete Empfehlungen für die Behörden der beteiligten Staaten für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität und den Terrorismus erarbeiten. Das ist die so genannte Lyon-Gruppe, die in ihrer Zusammensetzung größer ist als die G 8 und die Antiterrorismus-Gruppe.

Als weiteren Punkt erwähne ich: Zum ersten Mal seit ihrer Gründung haben die G-8-Staaten in Genua beschlossen, einen Fonds von 1,3 Milliarden Dollar einzurichten als finanzielle Basis für den weltweiten Kampf gegen eine Vielzahl gefährlicher Krankheiten. Dazu hat Russland einen finanziellen Beitrag in Höhe von zwanzig Millionen Dollar in den Fonds eingezahlt und damit erstmals zu den finanziellen Bemühungen der G 8 einen Beitrag geleistet.

Abschließend noch ein Wort zu Tschetschenien. Ich möchte nur auf die Tatsache hinweisen, dass nach Angaben von Befehlshabern der Nordallianz-Truppen zahlreiche tschetschenische Söldner gefangen genommen wurden, die in Afghanistan in der Brigade 055 gekämpft haben. Nach Informationen des russischen Geheimdienstes, die auch unseren amerikanischen Kollegen zur Verfügung gestellt wurden, gibt es in Afghanistan derzeit bis zu 1500 tschetschenische Söldner. Die von den amerikanischen Jagdbombern angegriffenen Lager sind übrigens die gleichen, die insbesondere von russischer Seite als Ausbildungslager für tschetschenische Kämpfer festgestellt wurden. Wie der russische Präsident angekündigt hat, sind wir bereit, die Namenslisten einer Abteilung auszuhändigen, die aus mehreren hundert tschetschenischen Söldnern besteht, die sich auf eine Verlegung aus der Türkei nach Afghanistan vorbereiten. Die Frage, womit wir es in Tschetschenien zu tun haben, ob mit einer nationalen Befreiungsbewegung oder mit Terrorismus, dürfte angesichts solcher Tatsachen eindeutig beantwortet sein.

### **Yastrzhembski**

Damit schließe ich den ersten Teil unserer Diskussion ab.

### **Karaganow**

Jetzt steht ein sehr interessantes Thema zur Diskussion, das wir bereits im vorhergehenden Panel angeschnitten haben. Es geht um den Kampf gegen den Terrorismus. Der Hauptredner zu diesem Punkt, Herr Kowalew, der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsausschusses und frühere Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), ist ein Kenner dieser Thematik, wie es nur wenige in Russland und überhaupt weltweit gibt.

### **Kovalev**

Bei dieser Thematik geht es um sehr konkrete Fragen, nämlich den Kampf gegen den Terrorismus, gegen den Rauschgifthandel und gegen die Korruption. Ich denke, es ist an der Zeit, diese Probleme in ihrer Wechselwirkung zu sehen. Denn es ist offensichtlich, dass der Rauschgifthandel nicht ohne die Korruption und der internationale Terrorismus nicht ohne das Geld aus dem Rauschgifthandel existieren können.

Ich will hierzu meine persönlichen Ansichten darlegen. Ich bedauere es sehr, dass es uns nicht gelungen ist, die Amerikaner vor der drohenden Gefahr zu warnen. Ich habe im Juni dieses Jahres in den USA darüber mit zahlreichen führenden Politikern im Außenministerium und im Kongress gesprochen. Dabei habe ich einen Punkt besonders betont: Als die USA von der globalen Sicherheitsstrategie abgingen, um ein Sicherheitskonzept zu verfolgen, das sich nur noch auf ein einziges Land ausrichtete, war die Möglichkeit, sich zu schützen, leider nicht mehr gegeben.

Ich sprach damals davon, dass dies eine Vereinigung aller möglichen Terroristen zur Folge haben würde. Und ich denke, dass wir nicht nur mit dem Einsatz chemischer und bakteriologischer Waffen rechnen müssen, sondern auch mit Anschlägen auf nukleare Objekte. Ich war der Ansicht, dass wir zumindest noch ein Jahr Zeit haben würden, um ein neues globales Sicherheitssystem auszuarbeiten. Aber die Terroristen haben uns diese Zeit leider nicht gelassen.

Am 11. September ist der internationale Terrorismus, vor dem Russland die Weltgemeinschaft seit langem gewarnt hatte, zu einer realen Bedrohung für die gesamte Menschheit geworden. Russland wurde zu Beginn des neuen Jahrhunderts unter den großen Staaten zum ersten Opfer dieses internationalen Terrorismus. Der Wert eines Menschenlebens und die Trauer über den Verlust von Angehörigen ist überall in der Welt gleich - wo immer unschuldige Menschen ums Leben kommen, ob unter den Ruinen der 100-stöckigen Türme in New York oder unter den Trümmern von 5- und 9-stöckigen Wohnhäusern in Moskau, Kaspijsk, Bujnaxsk und Wolgodonsk. Worauf es jetzt ankommt, ist, überall zu erkennen, dass der dreiste internationale Terrorismus an all diesen Tragödien schuld ist, den man bisher nicht, wie es notwendig gewesen wäre, entsprechend bekämpft hat.

Bedauerlicherweise haben wir uns weltweit zu sehr auf Wettstreit und Konfrontation eingelassen und in vieler Hinsicht nur gegen imaginäre Bedrohungen gekämpft. Das gilt im Übrigen auch für unsere Geheimdienste, die weitgehend nur imaginäre Feinde im Auge hatten, während sich der wirkliche Feind, nämlich der internationale Terrorismus, entwickeln und vereinigen konnte. Unterschiedliche Kultur und ethnische Herkunft sind für die Terroristen untereinander kein Problem. Inzwischen dürfte in Europa und in den USA auch den schärfsten Kritikern der russischen Politik im Nordkaukasus klar geworden sein, warum Russland derart entschlossen und unbeirrt dabei ist, den Terrorismus auf seinem Territorium zu vernichten. Russland weiß aus eigener Erfahrung, was der moderne internationale Terrorismus bedeutet.

Der internationale Terrorismus wird heute von großen und ziemlich reichen extremistischen Organisationen gefördert, die ihn finanziell und mit modernen Waffen unterstützen. Er ist in der Lage, sowohl einzelne Terroranschläge als auch groß angelegte Kriegshandlungen gegen reguläre Militär- und Polizeitruppen effektiv durchzuführen.

Neben dem Terrorismus im Nordkaukasus, an den südlichen Grenzen Russlands und in den Staaten Zentralasiens sind in den letzten Jahren die ständigen kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan und die Aktivitäten der von Bin Laden kontrollierten Terrororganisationen der wichtigste Destabilisierungsfaktor gewesen. Deshalb ist Russland besonders daran interessiert, dass die von der internationalen Gemeinschaft verkündeten Ziele in Afghanistan erreicht werden. Allerdings zeigt die zehnjährige Kriegserfahrung der sowjetischen Armee unter den besonderen Bedingungen in Afghanistan, dass man sich nicht nur auf die Wirkung von Raketen und Massengebombardements verlassen darf. Ein schneller Erfolg ist jedenfalls gegen die Terroristen, die sich in den Bergen verstecken, nicht zu erwarten.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Afghanistan für jegliche militärische Operationen schwierig ist. Dazu gehören vor allem die ungezählten Bodenvertiefungen, die den einzelnen Kämpfern als eine Art natürlicher mannshoher Schützengraben Deckung gewähren und wo nur direkte Treffer zum Erfolg führen. Es hat sich außerdem gezeigt, dass bei den Bombardements in der Regel auf drei verletzte Kämpfer zehn tote Zivilisten kommen. Mein Eindruck ist, dass die USA und die gesamte Antiterrorkoalition in vieler Hinsicht genau die Fehler wiederholen, die schon unsere Militärs in Afghanistan begangen haben. Dazu muss man auch das erhebliche Potenzial und den Kampfgeist der islamischen Krieger in Rechnung stellen.

Wir sollten nicht vergessen, dass lange Zeit vor den Militäraktionen der US-Luftwaffe auf dem Territorium Afghanistans mit dem Geld von Bin Laden und unter seiner Leitung ein Netz von 28 Ausbildungslagern geschaffen wurde für Kämpfer, die unter anderem aus dem Nordkaukasus, den zentralasiatischen Staaten, China und anderen Ländern stammen. In Afghanistan sind etwa 20000 Söldner aus Algerien, Bangladesch, Ägypten, Jordanien, dem Jemen, Marokko, Syrien, dem Sudan, Tunesien sowie pakistanische Freiwillige von radikalen Organisationen konzentriert. Diese haben sich nicht nur an Kriegshandlungen auf Seiten der Taliban und der islamistischen Bewegung Usbekistans

beteiligt, sondern auch Pläne für eine Destabilisierung der Lage entworfen, falls in den arabischen Ländern oder in Pakistan günstige Bedingungen dafür entstehen würden.

Zweifellos ist in Afghanistan ein gewaltiger Brückenkopf des internationalen Terrorismus entstanden, der seine Einflusssphäre auf die umliegenden Territorien in Zentralasien, China, Russland und in Pakistan ausweiten will und der die hohen Ziele des islamischen Fundamentalismus nicht so einfach aufgeben wird. Aus diesem Grunde möchte ich davor warnen, auf die möglichen militärischen Erfolge der USA und der Antiterrorcoalition zu vertrauen und zu glauben, dass sie den Aktivitäten des weltweiten internationalen Terrorismus den Boden entziehen werden. Das könnte sich als voreilig und als Illusion erweisen. Deshalb muss es unser gemeinsames globales und strategisches Ziel sein, neue Formen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu finden.

Gerade in Afghanistan sollte man dabei auch die Rolle der Drogenmafia nicht vergessen. Dort lässt sich besonders deutlich erkennen, wie diese beiden Übel zusammenwachsen, denn der Ausbau der Absatzmärkte für die Drogen versorgt die Terroristen mit neuen Finanzmitteln. Diese Verbindung lässt sich nicht mit Bomben zerstören. In den letzten Jahren hat die Talibanführung die Rauschgiftproduktion und deren Absatz in die USA, nach Russland und nach Europa sowie in die Länder des Persischen Golfs mit allen Mitteln gefördert. Experten schätzen, dass die Gewinne der afghanisch-pakistanischen Drogenmafia 10 Milliarden US-Dollar pro Jahr übersteigen. Das ist eine der Haupteinnahmequellen für die Taliban-Bewegung, von denen sie einen Teil für die terroristischen Aktivitäten bereitstellt.

Vor Beginn des Militäreinsatzes der Antiterror-Allianz wurden in Afghanistan insgesamt 4,7 Tausend Tonnen Rohopium produziert, aus denen sich 47 Tonnen reines Heroin gewinnen ließen. Die Luftangriffe und der Einsatz der Eliteeinheiten dürften leider machtlos gegen diese eingespielte Produktion sein, die ihre Absatzmärkte sucht und dabei ist, sich ständig auszuweiten. Die Weltgemeinschaft sollte sich der Frage stellen, wie sich die Lieferkanäle aus Afghanistan verändern werden, wenn dort die wichtigsten Drogenfabriken zerstört sind und womit wir in Zukunft überhaupt rechnen müssen. Darauf wissen auch die Fachleute keine klare Antwort.

Erfreulich ist, dass sich auf regionaler und bilateraler Ebene allmählich eine Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus herausbildet. Insgesamt wurden bisher zwölf grundlegende weltweite Konventionen für den Kampf gegen verschiedene Erscheinungsformen des Terrorismus erarbeitet, von denen Russland bekanntlich die meisten unterzeichnet hat. Diese Vereinbarungen stehen aber alle bislang nur auf dem Papier und werden noch nicht in die Praxis umgesetzt.

In einem wesentlichen Punkt ist man sich uneinig, nämlich bei der Definition von Terrorismus. Daher ist es dringend geboten, auf allen Ebenen Juristen, Politiker und Parlamentarier zur Ausarbeitung einer solchen universellen Definition heranzuziehen. Bislang sind auch Fragen der Rechtmäßigkeit von nationalen Befreiungsbewegungen und ihr Einsatz von Waffen, die bekanntlich nicht nur gegen Streitkräfte, sondern vor allem gegen die ganze Bevölkerung eingesetzt werden, strittig. Es sterben viele unschuldige Menschen.

Ich denke, wir sollten die Ziele und Pläne des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus präziser formulieren und die politischen Probleme benennen, von denen der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin gesprochen hat. Das würde die schwierige und mühselige Arbeit im Bereich der internationalen Rechtsprechung im Kampf gegen den Terrorismus erleichtern. Neben einer einheitlichen Begriffsbestimmung halte ich Entscheidungen für Maßnahmen, die alle vertreten können, zur Abwehr terroristischer Aktivitäten für äußerst schwierig.

Um die Wirksamkeit des Antiterrorkampfes zu steigern, muss die Rolle der Parlamente und der interparlamentarischen Vereinigungen wesentlich gestärkt werden. Dafür muss die praktische Arbeit der nationalen Gesetzgebungen vereinheitlicht werden, um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die mit ihm zusammenhängenden Straftaten zu intensivieren. Es geht also um die inhaltliche und formaljuristische Anpassung der Gesetze in den verschiedenen Ländern. Dadurch würde die unterschiedliche rechtliche Bewertung von juristischen Tatbeständen verhindert und man könnte auf Terrorakte operativ reagieren, unabhängig davon, in welchem Land sie verübt werden.

Zweitens müsste ein Verhaltenskodex der Staaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus erarbeitet werden, ein Katalog von Prinzipien und Grundregeln der gegenseitigen Hilfe und der Zusammenarbeit in konkreten Situationen. Solche Festlegungen würden die in diesem Bereich bereits bestehenden internationalen Verträge sinnvoll ergänzen.

Drittens müssten Fragen der kollektiven Sicherheit beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf die Tagesordnung der entsprechenden parlamentarischen Ausschüsse gesetzt und

bei den interparlamentarischen internationalen Kontakten thematisiert werden. Wir haben ein gesamteuropäisches Treffen auf Parlamentsebene zur Diskussion dieser Fragen initiiert, das sich aber leider, wie so oft, verzögert. Sicher, es gibt technische Schwierigkeiten, aber angesichts der momentanen internationalen Situation bedeutet jedes Hinausschieben, dass man damit der Tötung von Menschen im wahrsten Sinne des Wortes Vorschub leistet. Ich plädiere für die Schaffung einer Einrichtung, die aus angesehenen Parlamentariern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wissenschaftlern und Vertretern der Wirtschaft unter der Schirmherrschaft der UNO gebildet wird, um die notwendige öffentliche Unterstützung für den direkten Widerstand gegen den internationalen Terrorismus zu gewährleisten.

Ich bedauere in diesem Zusammenhang, dass die Vorschläge, die ich auf dem internationalen Forum in Paris geäußert habe, bisher nicht aufgegriffen worden sind. Das betraf beispielsweise die Gründung eines weltweiten antiterroristischen Bündnisses. Dieser Vorschlag wurde zwar von allen Anwesenden begrüßt, aber damit hatte es sich dann auch. Leider gelingt es uns immer noch nicht, in unseren Beziehungen ein gewisses Misstrauen zu überwinden. Eben das wäre aber die Voraussetzung, wenn wir in der Sache vorankommen wollen.

Einen weiteren wichtigen Aspekt sehe ich darin, die Institutionen der Zivilgesellschaft und die Massenmedien zu mobilisieren, um Bedingungen zu schaffen, welche die Tätigkeit der Terroristen stark erschweren, wo auch immer sie sich befinden mögen. Ich denke dabei an Internetseiten und Vertrauenstelefone, um alle Informationen zu sammeln, die auf mögliche Planungen und Durchführungen von Terroranschlägen hindeuten.

Was die Zusammenarbeit und Koordinierung der Geheimdienste der Länder, die sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus beteiligen, angeht, bedarf es einer Reihe vorrangiger Maßnahmen. Erstens müssen die Führer derjenigen Staaten, die beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus kooperieren, eine strategische Planung für die Zusammenarbeit der Geheimdienste verabreden und dies der gesamten Weltöffentlichkeit mitteilen. Jeder Terrorist muss wissen, dass ein solcher Plan existiert, und darf sich nirgendwo sicher fühlen.

Zweitens sollte ein gemeinsames Zentrum geschaffen werden, das Informationen aus allen Geheimdienstquellen der Antiterrorallianz sammelt und verarbeitet. Aus Gründen der Sicherheit sollten diese Informationen entpersonalisiert werden. Das ist aber bereits eine Frage der Technik; das Wichtigste ist die Idee. Mit einem solchen Zentrum würden die Möglichkeiten erweitert, zukünftige terroristische Bedrohungen rechtzeitig vorherzusehen. Damit könnte man Krisensituationen auf nationaler und internationaler Ebene leichter begegnen, indem man allen beteiligten Ländern eine einheitliche Datenbank zur Verfügung stellt. Ein solches Zentrum könnte gewissermaßen zu einer Kadenschmiede von Spezialisten werden, die Geheimdienstinformationen speziell im Bereich des internationalen Terrorismus analysieren und verarbeiten.

Drittens muss ein problemloser schneller Zugang zu allen Datenbanken gewährleistet werden. Die Geheimdienste der kooperierenden Länder müssen in kürzester Zeit die notwendigen Informationen erhalten, beispielsweise Schlüsseldaten über Personen, die des internationalen Terrorismus verdächtigt werden, oder Daten zur Identifikation von Waffen und Sprengstoffen sowie die Besonderheiten der Sprengstoffherstellung. Dazu ein konkretes Beispiel aus unserem Land. So haben wir innerhalb von 15 Minuten den Verantwortlichen eines Terroranschlages in Moskau ausfindig gemacht, wobei der Täter sich in einer anderen Stadt eines heute unabhängigen Staates aufhielt. Dieser Mann bevorzugte nämlich für das Löten des Sprengsatzes eine bestimmte Lacksorte, was wir in unserer Datenbank gespeichert hatten.

Es muss zudem eine äußerst strenge staatliche Kontrolle über die Herstellung und Lagerung von Sprengstoffen und Waffen gewährleistet werden, denn viele Terroranschläge sind nicht zuletzt eine Folge davon, dass die staatlichen Stellen die Lagerung der Sprengstoffe nicht genügend gesichert hatten. Ich schlage vor, ein weltweites Identifikationssystem für Sprengstoffe auszuarbeiten und einzuführen. Dann könnte man in Sekundenschnelle feststellen, wo der Sprengstoff hergestellt und wohin er geliefert wurde. Das würde die Suche nach den Terroristen wesentlich vereinfachen.

## **Karaganow**

In Russland sind wir gerade durch die sehr langsame Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit beunruhigt, nicht zuletzt im Verteidigungsbereich. Unsere Befürchtung ist, dass es innerhalb der nächsten fünf Jahre zu einem nuklearen Terroranschlag auf irgendeine Stadt kommen könnte, ohne dass wir die Möglichkeit haben, das zu verhindern. Das heißt, Russland ist bereit, den europäischen Weg mitzugehen, weil das eine vernünftige Entscheidung ist. Aber wir müssen in der Lage sein, schneller zu handeln, da wir sonst möglicherweise von den Ereignissen überholt werden.



Nun hat Tony Blair vorgeschlagen, anstelle des ständigen NATO-Russland-Rates eine Vereinigung von zwanzig Staaten zu bilden, in der alle NATO-Länder und Russland gleichberechtigt Fragen, die die Sicherheit betreffen, diskutieren können. Ich halte diesen Vorschlag für völlig indiskutabel. Das ist im Grunde nichts anderes als der Rat für politische Zusammenarbeit Russland-NATO-plus, mit dem wir gescheitert sind. Diese Idee wiederaufleben zu lassen und dann erneut damit zu scheitern, halte ich für absolut kontraproduktiv. Das ändert indes nichts an meiner an sich positiven Einstellung zur Person von Tony Blair.

### **Onyszkiewicz**

Es ist ganz richtig gesagt worden, dass die NATO von den Ereignissen des 11. September völlig unvorbereitet getroffen wurde. Es gibt gute Gründe, warum das so war.

Zunächst einmal erinnern wir uns alle an die Diskussion, die die NATO-Länder und die NATO-Beitrittskandidaten vor dem Gipfel in Washington geführt haben. In dieser Diskussion ging es um das strategische Konzept, und ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Punkt lenken, der den Verantwortungsbereich betraf. Auf amerikanischer Seite war eine ausgeprägte Tendenz erkennbar, diesen Bereich auszuweiten und der NATO eine globale Verantwortung zuzuschreiben. Auf der anderen Seite bestand auch eine Tendenz, die vor allem in Polen vertreten wurde, diesen Verantwortungsbereich zu begrenzen. Was dabei herauskam, ist bekannt; das Ergebnis ist im strategischen Konzept niedergelegt. Es wurde so verstanden, dass die NATO grundsätzlich nur auf dem klassischen Gebiet tätig wird, und dass alle anderen Verpflichtungen oder Herausforderungen von Fall zu Fall entschieden werden.

Es gab ein weiteres Problem, und das ist der Artikel 5. Ich erinnere daran, dass der Artikel 5 an sich recht weich formuliert ist; er ist jedenfalls sehr viel schwächer als Artikel 5 im Brüsseler Vertrag. Aber die Tatsache, dass Artikel 5 mit einem gewissen Automatismus versehen ist, ist nicht das Ergebnis des Washingtoner Vertrages, sondern resultiert aus der bestehenden militärischen Struktur und der Einsatzplanung. Dem lag ursprünglich die Annahme zugrunde, dass die NATO sofort und auf multilateraler Grundlage auf jede Krise antwortet, die seinerzeit als Szenario eines dritten Weltkriegs beziehungsweise als Szenario einer direkten Aggression von außen verstanden wurde. Deshalb war es für den NATO-Rat recht schwierig, zu entscheiden, dass der Artikel 5 auf die Tragödie des 11. September tatsächlich angewandt werden sollte. Denn der Artikel 5 besagt an sich, dass es sich um einen bewaffneten Angriff von außen handeln muss. Das Problem war, inwieweit die aktuelle Situation es rechtlich ermöglichte, sich auf diesen Artikel zu berufen.

Das führt mich zu einem eher generellen Problem, nämlich wie eine Aggression zu definieren ist. Eine Aggression wurde im klassischen Sinn stets als bewaffneter Angriff eines Landes gegen ein anderes verstanden. Jetzt befinden wir uns in einer völlig anderen Situation. Der Angriff vom 11. September könnte zwar als eine bewaffnete Aggression aufgefasst werden, aber sicher handelte es sich nicht um den Angriff eines Landes gegen ein anderes. Ich würde überspitzt sagen: Glücklicherweise wurde auch das Pentagon angegriffen. Wenn nämlich der Angriff lediglich, sagen wir, einigen Finanzzentren gegolten hätte oder es künftig einen Angriff auf IBM oder General Motors geben würde, dann stellte sich die Frage: Wäre dies als Angriff gegen einen Staat oder nur gegen einige Finanz- oder Wirtschaftsinstitutionen zu interpretieren? Deshalb steht die Definition eines Angriffs noch aus; und diese Frage kann letztlich nur von den Vereinten Nationen geklärt werden. Die Vereinten Nationen haben diese Frage übrigens verschiedentlich aufgegriffen, sind jedoch nie zu einer abschließenden Entscheidung gelangt.

Ich füge aber hinzu, dass sich der Artikel 5 nicht nur als eine Theorie erwiesen hat, die auf die Vergangenheit bezogen ist, sondern einer Prüfung unterzogen wurde und diese tatsächlich bestanden hat. Die Entscheidung, den Artikel 5 anzuwenden, war das Ergebnis einer sehr merkwürdigen und geradezu paradoxen Entwicklung. Man war stets davon ausgegangen, dass es die Vereinigten Staaten sein würden, die den europäischen Ländern in einem Konfliktfall zur Hilfe kommen. Jetzt patrouillieren AWACS-Flugzeuge der NATO den Luftraum in den Vereinigten Staaten, während die amerikanischen AWACS-Maschinen im Indischen Ozean stationiert sind. Das ist nur eine geringfügige Sache, der aber eine gewisse Symbolik zukommt.

Wenn wir uns den Artikel 5 ansehen, glaube ich indes nicht, dass der 11. September ihn zunichte macht. Denn er ist so zu verstehen, dass alle Mitgliedsländer verpflichtet sind, dem jeweils von einer Aggression betroffenen Land angemessene Hilfe zu leisten. Dieses Angebot wurde tatsächlich gemacht. Ein anderes Problem ist, dass die Vereinigten Staaten ein solches Angebot nur sehr selektiv akzeptieren.

Lassen Sie mich auf einen anderen Punkt zurückkommen, der das Fehlen einer militärischen Struktur bei der NATO betrifft, die in der Lage wäre, solche Krisenfälle zu bewältigen. Obschon Terrorismus in die Liste der Herausforderungen und Krisenfälle einbezogen wurde, hat man ihn im Rahmen von Artikel 4 des NATO-Vertrages behandelt, der lediglich von Konsultationen spricht. Es bleibt zu hoffen, dass diese militärische Struktur bei der NATO geschaffen wird.

Abschließend einige Worte zu Russland und der NATO. Das Problem einer NATO-Mitgliedschaft Russlands ist, dass die NATO keine gemeinsame Sicherheitsstruktur, sondern eine gemeinsame Verteidigungsstruktur darstellt, die sich auf ein sehr weit reichendes gegenseitiges Vertrauen gründen muss. Die Frage ist nicht, sich dem Club anzuschließen, sondern einer bestimmten Gemeinschaft beizutreten. Und ich bedaure sagen zu müssen, dass gegenwärtig kein hinreichendes Vertrauen besteht, um die russische Mitgliedschaft in der NATO zu akzeptieren. Ich will damit nur sagen, dass dieser Mangel an Vertrauen ein sehr wichtiger Tatbestand ist.

Worin könnte in Zukunft das gemeinsame Interesse der NATO-Länder und Russlands bestehen? Es ist nicht nur der Terrorismus, es ist die potenzielle Instabilität in Asien. Henry Kissinger hat sehr richtig festgestellt: "Asien befindet sich in seinem politischen und strategischen Denken noch im 19. Jahrhundert". Auch Herr Karaganow hat das erwähnt. Es gibt deshalb gute Gründe für eine enge Zusammenarbeit, die sich allmählich vertiefen wird und mit der Zeit ein Vertrauen zwischen der NATO und Russland schaffen kann. Ich wäre jedoch sehr zurückhaltend gegenüber einer Vorstellung, die auch hier herumgeistert, so etwas wie ein Konzert der Großmächte zu schaffen, die gemeinsam Probleme erörtern und gesondert behandeln. Denn das weckt schlechte Erinnerungen. Es gibt einen UN-Sicherheitsrat; aber etwas Ähnliches, was nur unseren Bereich abdeckt, würden kleinere Länder nicht unbedingt begrüßen. Deshalb sollte man sich dieser Frage mit einem gewissen Vorbehalt nähern.

### **Karaganow**

Herr Onyszkiewicz hat uns zu den bereits angesprochenen Themen zurückgeführt, nämlich einer möglichen Mitgliedschaft Russlands in der NATO beziehungsweise der Bildung eines speziellen Bündnisses auf der Grundlage der G 8, das sich mit den neuen Herausforderungen im Bereich der Sicherheit befassen sollte. Ich habe vor kurzem zusammen mit Karl Kaiser und einem weiteren Freund einen Artikel zu dieser Thematik verfasst, der allerdings noch nicht erschienen ist. Ich verstehe also durchaus, dass den kleineren Ländern ein Konzert von Großmächten nicht gefällt.

Gesetzt den Fall, über dem Zentrum von Warschau würden chemische oder bakteriologische Waffen zum Einsatz kommen, dann würde Polen - wenn ich an die herkömmliche polnische Einstellung denke - vor allem Russland, aber auch Deutschland, am wenigsten vielleicht den USA vorwerfen, dass sie sich nicht um die polnischen Interessen gekümmert hätten. Das Problem ist, dass wir durch unsere Untätigkeit bereits sehr viel Zeit verloren haben.

### **Kaiser**

Wenn ich es richtig sehe, besteht die entscheidende Veränderung der internationalen Politik nach dem 11. September in einer Kombination mehrerer Faktoren.

Erstens hat sich gezeigt, dass ein Grundprinzip der klassischen Abschreckung außer Kraft gesetzt wurde, nämlich der Schutz des eigenen Lebens als Grundlage des Handelns. Das heißt, wir haben es mit einem ganz anderen Risikokalkül zu tun, indem die Terroristen ihr Leben in die Waagschale werfen, um möglichst viele Gegner mit in den Tod zu ziehen. Die klassische Abschreckung funktioniert damit gegenüber Terroristen nicht mehr, wohl aber wahrscheinlich nach wie vor gegenüber Staaten, die Terroristen sichtbar unterstützen.

Zweitens wird mit der Erklärung des religiösen Krieges das metapolitische Drohpotenzial verstärkt, das wiederum Konfliktlösungen noch schwieriger werden lässt als bei herkömmlichen Konflikten. Im gewissen Sinne wird hier von Bin Laden und Konsorten der clash of civilisations angestrebt, den wir doch gerade verhindern wollen. Auf diese Weise sollen die Massen mobilisiert werden, die diesen Terrorismus unterstützen oder aus denen Terroristen rekrutiert werden können. Das hat es in dieser Form nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben. Den Tod Tausender unschuldiger Menschen nicht nur in Kauf zu nehmen, sondern tatsächlich zu wollen, das ist ein neues Phänomen. Nicht auszudenken die Katastrophe, wenn die Terrororganisationen über Massenvernichtungswaffen verfügen würden und sie dann unbedenklich einsetzen.

Drittens ist uns die Verletzbarkeit der modernen Gesellschaften drastisch vor Augen geführt worden. Auf diese Weise wird auch die bisherige Asymmetrie zwischen kleinen und großen Kräften oder

Mächten praktisch aufgehoben. Wenige Kleine können den Großen ungeheuren Schaden zufügen. Das gilt für die USA, Russland oder Deutschland gleichermaßen.

Viertens erweist sich die Verbindung von metapolitischen religiösen Motiven und modernsten Techniken - Kommunikationstechnologie, moderne Transportmittel und dergleichen - als besonders brisant und außerordentlich wirksam. Sollten terroristische Gruppierungen eines Tages Zugang zu Massenvernichtungswaffen erlangen, hätten wir es in der Tat mit ganz anderen Dimensionen der Auseinandersetzung zu tun.

Zusammen mit Sergej Karaganow haben wir bereits vor einigen Jahren intensiv darüber nachgedacht, wie wir dieses Erbe des Kalten Krieges, nämlich die gigantischen Anhäufungen von Massenvernichtungswaffen auf beiden Seiten, bewältigen wollen. Mir scheint das wohl wichtigste Ziel der Terrorismusbekämpfung darin zu bestehen, dass dafür Sorge getragen wird, diesen Sektor absolut verlässlich zu sichern und mögliche Schwachstellen zu beseitigen, damit Staaten oder Gruppierungen nicht in den Besitz dieser Waffen gelangen können.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass sich im Zuge der neuen weltpolitischen Herausforderungen eine bisher nie da gewesene Allianz zur Bekämpfung des Terrorismus herauszubilden beginnt. Das hat, wie Janusz Onyszkiewicz sagte, auch Konsequenzen für die NATO. Die alte NATO, die darauf ausgerichtet war, einen großen Angriff aus dem Osten zu verhindern und wenn nötig einen Verteidigungskrieg zu führen, gehört der Vergangenheit an. Ohnehin ist die NATO nach dem Ende des Kalten Krieges immer mehr zu einem politischen Bündnis geworden. Was wir in Zukunft benötigen, sind völlig andere Strukturen und Ziele dieses Bündnisses. Es geht nicht mehr um Abschreckung und Abwehr eines großen konventionellen Angriffs. Um den Terrorismus zu bekämpfen, braucht es eine strukturelle Neuorientierung, und erste Schritte sind in dieser Richtung schon gemacht worden.

Was sich abzeichnet, sind neue Bündnisformen, die nicht nur Staaten einbeziehen, die einer bestimmten Wertegemeinschaft - den westlichen Demokratien - angehören, sondern partielle Bündnisse mit Staaten eingehen, die - je nach Bedrohungsszenarium - unterschiedlichen Wertvorstellungen anhängen. Das sind Zweckbündnisse, die sich von früheren Konstellationen grundlegend unterscheiden und in ihrer Fragilität wohl auch kurzlebiger sind.

Diese Entwicklung lässt die Frage der NATO-Erweiterung in einem anderen Licht erscheinen. Je mehr die NATO zu einem politischen Bündnis wird, desto mehr verändert sich die Sicht dieses Problems auch und gerade im Hinblick auf Russland. Ich halte es durchaus für möglich, dass die NATO-Erweiterung, die im kommenden Jahr ansteht - der Gipfel in Prag im November 2002 wurde bereits erwähnt -, bei einer gleichzeitigen Annäherung an Russland, viel von ihrer bisherigen Problematik für Russland verlieren wird und man sich leichter verständigen können.

### **Karaganow**

Wir sollten jetzt die Möglichkeiten und Methoden im Kampf gegen den internationalen Terrorismus eingehender diskutieren.

Herr Ryschkow hat mich gebeten, zuvor daran zu erinnern, dass Tony Blair gerade heute gesagt haben soll, dass Russland eingeladen ist, der NATO beizutreten. Was das wohl bedeuten mag?

### **Weizsäcker**

Unser Thema, "Russlands europäische Dimension und weltpolitische Herausforderungen", veranlasst mich zunächst zu der Feststellung: Das schreckliche Ereignis vom 11. September hat nicht zuletzt auch dazu geführt, dass sich die Gesprächsatmosphäre zwischen Russland und den Vereinigten Staaten grundlegend verbessert hat, ein Tatbestand, der uns allen nur nützen kann. Beide Staaten sind zu ernsthaften Gesprächen und Verhandlungen zurückgekehrt, die lange Zeit gefehlt haben. Das halte ich für eine positive Entwicklung.

Karl Kaiser hat eben darauf hingewiesen, dass sich die NATO in einem Veränderungsprozess befindet, und zwar nicht erst seit dem 11. September. Das ist zweifellos der Fall. Gegenwärtig haben wir es mit einer Art Ad-hoc-Allianz zu tun, die der aktuellen Situation Rechnung trägt. Aber klar ist auch, dass es bei solchem Multilateralismus à la carte auf die Dauer nicht bleiben kann. Schon aus diesem Grunde halte ich eine Fortentwicklung der NATO für erforderlich.

Herr Kaiser hat mit Recht betont, dass die NATO ursprünglich nicht als Sicherheits-, sondern als Verteidigungsbündnis gegründet wurde und sich jetzt zu einem System gemeinsamer Sicherheit weiterentwickelt. Zu dieser gemeinsamen Sicherheit gehört aber wesentlich der Kontakt zwischen

Russland und den Vereinigten Staaten und auch zwischen Russland und den europäischen NATO-Partnern. Von daher sehe auch ich, dass die Zeit der NATO als reines Verteidigungsbündnis der Vergangenheit angehört.

Ob das zukünftig eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO impliziert, wie es Tony Blair in Erwägung gezogen hat, dafür bedarf es sicherlich zuvor der Klärung einiger wichtiger Fragen, beispielsweise was die Abstimmungsprozeduren angeht. Es ist ja wenig sinnvoll, einzelnen Mitgliedern ein Vetorecht gegen Mehrheitsbeschlüsse einzuräumen und damit die NATO weitgehend zur Immobilität zu verurteilen. Das würde ich jedenfalls für eine Kernfrage der möglichen Mitgliedschaft Russlands in der NATO halten.

Um noch einmal auf die Formulierung "Russlands europäische Dimension" zurückzukommen. Das kann nicht heißen - und ich hoffe, die russische Seite zieht aus der Entwicklung seit dem 11. September nicht diesen Schluss -, dass dies eine Rückkehr zur Renationalisierung bedeutet. Dass die aktive Beteiligung Russlands an der neu sich bildenden Koalition zur Bekämpfung des Terrorismus nicht von Herrn Solana auf den Weg gebracht wurde, sondern von den verantwortlichen Regierungschefs einiger Nationalstaaten der Europäischen Union, ist der Tatsache geschuldet, dass die EU noch keine außen- und sicherheitspolitische Gemeinschaft darstellt. Aber die Europäische Union befindet sich auf dem Wege zur politischen Union.

In dieser Hinsicht haben wir in den letzten zehn Jahren einige Fortschritte gemacht. Aber es braucht viel Zeit, bevor das Realität wird, vermutlich noch einmal zehn Jahre, bis wir von einer echten politischen Union tatsächlich sprechen können. Gegenwärtig kann es gar nicht anders sein, als dass Tony Blair, Gerhard Schröder, Jacques Chirac und andere Staatsführer zu Ereignissen wie denen vom 11. September Stellung nehmen und nicht Herr Solana. Aber unsere russischen Freunde sollten sich nicht täuschen: Die Europäische Union ist auf dem Wege, eine politische Union zu werden.

Schon nach Beendigung des Militäreinsatzes im Kosovo gegen Jugoslawien wurden Beschlüsse gefasst, die auf eine stärkere militärische Handlungsfähigkeit der EU hinauslaufen. Auch diese Entwicklung braucht Zeit. Ich denke auch nicht, dass die verschiedentlich geäußerten Befürchtungen, dadurch könne sich das Verhältnis der europäischen Partner zu den USA abkühlen, zutreffen - eher im Gegenteil. Wenn sich die NATO zu einem System gemeinsamer Sicherheit entwickeln soll, dann wird ein solches System nur funktionsfähig sein, wenn die Europäer ihrerseits bereit sind, in sicherheitspolitischer Hinsicht handlungsfähig zu werden. Es kann auf die Dauer nicht angehen, dass die Europäer, wie kürzlich wieder auf dem Balkan, letztlich darauf warten müssen, bis die Amerikaner die Initiative ergreifen und die Führung übernehmen, weil wir Europäer dazu gar nicht in der Lage sind.

Noch ein Wort zum Terrorismus. Bei aller Einmütigkeit gegenüber den Ereignissen vom 11. September tun wir uns dennoch mit einer klaren Definition von Terrorismus schwer. So einfach, dass wir feststellen: Wer gegen mich ist, ist ein Terrorist, können wir es uns nicht machen. Auch darüber muss ernsthaft diskutiert werden. Hinzu kommt, dass die großen Mitglieder in der EU und NATO die kleinen Mitgliedsstaaten immer wieder weitgehend ignorieren und ihre Vorstellungen allein durchsetzen wollen. Das führt dann dazu - wie wir es bei der Antiterrorismus-Allianz erlebt haben -, dass in der Europäischen Union plötzlich acht kleinere gegen sieben größere Mitglieder votieren. Das heißt, wir müssen darauf achten, dass in der Gemeinschaft alle Mitglieder hinter den Beschlüssen stehen. Dazu gehört dann auch eine konsensfähige Definition von Terrorismus, die es ebenso den Ländern, die in sicherheitspolitischen Fragen neutral bleiben wollen, ermöglicht, der Bekämpfung der menschenbedrohenden Gefahr des Terrorismus zuzustimmen.

Ich möchte aber generell dafür plädieren, die europäische Entwicklung nicht kleinzureden. Sicher, die Entwicklung der Europäischen Union gleicht mitunter der so genannten Echternacher Springprozession: zwei Schritte vorwärts und dann einen Schritt zurück. Doch es geht voran. Deshalb denke ich, Russland wäre gut beraten, nicht nur die neue weltpolitische Zusammenarbeit mit Amerika zu suchen - so wichtig und positiv dies auch ist -, sondern die europäische Dimension als gleichermaßen wichtig und geradezu unverzichtbar einzuschätzen.

## Segbers

So wie Karl Kaiser und Herr von Weizsäcker möchte auch ich betonen, dass sich weit vor dem 11. September die weltpolitische Konstellation grundlegend verändert hatte. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich gegenüber den Zeiten des Ost-West-Konflikts die Zahl der Akteure erheblich vergrößert. Darunter befinden sich auch viele nichtstaatliche und kommerzielle Akteure. Vieles spielt sich eben nicht nur auf der Ebene der Diplomatie ab, sondern es gibt Mehrebenenkonstellationen und internationale Regime. All dies war vor dem 11. September längst bekannt.

Was jetzt aber sehr viel deutlicher wird - und darin stimme ich Sergej Karaganow zu -, ist, dass unsere Denkstrukturen noch teilweise den 70er- und 80er-Jahren verhaftet sind. So deuten wir die internationalen Beziehungen immer noch vorrangig in geopolitischen Begriffen. Diese Sichtweise halte ich für endgültig überholt, und eben das haben die Ereignisse vom 11. September überdeutlich gemacht. Begriffe wie Geopolitik, staatliche Souveränität, Territorialität und nationale Grenzen sind heute sehr viel erklärungsbedürftiger als früher.

Gegen diese Art von internationalem Terrorismus greifen die bisherigen Abwehrmaßnahmen nicht mehr. Ein nationales Raketenabwehrsystem, die NATO-Erweiterung, Bündnissysteme wie SNG oder GUUAM werden solcher Herausforderung nicht mehr gerecht. Ein Terrornetzwerk mit nomadischen Kriegerfiguren als den eigentlichen Akteuren, das eine Weltmacht angreift, ist konzeptionell klassisch nicht mehr einzuordnen. Wie lassen sich transnationale Aktionen rechtlich fassen? Wie sind solche Anschläge zu werten? Als Krieg? Da behilft man sich dann mit Begriffen wie Polizeiaktion - als ob man gegen diese Art von Herausforderung mit Polizeiaktionen etwas bewirken könnte. Was wir feststellen, ist jedenfalls eine grundlegende Asymmetrie der Konfliktstrukturen, die wir mit unserer bisherigen geopolitischen Terminologie offensichtlich nicht mehr erfassen können.

Was bedeutet also das Geschehen vom 11. September im Kern? Darüber besteht noch weitgehend Dissens. Haben wir es hier im Wesentlichen mit politischen Gegensätzen zu tun? Etwa hinsichtlich der Vorgänge im Nahen und Mittleren Osten? Oder geht es um die Präsenz amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien oder andere konkrete Tatbestände? Ich halte das alles nicht für eine zureichende Einschätzung. Die Vorstellung jedenfalls, wenn die Amerikaner ihre Truppen aus Saudi-Arabien zurückziehen oder wenn die Israelis einige Siedlungsgebiete räumen würden, dann werde das zu einem Ende des Terrors führen, ist sicherlich falsch.

Meine These ist, dass wir es hier in letzter Konsequenz mit einem antisäkularen Furor zu tun haben, der sich gegen die liberalen Gesellschaften und ihren Lebensstil richtet. Wenn das aber der Fall ist, dann können Verhandlungen nichts bewirken, weil es sozusagen keine Teilmengen von Interessen gibt, über die man sich potenziell einigen könnte. Selbst bei den Terroranschlägen der RAF in den 70er-Jahren in Deutschland gab es noch so etwas wie potenzielle Verhandlungsmargen. In dem jetzigen Konflikt dagegen gibt es in der Substanz nichts zu verhandeln und deshalb sollte man es auch nicht versuchen.

Wie reagieren wir auf die Terroranschläge? Ich finde es schon erstaunlich, dass in manchen Stellungnahmen in Westeuropa und auch in Russland der Anschein erweckt wird, es käme vor allem darauf an, den Amerikanern zu helfen, weil Amerika angegriffen wurde. Nein, dies ist ein Angriff auf die liberale, plurale westliche Lebensweise, die auch Russland einschließt. Darauf müssen wir alle gemeinsam reagieren. Deshalb sind auch Überlegungen, was wir dafür "bekommen", wenn wir den Amerikanern jetzt helfen, kaum nachzuvollziehen.

Es sind klare Zielsetzungen erforderlich, um erfolgreich auf diesen Konflikt zu reagieren. Und die Reaktionen müssen entschieden durchgeführt werden. Aus dem Kosovo-Konflikt sollten wir gelernt haben: Wenn man sich für eine militärische Intervention entscheidet - und es gab durchaus auch nachvollziehbare Gründe, dagegen zu sein -, dann muss man konsequent vorgehen, sonst sollte man es ganz lassen. Eine Intervention, bei der man von vornherein signalisiert, welche Optionen man ausschließt - etwa den Einsatz von Bodentruppen im Kosovo -, ist halbherzig und in der Konsequenz kontraproduktiv.

Nun wird nicht nur in Westeuropa von vielen wohlmeinenden Menschen die Ansicht vertreten, dass es möglich sein müsste, die zunehmende Unordnung in der Welt - mitproduziert auch von elitären Gruppierungen, die sich gewissermaßen staatliche Qualität erpressen wollen - wieder in eine stabile neue Ordnung zu überführen. Eben dies, denke ich, wird nicht möglich sein, sondern wir werden uns mit der prinzipiellen Unordnung in der Welt in irgendeiner Weise arrangieren müssen, ob uns das passt oder nicht. Das ist keine sehr erfreuliche Perspektive. Deshalb sehe ich auch nicht, dass wir mit unseren Ordnungsversuchen wie jetzt in Afghanistan sehr weit kommen werden. Da werden wir sehr schnell an die Grenzen unserer ökonomischen, politischen und militärischen Ressourcen stoßen. Das wird auf mittlere Sicht nicht durchzuhalten sein.

In Bosnien, im Kosovo, vermutlich auch in Afghanistan werden Quasiprotektorate geschaffen. Wir brauchen uns ja nur vorzustellen, eine solche Situation würde sich in Indonesien entwickeln, um zu erkennen, dass eine derartige Weltordnung, die Krisenherde überall in der Welt mit Hilfe von Protektoraten befrieden will, uns absolut überfordern würde. Vielleicht sollten wir uns auf Regionen beschränken, die in unserem unmittelbareren Umfeld liegen und die noch halbwegs stabil sind - ich nenne etwa die Türkei oder Mexiko -, als eine globale Perspektive zu entwickeln, die wir in keiner Weise umsetzen können.

## Studnitz

Herr Segbers hat zu Recht gesagt, dass es vor allem wichtig ist, sich zunächst einmal über den Charakter des Konflikts, vor dem wir stehen, klar zu werden; denn daraus leiten sich die Strukturen und Reaktionen ab, in denen wir handeln können.

Wir haben es hier in der Tat mit einer qualitativ neuen Herausforderung zu tun, die sich von den Kriegen und Konflikten des 19. und 20. Jahrhunderts deutlich unterscheidet. Das sind keine Konflikte mehr, die zwischen Staaten ausgetragen werden, und deshalb müssen wir auch anders darauf reagieren. Was wir feststellen, ist, dass staatliche Organisation und Macht im Schwinden begriffen sind. Wir denken immer noch in staatlich organisierten Sicherheitsstrukturen weltweit entsprechend den Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Mit dieser staatlichen Durchorganisation der Welt sind wir ja im Großen und Ganzen auch recht gut gefahren.

Diese staatlichen Sicherheitsstrukturen beginnen indes mehr und mehr auszufransen. In einigen Weltregionen fehlt es inzwischen überhaupt an staatlicher Organisation. Das sehen wir nicht nur in Afghanistan; auch der Kosovo, Somalia und andere Gebiete lassen sich dafür beispielhaft nennen. Dieses Fehlen staatlicher Organisation führt letztlich dazu, dass sich solche Terrornetze entwickeln können. Deshalb bin ich - vielleicht anders als Herr Segbers - doch der Meinung, dass es unser aller Sicherheitsinteresse gebietet, in diesen staatlich nicht mehr durchorganisierten Territorien eine gewisse Ordnung wiederherzustellen.

Wie geht man das an? Ich denke, die etablierten Strukturen - ob NATO oder EU - sind dafür nicht mehr geeignet. Denn die Formen der Bedrohung werden jeweils ganz verschieden sein. Der Angriff auf das World Trade Center war nur ein Beispiel; das nächste Mal kann es etwas völlig anderes sein.

Deshalb werden wir wohl nicht darum herumkommen, jeweils Ad-hoc-Interessengemeinschaften zustande zu bringen, um die jeweiligen Herausforderungen bekämpfen zu können. So wie die Amerikaner jetzt vorgehen, dürfte es beispielgebend für die Zukunft sein. Das ist in meinen Augen auch kein Problem der kleinen und großen Staaten, sondern derjenigen, die sich beteiligen und anderer, die nicht mitwirken können oder wollen. Letztlich werden an der jeweiligen Interessengemeinschaft nur diejenigen mitwirken, die auch zur Bekämpfung einer konkreten Gefährdung einen Beitrag leisten können.

## Ruhnau

Aus der G 8 wird dann eine G 10 oder G 12.

## Studnitz

In dem einen Fall wird es vielleicht eine G 12 und in dem anderen eine G 6. Dass Deutschland sich jetzt am Afghanistan-Einsatz beteiligt, halte ich für richtig; denn das liegt in unserem ureigenen Interesse. Wir Deutsche müssen uns da nichts beweisen. Vielmehr ist es in unserem nationalen Interesse, dass Gefährdungszonen dieser Art eingegrenzt werden. Ob das in allen denkbaren Fällen gelingen wird oder wir uns möglicherweise dabei überfordern, wie Herr Segbers befürchtet, halte ich zunächst für zweitrangig.

Was nun Russland in diesem Zusammenhang angeht, sehe ich dessen Platz dort, wo es bereit und in der Lage ist, sich an der Abwehr solcher Herausforderungen zu beteiligen. Im Fall Afghanistan war die geopolitische Lage Russlands zweifellos von besonderer Bedeutung. Ohne die russische Unterstützung wäre es sicher nicht so einfach gewesen, Usbekistan und Tadschikistan für die Antiterror-Koalition zu gewinnen.

Die Frage einer engeren Zusammenarbeit mit oder gar eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO steht auf einem ganz anderen Blatt. Persönlich bin ich der Auffassung, dass Russland dann Mitglied werden kann, wenn es bereit ist, die bestehenden Regeln dieses Clubs auch für sich gelten zu lassen. Anderenfalls muss man andere Formen des Miteinanders finden, beispielsweise Ad-hoc-Interessengemeinschaften, die ich für sehr wichtig halte. Ein Beitritt Russlands zur NATO wäre sowohl für das Selbstverständnis der Europäer in Bezug auf Russland als auch für Russlands Verständnis als europäische Macht von weitreichender Bedeutung.

Nun klang hier in der Diskussion an, Präsident Putin würde sich möglicherweise sehr weit aus dem Fenster lehnen, indem er auf den Westen, auf Amerika in der Weise zugeht, wie er das getan hat. In der Tat, wenn solche Schritte nicht von der breiten Bevölkerung mitgetragen werden, ist es gefährlich. Dagegen hilft letztlich nur die Entwicklung demokratischer Führungs- und Entscheidungsstrukturen. Deshalb ist die Entwicklung der Demokratie in Russland in der längerfristigen Perspektive ein

unverzichtbarer Beitrag, um den politischen Willensbildungsprozess an die Bevölkerung rückzukoppeln. Ein solcher Prozess liegt im Übrigen auch in unserem eigenen westlichen Interesse, wenn wir in Zukunft den europäischen Kontinent mit Russland gemeinsam gestalten wollen.

## Rahr

Aus unserer Diskussion könnte man fast den Eindruck gewinnen, Europäer und Russen befänden sich in einer Art Konkurrenz, wenn es um den Schulterschluss mit den USA im Kampf gegen den Terror geht. Das würde ich für eine bedauerliche Entwicklung halten. Mit der Ernennung von Solana 1999 als Verantwortlicher der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sind die ersten Ansätze einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik deutlicher geworden. Und ich meine, dass in der neuen Konstellation - eben im Hinblick auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus - die notwendigen Initiativen auch von der Europäischen Union ausgehen sollten. In Russland sollte man sich daran erinnern, dass auf dem EU-Russland-Gipfel im Oktober 1999 in Helsinki der damalige Premierminister Putin den Europäern den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsstruktur vorgeschlagen hat; doch beide Seiten verhalten sich seitdem in dieser Frage abwartend.

In dem Zusammenhang nenne ich vier Elemente, die ich in einer künftigen europäisch-russischen Sicherheitsarchitektur für wichtig erachte: Erstens der Aufbau von so genannten Soft-Security-Strukturen; zweitens die Bekämpfung der internationalen Kriminalität; drittens die Eindämmung der illegalen Migration - ein Problem, das sowohl Russland als auch die Europäer berührt; und schließlich, viertens, die Energiesicherheit.

Ich habe vorgestern an einer Konferenz der Nachrichtenagentur "Rosbalt" in St. Petersburg teilgenommen, auf der es um Fragen des Verhältnisses von Islam und Christentum ging. Dort wurde die These vertreten, wir sollten uns nicht nur mit dem internationalen Terrorismus auseinandersetzen, der von islamistischen Terrorgruppen wie Al Quaida und Hamas gegen die USA und den Westen gerichtet ist, sondern müssten sehen, dass auch die IRA, die PKK und die ETA zu diesem globalen Terrornetzwerk gehören. Auch wenn sich Letztere nicht gegen die westliche Zivilisation wenden, würden sie dennoch ein großes Gefahrenpotenzial für Europa darstellen.

Von daher stellt sich die Frage: Kämpfen wir gegen das globale Terrornetzwerk oder haben wir jetzt nur den islamistischen Terrorismus im Visier? Sollte Letzteres der Fall sein, sehe ich die Gefahr, dass aus einer Antiterror-Allianz eine Anti-Islam-Allianz wird. Gerade Russland - das wurde auf dieser Konferenz von russischer Seite deutlich gemacht - würde durch eine Anti-Islam-Allianz in Mitleidenschaft gezogen, weil die Landesbevölkerung zu 18 Prozent aus Mohammedanern besteht.

Einer neuen russischen Umfrage zufolge wächst unter der jungen russischen Bevölkerung die Abneigung gegen die so genannten "Schwarzgesichter" aus dem Süden der GUS. Gleichzeitig verzeichnet man, dass immer mehr hoch qualifizierte junge Intellektuelle, die in islamischen Staaten wie Saudi-Arabien zu islamischen Geistlichen ausgebildet wurden, nach Tatarstan, Baschkirien und Zentralasien zurückkehren und dort Missionierung betreiben. Wenn diese beiden gegensätzlichen Strömungen von der Politik nicht genügend beachtet werden, können daraus gesellschaftliche Konflikte entstehen, die vor einigen Jahren in der internationalistischen postsowjetischen Welt fast undenkbar waren.

Wie gesagt, leben heute 18 Millionen Mohammedaner in Russland, die ein zunehmend gefährliches Konfliktpotenzial bilden könnten, eine Tatsache, die der russische Präsident bei seinem Schulterschluss mit dem Westen nicht außer Acht lassen darf. Ich erinnere nur an den NATO-Einsatz im Kosovo, wo ein Großteil der ethnischen Russen auf Seiten der Serben stand und die NATO-Intervention entschieden ablehnte, während große Teile der tatarischen und baschkirischen Elite den Schulterschluss mit den Albanern suchten, sodass die politische Elite in der Russischen Föderation gespalten war.

In dem Zusammenhang weise ich auch darauf hin, dass der Anteil der islamischen Bevölkerung in Europa nach demografischen Berechnungen stark zunehmen wird. In einigen Regionen werden aus Minderheiten Mehrheiten. Das heißt, hier müssen wir in einem Zeitraum von, sagen wir, dreißig bis fünfzig Jahren mit dramatischen Änderungen rechnen. Nach neuen demografischen Untersuchungen wird sich in Russland innerhalb von nur einer Generation eine Entwicklung vollziehen, die dazu führt, dass in der jüngeren russischen Bevölkerung das Verhältnis von Mohammedanern und ethnischen Russen 50 zu 50 Prozent betragen wird, und die Politik muss sich Gedanken darüber machen, wie verhindert werden kann, dass sich daraus in Russland ein bedrohlicher innergesellschaftlicher Konflikt entwickelt.

Im Übrigen gilt auch beim Ausbau der G 8 und bei der WTO, dass die islamische Welt dabei nicht vernachlässigt wird. Denn es kann nicht sein, dass ein Fünftel, vielleicht bald ein Viertel der Weltbevölkerung von den Globalisierungsprozessen ausgeschlossen bleibt. Das gleiche Problem haben wir übrigens im UN-Sicherheitsrat.

### **Karaganow**

Alexander Rahr hat ein sehr wichtiges Thema angesprochen, nämlich wie wir uns gegenüber den islamischen Staaten verhalten sollen. Das ist eine ungelöste Frage; denn es gibt bisher keinerlei Dialog mit den islamischen Ländern und ihren Eliten. Was in diesen Gesellschaften tatsächlich vor sich geht, ist uns weitgehend unbekannt, und wir sind uns über die Strategie, die wir gegenüber diesen Staaten anwenden sollen, völlig im Unklaren.

Natürlich dürfen wir den Islam nicht zum Feindbild machen. Aber was bedeutet das eigentlich? Ich denke, es bedarf großer gemeinsamer intellektueller Anstrengungen, um zu verstehen, was es damit auf sich hat und mit welcher Herausforderung wir es hier zu tun haben. Klar ist, dass der Terrorismus bislang in einem islamischen Gewand auftritt. Aber der Terrorismus hat auch soziale Wurzeln und wenn man den Islam beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus zum Feindbild macht, kann er sehr leicht zu einer destruktiven Kraft werden. Das ist ein sehr schwieriges und vielschichtiges Problem.

### **Smolar**

Das Thema, das hier bereits mehrfach erörtert wurde, betrifft die institutionelle Sicherheits- und Verteidigungsstruktur nach dem 11. September. Seit diesem Ereignis, so war immer wieder zu hören, werde die Welt nie wieder so sein wie zuvor. Ob das so stimmt oder nicht, wird zum Teil von den Konsequenzen abhängen, die Veränderungen der Institutionen betreffen.

In unserer Diskussion hier nehme ich drei unterschiedliche Vorstellungen zur Sicherheitsstruktur wahr. Die erste betrifft die traditionelle NATO. Dabei stellt sich das Problem, den Artikel 5 und andere Elemente des Washingtoner Abkommens den neuen Bedingungen anzupassen. Mein Eindruck ist jedoch, dass diese These hier keine Zustimmung findet. Die NATO wird mehr zu einer kollektiven Sicherheitsstruktur, die Ordnung und Frieden in Europa sichert. Um die Terminologie Robert Coopers zu gebrauchen: Dies ist ein post-moderner transparenter Organisationstypus, bei dem die traditionelle Logik eines Machtgleichgewichts keine Rolle mehr spielt. Es ist in der Tat fraglich, ob Russland ein Mitglied der NATO sein kann, das heißt, ob die Beziehung zwischen Russland und den NATO-Ländern tatsächlich weitergehen kann, als die traditionelle Logik des Machtgleichgewichts besagt.

Zweitens gibt es die Vorstellung, die von mehreren unserer russischen Freunde entwickelt wurde, dass es eine neue Art von Bündnis geben müsse mit starker Beteiligung Russlands - beispielsweise in einer veränderten G 8 -, eine Struktur, die den neuen Herausforderungen Rechnung trägt.

Das erwähnte Modell der Heiligen Allianz scheint keine Antwort auf die neuen Gefahren zu bieten. Ich erwähnte vorhin bereits, dass von einem solchen Bündnismodell in der gegenwärtigen Welt die Gefahr ausgeht, dass Freiheit und Demokratie jetzt von Sicherheit und Ordnung als die höchsten Werte verdrängt werden. Es besteht ein gewisser Wechsel zwischen diesen beiden Wertekanon. In einer solchen Struktur, in der Großmächte die Sicherheitsordnung diktieren, ist das eine reale Gefahr.

Deshalb glaube ich, dass - drittens - die realistische Sicherheitsstruktur auf flexiblen Ad-hoc-Bündnissen beruhen wird, die unterschiedlichen Bedingungen angepasst werden können. Klaus Segbers hat unter anderem die These vertreten, dass die terroristischen Angriffe vom September sich gegen Modernität und Säkularisierung richteten. Das trifft in diesem Falle zu, gilt aber nicht für alle möglichen anderen Fälle terroristischer Attacken. Ich denke nicht, dass wir uns in einer Situation befinden - das mag ein wenig provokativ klingen -, in der alle Länder das gleiche Risiko terroristischer Angriffe laufen. Wir können sehr leicht die Länder nennen, bei denen das Risiko am höchsten ist. Zu diesen zählen natürlich die Vereinigten Staaten und Russland sowie einige europäische Länder, die einen sehr hohen Anteil an muslimischer Bevölkerung aufweisen. Dabei möchte ich nicht die These von Huntington stützen. Die größte terroristische Bedrohung in der heutigen Welt geht nicht von Muslimen oder vom Islam, sondern von radikalen, totalitären moslemischen Bewegungen aus.

Es gibt andere Länder, wo Terrorismus höchst wahrscheinlich ist. Das sind Länder, in denen Bürgerkrieg, religiöse Konflikte und Staatsverfall herrschen. Diese komplexe Situation wird die Ad-hoc-Bündnisse und flexiblen Strukturen bestimmen, die sich in unterschiedlichen Situationen entwickeln können.



## Karaganow

Wenn wir davon ausgehen, dass wir es nur mit einer einzigen Bedrohung zu tun haben, könnte die Idee, Ad-hoc-Bündnisse zu schaffen, durchaus sinnvoll sein. Wenn wir jedoch annehmen, dass wir uns auf eine Vielfalt von Bedrohungen einzustellen haben, auf die wir uns rechtzeitig vorbereiten müssen, dann dürften sich die Ad-hoc-Bündnisse als unproduktiv erweisen, da man sie nicht rechtzeitig, sondern nur in Reaktion auf eingetretene Ereignisse schaffen kann. Vielleicht sind wir heute noch nicht in der Lage, ein umfassendes Bündnis zu Wege zu bringen und müssen uns deshalb mit Ad-hoc-Bündnissen begnügen. Ich denke, darüber müssen wir uns noch weiter Gedanken machen.

## Ellemann-Jensen

Was können wir tun, damit dieses window of opportunity, das sich uns geöffnet hat, genutzt wird, bevor es sich möglicherweise wieder schließt? Mit anderen Worten: Wir sollten uns darauf konzentrieren, was ich als eine der wichtigsten Herausforderungen ansehe, nämlich: Wie ist Russlands Rolle in der künftigen internationalen Zusammenarbeit zu sichern? Russland hat sich Anerkennung durch die Art und Weise erworben, wie es auf das, was am 11. September passiert ist, reagiert hat.

Ich frage mich, warum man so viele Überlegungen zur NATO-Mitgliedschaft, zur NATO-Erweiterung und so weiter anstellt. Ist das wirklich das Wichtigste? Ich denke an das, was Herr Jastrschembkij vorhin gesagt hat. Ist es nicht bemerkenswert, dass Russland jetzt für die Vereinigten Staaten ein wichtigerer Partner ist als viele NATO-Länder? Eine hochinteressante Bemerkung. Und Herr Lukow hat vorhin hinzugefügt, dass einige europäische Länder vielleicht ein wenig eifersüchtig auf diese neue Beziehung sind, die hier entsteht. Sie mögen Recht haben. Aber ich würde zu bedenken geben, dass intelligente Europäer auf diese Entwicklung nicht eifersüchtig sind. Vielmehr sind sie glücklich darüber, weil es im grundlegenden nationalen Interesse eines jeden von uns liegt, dass die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland sich in diesen Bahnen entwickeln. Ich selbst habe auch Beifall gespendet, als ich den Text des Kommuniqués las, das nach den Treffen zwischen den beiden Präsidenten in den Vereinigten Staaten herausgegeben wurde. Kein Grund, eifersüchtig zu sein. Wir sollten alle froh darüber sein und alles tun, was wir können, damit sich diese Entwicklung fortsetzt.

Russland als Mitglied der NATO? Warum nicht? Eines künftigen Tages, wie Herr von Studnitz sagte, wenn Russland die Regeln des Clubs befolgt. Wer weiß, vielleicht müssen die Clubregeln später geändert werden. Ich bin jedoch der Auffassung, dass die NATO auch in einer anderen Hinsicht wichtig ist. Darauf hat Herr von Weizsäcker hingewiesen: als ein Weg, die kleinen Länder bei der Stange zu halten. Deshalb möchte ich gern wissen, warum wir uns immer wieder Argumente anhören, dass die NATO-Erweiterung um neue Länder, insbesondere die kleinen baltischen Staaten, aufgeschoben werden sollte. Das würde nur aus falsch verstandener Rücksicht auf Russland geschehen. Denn wir alle wissen, dass es völliger Unsinn auf Seiten Russlands ist, die NATO-Erweiterung um die drei baltischen Länder zu fürchten. Russland mag dadurch verunsichert werden; aber es wird davon nicht bedroht.

Auf der anderen Seite: Werden die baltischen Länder durch Russland bedroht? Wenn Russland versucht, diese Länder davon abzuhalten, einem Sicherheitsbündnis beizutreten, werden sie sich natürlich bedroht fühlen. Ich lebe zufällig in einem sehr kleinen Land, dessen Bevölkerung ungefähr der von St. Petersburg entspricht. Wir haben große Nachbarn. Wir hatten in der Vergangenheit durchaus Grund, uns von diesen großen Nachbarn bedroht zu fühlen. Sie wissen, dass es uns, als einer Maus, heute nichts ausmacht, mit einem Elefanten zu schlafen; doch würden wir gern sichergehen, dass sich dieser Elefant nicht allzuviel bewegt und uns erdrückt. Aus diesem Grunde ziehen wir es vor, in einer Organisation mit einigen großen Nachbarn zu sein, bei der absolut sicher ist, dass jeder sich an die Regeln hält. Dies, so hoffe ich, könnte auch zu einem wichtigen Argument in der russischen Diskussion werden. Wir alle wissen, dass Sie verunsichert und vielleicht sogar besorgt über die Lage der russischen Minderheiten in einigen baltischen Ländern sind. Deshalb wäre es durchaus in Ihrem Interesse, diese Länder als Mitglieder der NATO zu sehen, denn dann ist es das Problem der NATO, darauf zu achten, dass sich jedes Mitglied an die Regeln hält, und Sie könnten Ihre Besorgnisse in dieser Hinsicht ablegen und sich mit den Gebieten befassen, wo Sie realen Bedrohungen ausgesetzt sind.

Ich frage mich, ob Ihr wirkliches Interesse nicht in einer ganz anderen Richtung liegt, nämlich in der Erweiterung der Europäischen Union durch Polen, die baltischen Staaten und andere Länder Ost- und Mitteleuropas. Wie können wir sicherstellen, dass die EU-Erweiterung bei den Russen nicht den

Eindruck hinterlässt, sie würden außen vor gelassen? Wie können wir sicherstellen, dass dies nicht zu einem Nullsummenspiel, sondern zu einem Win-win-Spiel wird? Dort sehe ich die eigentliche Herausforderung. Das muss mit der Schaffung von Koalitionen im Kampf gegen den Terrorismus und bei anderen Auseinandersetzungen, die sich gegen unsere gemeinsamen Werte und unsere gemeinsame Lebensform richten, zusammengehen.

Darüber haben wir auf einer Konferenz in St. Petersburg diskutiert, etwa zwei Wochen nach dem 11. September. Die Konferenz wurde vom Baltic Development Forum durchgeführt, und zwar zu genau dem Thema: Wie können wir sicherstellen, dass Russland in die wirtschaftlichen und politischen Strukturen einbezogen wird? Das galt in diesem Fall besonders für die Ostseeregion. Doch es gilt ebenso für Europa insgesamt. Mit anderen Worten: Wie können wir sicherstellen, dass sich Russlands europäische Dimension in einer Weise entwickelt, die uns allen zugute kommt?

Lassen Sie mich einige Empfehlungen von jener Konferenz nennen, die darauf abzielen, dass wir eine solide Plattform unterhalb einer Koalition schaffen sollten, damit wir uns nicht bloß hinter der gegenwärtigen Gefahr verstecken. Ein Punkt war der schnelle Zugang Russlands zur WTO. Ein anderer betraf eine viel engere Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union, indem man den Aktionsplan der so genannten Nördlichen Dimension nutzt und eine Reihe von Vorschlägen unterstützt, wie dieser Aktionsplan zu finanzieren ist, damit es nicht wiederum nur bei vielen schönen Worten aus Brüssel bleibt, ohne die notwendige Unterstützung, diese in die Realität umzusetzen. Und wir sollten die Vision haben, dass der Europäische Wirtschaftsraum Russland einbezieht; besser noch sollte man mit einem einheitlichen Bildungsraum beginnen. Dieses sind Dinge, mit denen wir sofort anfangen können.

Das sollte nicht vergessen werden in einer Situation, in der die Europäische Union hoffnungsvoll dabei ist, sich um eine Vielzahl von Beitrittsländern zu erweitern, wobei die erste Gruppe davon ausgehen kann, 2004 Mitglied zu werden. Dabei sollten wir auch sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird. Wir können alle diese Koalitionen bilden, den Austausch der Geheimdienste vornehmen und dergleichen mehr, aber wenn einige Staaten, insbesondere Russland, den Eindruck gewinnen, bei diesen Entwicklungen außen vor zu bleiben, werden wir es früher oder später mit sehr ernststen Problemen zu tun bekommen.

### **Karaganow**

Herr Ellemann-Jensen hat uns an zwei wichtige Dinge erinnert. Erstens, dass Russland in den vergangenen dreißig Jahren immer wieder erklärt hat, man wolle sich an Europa annähern - und dann hat man den amerikanischen Präsidenten entweder bekämpft oder ihn umarmt, während Europa in Vergessenheit geriet. Präsident Putin sollte dieses Spiel nicht wiederholen und deshalb eben die Dinge tun, die Sie angesprochen haben.

Zweitens sollten wir stets daran denken, dass das normale Leben weitergeht und die bisherigen Möglichkeiten, die wir noch keineswegs ausgeschöpft haben, weiterhin vorhanden sind, obwohl wir uns jetzt neuen Bedrohungen ausgesetzt sehen. Das betrifft beispielsweise die Annäherung Russlands an die Europäische Union über die Nördliche Dimension und den Verhandlungsprozess, damit Russland sich mit seiner Gesetzgebung an die europäischen Normen anpasst.

Ich habe vor kurzem zusammen mit etwa zwanzig weiteren Personen ein Komitee gegründet, das sich "Russland im vereinigten Europa" nennt und das die Ausarbeitung konkreter Pläne für die Annäherung zwischen Russland und der Europäischen Union zum Ziel hat.

### **Lukov**

Herr Segbers hat in seinem interessanten Beitrag bemerkt, es könnte zu teuer sein, wenn man versuchen wollte, die sozialen und ökonomischen Probleme in Afghanistan zu bewältigen, das sei kaum zu leisten, meinte er. Das wird in der Tat mit erheblichen Kosten verbunden sein. Aber ich möchte unterstreichen: Wenn sich die internationale Gemeinschaft, unter anderem die UNO, die Europäische Union, der IWF und die Weltbank, jetzt nicht der Lösung dieses Problems zuwendet, wird es keinerlei Stabilisierung in Afghanistan geben. Dann wird es dort zu einem extremistischen "Taliban-plus-Regime" der nächsten Generation kommen. Und deren Antwort auf die Aktionen der Streitkräfte der Antiterrorcoalition in Afghanistan könnte noch schrecklicher sein als die Terrorakte vom 11. September.

Es sind durchaus Mittel vorhanden, um Afghanistan zu helfen. Als die mexikanische Finanzkrise die Interessen der großen westlichen Staaten traf, hat der IWF innerhalb von zwei Wochen 17 Milliarden US-Dollar für die Stabilisierung des Peso bereitgestellt. Und bei der Asienkrise, die die westlichen

Handelsinteressen mit Japan und den ASEAN-Ländern bedrohte, hat man seitens des IWF innerhalb von drei Monaten 110 Milliarden US-Dollar aufgebracht.

Bei der Krise, vor der wir jetzt stehen, geht es um die physische Existenz der modernen Zivilisation und um Menschenleben. Sollten wir da nicht in der Lage sein, Mittel in einem weitaus geringeren Umfang zu mobilisieren, um das Problem Afghanistans zu lösen und dort eine landwirtschaftliche und industrielle Produktion aufzubauen, die aus eigener Kraft lebensfähig ist? Wenn wir das jetzt nicht tun, können wir uns die Folgen leicht ausrechnen. Zum einen wird es zu einer Destabilisierung und Fragmentierung Pakistans kommen. Zum anderen werden riesige Flüchtlingsströme zunächst Tadschikistan und Usbekistan überfluten, die nach ein oder zwei Monaten auch Russland und Westeuropa erreichen werden. Das sind keine Fantastereien.

Herr von Studnitz hat bei seiner Analyse, welche Rolle Russland innerhalb der Antiterrorcoalition spielt, leider nur einen Faktor erwähnt, nämlich die geopolitische Bedeutung Russlands in der zentralasiatischen Region. Hier würde ich folgende Punkte ergänzen. Erstens: Ohne die materielle Unterstützung durch Russland und Tadschikistan wäre die so genannte Nordallianz längst durch die Taliban zerschlagen worden. Zweitens: Russland ist gegenwärtig der einzige Staat, der die Nordallianz nennenswert mit Waffen und Munition versorgt, und zwar bisher im Wert von circa 40 Millionen US-Dollar. Drittens: Russland wehrt gemeinsam mit den tadschikischen Sicherheitskräften seit zehn Jahren den Strom von Rauschgift und Terroristen an seiner Grenze ab. Ich war 1995 dort und weiß, wie schwer es ist, diese Grenze zu sichern. Davon zeugen die Massen von leeren Patronenhülsen.

Ich denke aber, unsere westlichen Kollegen sollten die Rolle Russlands im Antiterrorkampf heute und in der Zukunft umfassender wahrnehmen.

Herr Rahr hat die Politik gegenüber den Muslimen in Russland erwähnt. Erfreulicherweise gibt es heute in Russland - bis auf Tschetschenien, wo religiöse Argumente von gewöhnlichen Terroristen schamlos benutzt werden - keine gewalttätigen Formen des islamischen Extremismus. Was es aber gibt, sind lokale Erscheinungen von Nationalismus und religiöser Intoleranz im Alltag.

Zugleich behaupte ich, dass man in der Europäischen Union über die eigene islamisch-muslimische Minderheit nur wenig Kenntnis hat, die in einigen Mitgliedsstaaten auch kaum überwacht wird. Es ist eine Tatsache, dass die Regierungen einiger Länder erst aufgrund direkter Hinweise des FBI entdeckten, dass ein Teil der Terroristen, die am Angriff auf das Welthandelszentrum beteiligt waren, in Westeuropa trainiert und dort Geldüberweisungen aus den schwarzen Kassen Bin Ladens erhalten haben. Im Übrigen begrüße ich die offene und selbstkritische Haltung unserer EU-Partner, die das Problem erkannt haben und sich um eine Lösung bemühen.

Wenn hier also Empfehlungen an die Adresse der russischen Regierung geäußert wurden, welche Politik sie gegenüber den Muslimen in unserem Land verfolgen solle, dann möchte ich darum bitten, dass man auch in der Europäischen Union selbst diesem Problem größere Aufmerksamkeit schenkt.

Was die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik angeht, wurde Russland vorgeworfen, wir würden uns gegenüber dieser neuen Struktur zu passiv verhalten und zu wenig für die Entwicklung der Beziehungen tun. Wie jeder Bürokrat halte ich mich an die Tatsachen. Russland hat bereits im Frühjahr 2001 konkrete Vorschläge für die Entwicklung der Zusammenarbeit mit der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemacht. Das betraf etwa den Austausch von Geheimdienstinformationen, unter anderem im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus. Des Weiteren hat Russland angeregt, die Entwicklung von Militärtransportflugzeugen zu unterstützen und bei der schnellen Verlegung von Truppen der Europäischen Union im Bedarfsfall zu helfen sowie bei der Bewältigung von humanitären Katastrophen und in anderen Fällen zusammenzuarbeiten.

Die Antwort aus Brüssel auf alle diese Vorschläge war: Das sei alles ganz interessant, aber man müsse zunächst die Funktionen und Vollmachten der ESVP mit der NATO abgrenzen. Anschließend würde man dann mit Russland darüber sprechen, wie eine Zusammenarbeit aussehen könnte. Wir nennen solches Vorgehen das "Immer-der-Reihe-nach-Prinzip". Deshalb sollte man Russland in dieser Hinsicht nicht unbedingt Passivität vorwerfen.

Herr Ellemann-Jensen hat argumentiert, der NATO-Beitritt von Ländern, die Probleme mit Minderheiten haben, würde zur Lösung dieser Probleme beitragen; denn für die Menschenrechte würden dann einheitliche Standards gelten und in Westeuropa gebe es gesicherte Konventionen, welche die Lage der nationalen Minderheiten regeln. Ich würde das ja gerne glauben, wenn es nicht in der Geschichte der Allianz Fälle direkter militärischer Aggression von einzelnen Mitgliedsländern gegen Drittländer gegeben hätte; es haben auch langwierige Militäraktionen gegen nationale Minderheiten und faschistische Putsche stattgefunden. Leider war die NATO nicht in der Lage, auch

nur einen einzigen dieser groben Verstöße gegen die Menschen- und Minderheitenrechte zu verhindern.

Was unsere baltischen Nachbarn angeht, zeigt sich, dass unsere Sorgen sehr wohl begründet sind. In Estland zum Beispiel wurde vor zwei Tagen ein Gesetz verabschiedet, das russischstämmigen Parlamentsabgeordneten verbietet, ihre Reden auf Russisch zu halten. Wo bleibt denn da die Achtung der nationalen Minderheitenrechte? In Estland sind 40 Prozent der Bevölkerung Russen.

Herr Segbers hat gefragt, wie wir uns gegenüber dem islamischen Extremismus verhalten sollen. Seiner Ansicht nach würde es sich dabei um die Ablehnung der säkularen Zivilisation handeln. Ich sehe im Wahhabismus die neue Form der Radikalisierung des Islam, die den Schiismus in dieser Hinsicht abgelöst hat. Man will damit die alte patriarchalische Gesellschaft vor der Modernisierung mit ihren sozialen und moralischen Schiefen schützen. Wir sollten uns also selbst fragen, was wir vielleicht im Hinblick auf diese patriarchalischen Gesellschaften falsch gemacht haben, um ihnen einen geordneteren Weg zur modernen Entwicklung zu öffnen und katastrophale extremistische Ausbrüche zu verhindern.

### **Steinel**

In dieser Diskussion ist wiederholt angeklungen, dass sich nach dem 11. September vieles verändert hat. Was ich mich indes frage, ist, inwieweit sich eigentlich der Hauptbetroffene in diesem Drama, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, geändert hat. Der Multilateralismus, der hier verschiedentlich positiv erwähnt wurde, und die pragmatische Vorgehensweise, die Herr von Studnitz begrüßt hat, lässt meiner Meinung nach offen, ob die USA diesen Multilateralismus auch weiterhin pflegen werden, wenn die gegenwärtige Krise, was wir alle hoffen, in ihrer unmittelbaren Bedrohung überwunden ist.

Ich befürchte, dass die Vereinigten Staaten geneigt sein könnten, sich künftig noch mehr auf sich selbst zu verlassen. Ich kenne und liebe dieses Land und seine Menschen. Mein Eindruck ist jedoch, dass die politische Elite in Amerika die gegenwärtige Koalitionsbildung nur als eine vorübergehende Erscheinung wahrnimmt und in Zukunft wieder zu einem Unilateralismus zurückkehren wird. Das hängt sicher auch von strukturellen Entwicklungen ab. Ich denke an die NATO-Erweiterung und die künftige Architektur der transatlantischen Sicherheitspolitik.

### **Ruhnau**

Es ist in der Tat die Frage, Herr Steinel, wie lange der Schock vom 11. September anhalten wird. Dabei haben wir es in den USA nicht nur mit unilateralen Tendenzen zu tun, sondern immer auch mit einem potenziellen Isolationismus, der gewissermaßen die übrige Welt außen vor lässt. Ich habe kürzlich einen nicht unbedeutenden Vertreter dieser Theorie, Herrn Goodman, in Berlin dem Sinne nach sagen hören: Wir Amerikaner sind in der Beletage. Die übrige Welt lebt im Souterrain; die füttern wir mit McDonald's und Coca-Cola. Aber die Entscheidungen liegen bei uns. Es sei völlig undenkbar, so Herr Goodman, dass die Amerikaner auf die Interessen anderer besondere Rücksicht nehmen, wenn das nicht im amerikanischen Eigeninteresse liegt. Ich denke, diese Einstellung sollten wir nicht unterschätzen.

Herr Segbers hat von einem antisäkularen Furor gesprochen; man könnte das auch einen antizivilisatorischen Affekt nennen. Aus diesem Grunde halte ich es für so wichtig, dass wir unsere eigenen Wertvorstellungen verteidigen. In dem Zusammenhang verweise ich auf Samuel Huntington, der gar nicht von einem Krieg der Kulturen gesprochen hat - dieser Titel war nur die verkaufsfördernde deutsche Übersetzung. Lassen Sie mich Huntington kurz zitieren: "Individuelle Freiheit, politische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und kulturelle Freiheit, dies alles sind europäische Ideen, nicht asiatische, nicht afrikanische, nicht nahöstliche, es sei denn, sie sind dort übernommen worden." Ich füge hinzu: Die führenden Politiker des Westens sollten allerdings nicht wie Missionare durch die Welt ziehen und anderen Völkern unsere Vorstellungen aufzwingen. Unsere wichtigste Aufgabe sei vielmehr, so Huntington, unsere Werte zu verteidigen und nicht andere Kulturen nach dem Bild des Westens umformen zu wollen.

Ich denke, die Zeit, in der wir als Glücksbringer in der ganzen Welt herumgereist sind und unsere westliche Philosophie den anderen zu oktroyieren versuchten, ist endgültig vorbei. Es ist sicher berechtigt, den Dialog mit der islamischen Welt einzufordern. Da stellt sich aber die Frage: Mit wem sollen wir diesen Dialog führen? Huntington weist zu Recht darauf hin, dass es in der islamischen Welt keinen Kernstaat gibt, mit dem wir verbindlich reden könnten. Das zeigt schon die geschichtliche Entwicklung des Islam, an deren Beginn die erste große Expansion stand, die bis in den Südwesten Frankreichs und in den Norden Indiens reichte. Das moslemische Pakistan ist ein Ergebnis jener

Expansion. Wir haben es also mit sehr unterschiedlichen islamischen Strömungen zu tun, was einen Dialog schwierig macht.

Deshalb - und darin stimme ich Herrn Segbers zu - können wir uns nicht zum Regulator aller Konflikte in der Welt machen. Damit würden wir uns restlos überfordern, was nicht nur eine Frage unserer finanziellen und ökonomischen Ressourcen ist.

Daniel Goldhagen hat im Zusammenhang mit der Situation in Jugoslawien einen wichtigen Hinweis gegeben, der auch für Afghanistan zu beherzigen wäre. Seine These ist: Eine Entwicklung in Jugoslawien in geordneten Bahnen ist nur dann Erfolg versprechend, wenn der Westen sich dort so verhält, wie er es nach dem Zweiten Weltkrieg in Japan und in Deutschland getan hat: das Land besetzen; vierzig Jahre lang dort bleiben und eine Reeducation einleiten. Auf diese Weise sind Deutschland und Japan zu vollwertigen Mitgliedern der westlichen Wertegemeinschaft geworden.

Natürlich lässt sich das nicht überall in der Welt durchführen. Deshalb wäre eine Konsequenz: Jedes Land, das terroristische Aktionen fördert und unterstützt, muss wissen, dass es mit harten Gegenreaktionen zu rechnen hat. Das schreckt ab, und dazu müssen wir in der Lage sein. Das verlangt auf unserer Seite aber völlig andere Militärstrukturen, als wir sie heute haben. Das heißt, wir brauchen andere Sicherheitsstrukturen, was im Übrigen, Herr von Weizsäcker, nichts mit einer Renationalisierung zu tun hat. Die großen Nationalstaaten behalten ohnehin ihre Bedeutung. Solche Sicherheitsstrukturen müssen der Interessenlage der jeweils beteiligten Nationalstaaten entsprechen, auch wenn sie vielleicht sehr verschiedenen Wertekanons anhängen. Auch die Anti-Hitler-Koalition war erfolgreich, obwohl sie aus Partnern mit sehr unterschiedlicher Wertorientierung bestand.

Das heißt, die Bekämpfung des antisäkularen oder antizivilisatorischen Terrorismus ist mit dem Eingreifen in Afghanistan nicht beendet. Da wir nicht eine weltumspannende Volkshochschule einrichten können, um alle Menschen darüber aufzuklären, wie man sich zivilisiert verhält, kommen wir ohne Gewaltanwendung nicht aus. Und dafür brauchen wir interessengeleitete Ad-hoc-Sicherheitsstrukturen, in denen sich jeweils die Staaten zusammenfinden, die in der Lage und bereit sind, mit ihren militärischen und ökonomischen Mitteln etwas auszurichten.

Und was den russischen Präsidenten Putin angeht, das ist ein politischer Führer und ein guter Partner für den Westen. Ich bin davon überzeugt, dass die Russen ihm mehrheitlich vertrauen, und darauf kommt es an.

### **Karaganow**

Ich erteile jetzt Larisa Wdowitschenko das Wort, die Beraterin im Nationalen Sicherheitsrat ist. Sie wird hier - wie das auch für die anderen Offiziellen an diesem Tisch gilt - lediglich ihre persönliche Meinung äußern.

### **Vdovichenko**

Erfreulicherweise stimmt die Analyse, die unsere westlichen Kollegen hier in Bezug auf den internationalen Terrorismus vorgetragen haben, in vielen Aspekten mit unserer Sicht der Dinge überein. Ich stelle zunächst fest, dass wir es heute im Grunde mit zwei Welten zu tun haben, die nach unterschiedlichen Paradigmen leben. Die eine dieser Welten, zu der auch Russland gehört, achtet das Völkerrecht, die Persönlichkeitsrechte und baut ihre Beziehungen zu anderen Völkern auf einer zivilisierten Grundlage auf. Eine zweite Welt lebt nach Vorstellungen, die uns geradezu unverständlich sind, nämlich der Irrationalität, fehlender Anerkennung des Völkerrechts, mangelnder Respekt vor dem nationalen Recht anderer Staaten und völlige Geringschätzung der Persönlichkeitsrechte. Bislang existierte diese zweite Welt weitgehend für sich, ohne irgendwelche besonderen Aktivitäten gegen unsere Welt zu richten.

Am 11. September haben wir nun die Erfahrung gemacht, dass diese zweite Welt beginnt, unsere Welt, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte entwickelt hat, herauszufordern. Bei uns haben sich bereits bestimmte Verhaltensregeln ausgebildet, konkrete Handlungen und ihre Folgen werden rational begriffen und es bestehen Mechanismen, die Aggressionen zurückhalten. Die Ereignisse vom 11. September haben gezeigt, dass wir es mit einer Gefahr zu tun haben, die viele unvorbereitet getroffen hat, denn wir stehen einem Gegner gegenüber, der nach anderen Regeln spielt und nach einem anderen Paradigma lebt.

Dieser Feind ist in der Tat nicht mit einem einzelnen konkreten Staat zu identifizieren. Das heißt, wir haben es mit einem neuen Typ von nichtstaatlichen Subjekten auf der internationalen Bühne zu tun, die jedoch in der Lage sind, Zerstörungen anzurichten, die der Schlagkraft von Staaten durchaus

schon vergleichbar sind. Das ist ein ganz neues Phänomen, das uns im 21. Jahrhundert wohl lange beschäftigen wird; denn das war sicherlich keine einmalige Aktion.

Über dieses Problem haben wir bereits unter anderem mit Amerikanern, Franzosen und Deutschen eingehend diskutiert und sind dabei zu interessanten Ergebnissen gekommen, welche möglichen weiteren Schritte dieses internationalen Terrornetzwerkes zu erwarten sind. Die Briefsendungen mit den Milzbrandregnern, die nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon erfolgten, stellen nach Meinung der Experten allerdings eine Art von Psychoterror dar. Wenn nämlich die Absicht bestanden hätte, mit Hilfe biologischer Waffen eine große Zahl von Opfern zu bewirken, dann hätte man Ebolaviren oder andere hochtoxische Viren verwendet.

Ziel des Psychoterrors ist es, in der Bevölkerung Panik zu schüren. Der Einzelne in der Gesellschaft soll sich verletzlich fühlen und niemand soll sicher sein, dass der Staat sein Leben schützen kann. Viele Länder haben nationale Sicherheitskonzepte verabschiedet - das gilt auch für die Russische Föderation -, die in erster Linie die persönliche Sicherheit und erst dann die gesellschaftliche und die staatliche Sicherheit gewährleisten sollen. Der Anschlag galt deshalb der persönlichen Sicherheit, um die Bevölkerung im gewissen Sinne hilflos zu machen und in Panik zu versetzen und ihr die Unzulänglichkeit der bestehenden Schutzmechanismen vor Augen zu führen. Das kann eine ganze Kettenreaktion auslösen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch den so genannten Cyber-Terrorismus erwähnen. Dabei geht es um das Aufbrechen von elektronischen Netzwerken, das Eindringen in Datenbanken, was dazu führen kann, dass lebenswichtige Kontroll- und Verwaltungssysteme verschiedener Bereiche zerstört werden.

Denkbar ist in einem nächsten Schritt auch ein radioaktiver Terrorismus. Dazu liegt bereits eine Reihe von Studien vor. Die schreckliche Gefahr des nuklearen Terrorismus können wir natürlich nicht ausschließen, und das Völkerrecht und die bestehenden Sicherheitsinstitutionen sind auf eine solche Entwicklung überhaupt nicht vorbereitet.

Sergej Karaganow hat zu Beginn davon gesprochen, die Zeit sei heute dermaßen komprimiert, dass die notwendigen Gegenmaßnahmen sehr viel schneller geplant und durchgeführt werden müssen, als dies vor den Ereignissen vom 11. September der Fall war. Das heißt, es müssen ständige Kommunikationskanäle zwischen den verschiedenen Ländern geschaffen werden, die gegen den internationalen Terrorismus kämpfen. Solche Formen direkter Kommunikation würden es möglich machen, in kürzester Zeit Informationen auszutauschen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. So haben wir auf russischer Seite bereits eine solche Kommunikationsverbindung mit dem Rat für Nationale Sicherheit der USA und mit den entsprechenden Strukturen anderer Länder eingerichtet.

Im Oktober 2001 hat uns der französische Innenminister Vaillant in Moskau besucht und dieses Problem ebenfalls zur Sprache gebracht. Er hat betont, dass im Kampf gegen den internationalen Terrorismus die Einrichtung solcher direkten Kommunikationsverbindungen zwischen den Organisationen und Strukturen, die sich mit diesen Problemen beschäftigen, notwendig ist, damit wir entsprechend gewappnet sind. Wir müssen nicht nur in der Lage sein, schnell zu reagieren, sondern gewissermaßen einen zeitlichen Vorsprung erlangen, indem wir uns gegenseitig vor gefährlichen Eskalationen warnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Notwendigkeit bilateraler Abkommen über die Zusammenarbeit beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus zwischen den entsprechenden Ministerien und Behörden verschiedener Länder betonen. In dieser Richtung wird bereits gearbeitet und die Franzosen sind dabei Vorreiter mit dem Entwurf eines Abkommens für Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit, der zurzeit von den verantwortlichen russischen Stellen geprüft wird. Das Dokument sieht unter anderem gemeinsame Maßnahmen beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus vor, etwa den Austausch von Informationen. Es wäre wünschenswert, auch mit anderen Staaten, die an einer solchen Zusammenarbeit interessiert sind, in dieser Richtung vorzugehen.

Gewisse Fortschritte in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus gibt es auch in der Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union. Im Oktober 2001 haben der Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation O.D. Tschernow und der Leiter der Direktion für internationale Sicherheitsfragen im Apparat des Sicherheitsrates der Russischen Föderation N.N. Uspenskij in Brüssel mit der Führung der Europäischen Union intensive Konsultationen zur Antiterror-Problematik durchgeführt.

Der Generalsekretär des EU-Rates J. Solana hat während dieser Konsultationen angemerkt, dass jetzt ein guter Zeitpunkt wäre, um eine Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU in diesem Bereich zu starten, da nach dem Brüsseler Gipfeltreffen, an dem der Präsident der Russischen

Föderation W.W. Putin teilgenommen hat, die Beziehungen zwischen Russland und der EU in eine neue Phase getreten sind.

A.Vittorino, der Verantwortliche für Justiz und innere Angelegenheiten in der EU-Kommission, sprach von der Notwendigkeit, eine allgemein anerkannte Definition von Terrorismus auszuarbeiten, womit sich die EU gegenwärtig aktiv beschäftigt. Es wird dabei nicht nur um den klassischen Terrorismus gehen, sondern auch um neue Erscheinungsformen wie etwa den chemischen, biologischen und nuklearen Terrorismus. Vittorino ist weiterhin der Ansicht, dass es gute Möglichkeiten für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU im Bereich der Polizei gibt, insbesondere da Europol über ein Mandat verfügt, um die Beziehungen zu Drittländern auszubauen. Es könnte dabei beispielsweise um den Austausch von Informationen gehen, unter anderem über Netzwerke der organisierten Kriminalität und andere relevante Fragen.

Was die Zusammenarbeit Russlands mit der NATO beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus angeht, so zeichnen sich auch hier positive Tendenzen ab. Um die Zusammenarbeit für beide Seiten erfolgreich zu gestalten, muss der Information über den internationalen Terrorismus innerhalb der Allianz ein höherer Stellenwert zugemessen werden. Außerdem müssen die Vertreter der Allianz, die an gemeinsamen Veranstaltungen (Seminare, Verhandlungen und so weiter) mit Russland teilnehmen, bereit sein, solche Informationen mit ihren russischen Kollegen zu teilen.

Abschließend möchte ich feststellen, dass wir uns gegenwärtig in einer entscheidenden Entwicklungsphase befinden, in der es uns entweder gelingen wird, Kanäle der Zusammenarbeit im Kampf gegen den gemeinsamen Feind des Terrorismus einzurichten, oder wir werden auf eigene Faust mit dieser Gefahr kämpfen müssen. Aber allein wird es sehr schwer sein, diese Bedrohung zu besiegen. So können sich beispielsweise Kämpfer der Taliban oder Al-Quaida auf der Flucht vor der Militäroperation in Afghanistan auf andere Länder verteilen, unter anderem auch auf die europäischen, und für eine Zeit "auf Tauchstation" gehen. Währenddessen könnten sie neue Terroranschläge vorbereiten, indem sie die Mechanismen der Geldwäsche nutzen und Geld aus Drogengeschäften und dem illegalen Waffenhandel ansammeln und auch versuchen, Zugang zu Massenvernichtungswaffen zu erhalten. Sollten sie nicht entdeckt werden, könnte es zu neuen schrecklichen Terroranschlägen kommen. Ohne die internationale Zusammenarbeit der Geheimdienste, deren Aufgabe es ist, gegen alle Erscheinungsformen des Terrorismus zu kämpfen, wird es praktisch unmöglich sein, zukünftige Terroristen aufzuspüren und Opfer unter der Zivilbevölkerung zu verhindern, falls die geplanten Taten umgesetzt werden.

### **Ovchinski**

Ein Problem haben wir bisher noch nicht angesprochen, obwohl es zu den anderen Punkten passt, die wir hier diskutieren. Es geht darum, dass es neben einem gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum auch einen gemeinsamen europäischen Kriminalitätsraum gibt. Angesichts dieser Tatsache hat die Europäische Union vor etwa zehn Jahren ein Instrument geschaffen, nämlich Europol, das sich im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit mit der internationalen Kriminalität, der Geldwäsche und mit dem Terrorismus befasst. Russland jedoch hat in den letzten zehn Jahren so gut wie überhaupt keine Kontakte zu Europol aufgebaut.

Obwohl Russland kein Mitglied der Europäischen Union ist und Europol nur Mitgliedsländer angehören können, hätte Russland zumindest den Status eines Beobachters oder eines assoziierten Mitglieds erhalten können. Als ich das russische Interpolbüro leitete, haben wir vor drei Jahren begonnen, die Zusammenarbeit voranzubringen, und man hat uns seitens der EU zu verstehen gegeben, dass wir in allen wesentlichen Aspekten als assoziiertes Mitglied oder als Beobachter mitarbeiten können. Wir müssten uns allerdings an die in Europa geltenden Normen des Rechtsschutzes halten.

Ein Problem ist der schwelende Konflikt zwischen dem Generalsekretariat von Interpol und Europol. Beide schaffen es nicht, ihn beizulegen. Deshalb hatten wir versucht, indirekte Beziehungen zu Europol zu entwickeln, um das Verhältnis zum Generalsekretariat von Interpol nicht zu belasten. Das ist uns seinerzeit aber nicht gelungen. Doch die Ereignisse vom 11. September zwingen uns jetzt dazu, eben dies zu tun. Europol hat durchaus eine effektive Struktur, die rund um die Uhr im Einsatz ist und die innerhalb der Europäischen Union im Kampf gegen die internationale Kriminalität, die Geldwäsche und den Terrorismus erhebliche Informationsarbeit leistet. Das heißt, wir können Europol nicht ignorieren, sondern sollten dringend Kontakte herstellen.

Um diesen Punkt ein wenig zuzuspitzen, möchte ich alle Beteiligten dazu aufrufen, die russischen Rechtsschutzstrukturen mit denen von Europol zu integrieren und gleichzeitig das Interpol-Generalsekretariat und Europol miteinander zu versöhnen.

## **Karaganow**

Das ist wirklich ein prekäres Problem, und ich wundere mich, dass es bisher keine Zusammenarbeit gibt. Ich war der Meinung, Sie hätten das bereits organisiert.

## **Gusseinow**

Zweifellos müssen sich Experten und Politiker heute Fragen zuwenden, die den Schutz des Informationsraumes betreffen, wenn wir ernsthafte und globale Antworten auf die Herausforderungen des Terrorismus erwarten. Ohne die Lösung dieses Problems werden wir in diesem Kampf kaum erfolgreich sein.

Herr Owtschinskij hat eine gemeinsame Strategie im Kampf gegen illegale Geldwäsche angesprochen. Dabei geht es vor allem um eine engere Zusammenarbeit zwischen Organen der Finanzaufklärung in einigen europäischen Ländern und dem entsprechenden russischen Dienst, der auf Initiative unseres Präsidenten neu geschaffen wurde. Dieses Thema würde jedoch eine eingehendere Diskussion auf internationaler Ebene und die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie zur Bekämpfung dieses Übels erfordern. Es ist aber von grundlegender Bedeutung; denn nicht zuletzt Russland wird oft solcher zweifelhaften Geschäfte mit Vertretern der zwielichtigen Geschäftswelt bezichtigt. In diesem Zusammenhang sind häufig auch kritische Stimmen seitens der westlichen Partner zu hören. Leider wurden bislang keine konkreten gemeinsamen Schritte seitens der Europäischen Union und Russland erarbeitet, um solche Machenschaften abzuwehren.

## **Pyadyschew**

Ich möchte einige Aspekte anschnitten, welche die politische und strategische Stabilität in Europa betreffen.

Was die sicherheitspolitische Stabilität angeht, ist die Situation in Europa gegenwärtig keineswegs günstig. Nach wie vor haben wir es hier mit gefährlichen Spannungsherden zu tun, die jederzeit neu aufflammen können. Die Ereignisse vom 11. September haben die Aufmerksamkeit von der Situation in Europa abgelenkt. Aber das, was in den letzten Jahren auf europäischem Boden geschehen ist, hat sich nicht in Luft aufgelöst. Nach wie vor wird am Konzept der so genannten humanitären Intervention festgehalten, eine sehr gefährliche Entwicklung, die vor drei, vier Jahren begann und deren Sinn darin besteht, dass aufgrund irgendwelcher, nicht genau definierter Tatbestände, die zur "humanitären Katastrophe" erklärt werden, staatliche und nationale Grenzen beiseite geschoben, ja sogar die Souveränität ganzer Staaten aufgehoben und die Anwendung militärischer Gewalt in Kauf genommen wird.

In diesem Saal haben wir vor zwei Jahren im Bergedorfer Gesprächskreis über eben diese Aspekte auf dem Balkan diskutiert. Dabei ging es insbesondere um das Kosovo. Seither ist einige Zeit vergangen und die Situation hat sich dort scheinbar beruhigt, zumindest wird so getan, als ob sie sich beruhigt hätte. In Wirklichkeit aber nähert sich die Entwicklung im Kosovo ihrem Endpunkt. Es fanden Wahlen statt, und zwar unter Bedingungen, durch die die Serben dort unterdrückt werden. Das Kosovo ist nicht mehr Teil Jugoslawiens und wird zu einem albanisch-muslimischen Gebilde auf dem Balkan.

Die Entwicklung auf dem Balkan ist aber noch nicht zu Ende. Beim damaligen Gesprächskreis sprachen wir davon, dass es in Europa und vor allem auf dem Balkan zwei oder drei weitere Länder gibt, wo eine solche Entwicklung ebenfalls möglich wäre. Als Nächstes könnte es Mazedonien treffen. Dort findet derselbe Prozess statt wie seinerzeit im Kosovo. Ich könnte weitere Beispiele nennen. Hier besteht ein ernsthaftes Problem und eine große Gefahr, die all unsere hehren Absichten über die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und des Handels zunichte machen kann.

Deshalb sollten wir der strategischen Stabilität auf dem Kontinent das Hauptaugenmerk widmen; denn die Arbeit in diesem Bereich ist bisher wenig zufrieden stellend. Es gab auch viel Wirbel in den Beziehungen zwischen der NATO und Russland innerhalb der G 8 und G 7 und in anderen Organisationen. Es gab mehr Erklärungen als konkrete Fortschritte.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Ich denke, es macht wenig Sinn abzuwägen, was für Russland wichtiger ist: die Zusammenarbeit mit Amerika oder die mit Europa. Ich halte die Zusammenarbeit sowohl mit Amerika als auch mit Europa, aber auch mit China und mit anderen Regionen für gleichrangig. Es fällt schwer, hier ein Land oder eine Region vorzuziehen.

Da an diesem Tisch viele Teilnehmer aus Deutschland sitzen, möchte ich die deutsch-russischen Beziehungen kurz aus einer anderen Perspektive beleuchten. Die Redaktion meiner Zeitschrift



"Mezhdunarodnaja Zhisn" ("Internationales Leben") befindet sich im so genannten "Deutschen Dorf", einem alten Teil von Moskau, wo schon zu Zeiten von Iwan IV. Ausländer, vor allem Deutsche lebten, die damals den Fortschritt in Russland vorangetrieben haben. Unweit der Redaktion gibt es ein Haus, in dem eine junge deutsche Frau namens Anna gelebt hat, die Tochter eines deutschen Geschäftsmanns, die Zar Peter I. abends zu besuchen pflegte. Beinahe wäre sie russische Zarin geworden; aber das Schicksal wollte es anders. Das ist ein Beispiel dafür, was Russland und Deutschland verbindet.

Ein anderes Beispiel: Wenn Sie vom Flughafen Scheremetjewo kommen, sehen Sie direkt vor den Toren Moskaus ein Denkmal des Zweiten Weltkriegs. Dort verlief im November/Dezember 1941 die Front. Das verdeutlicht, wie eng wir in der Vergangenheit auch in schlechten Zeiten miteinander verbunden waren.

Meine Schlussfolgerung ist: Es gibt viele Länder und Kontinente auf der Welt, aber Russland und Deutschland sind durch ihr Schicksal verpflichtet, einander nahe zu stehen und zusammenzuarbeiten.

### **Schaffhauser**

Mir geht es in meinem Beitrag um die europäische Außenpolitik, die europäische Wirtschaftspolitik und um den europäischen Geist. Dabei will ich insbesondere die Defizite der europäischen Politik aufzeigen und die Konsequenzen deutlich machen, die sich dadurch für die zukünftige Entwicklung in der Welt ergeben. Damit dürften auch die Aufgaben klar werden, die es für uns noch zu bewältigen gilt, um dieses Europa zu bauen.

Dazu möchte ich einige Tatsachen in Erinnerung bringen. Das könnte zum Teil etwas polemisch klingen, was indes nicht meine Absicht ist. Mir geht es darum, dass wir gemeinsam über die Dinge nachdenken.

Wenn es das politische Europa bereits gegeben hätte, meinen Sie, dann hätte der Kosovo-Krieg in der Weise stattgefunden, wie wir ihn erlebt haben? Insbesondere hätten wir uns nicht mit der UCK in Rambouillet an einen Tisch gesetzt, obwohl wir wussten, dass sie Terroristen sind und vom Drogenhandel lebten. Meinen Sie, man hätte westliche gegenöstliche Zivilisation, Orthodoxe gegen Katholiken ausspielen können? Bestimmt hätten wir keine ethnischen Säuberungen gutgeheißen, die die Serben aus dem Kosovo vertrieben haben. Dass die Serben mit den Albanern in der gleichen Weise verfahren wollten, kann gewiss keine befriedigende Antwort sein. Aber bedeutet das Protektorat, das Europa dort auf unbestimmte Zeit wird ausüben müssen, eine effektive Lösung?

Wenn es das politische Europa geben würde, meinen Sie, wir wären mit dem Islam in der Weise umgegangen, dass die Konflikte sich verschärften? Ich denke weiter daran, dass Russland vor dem Fall der Mauer und auch nach dem Mauerfall destabilisiert wurde und jetzt sogar Europa destabilisiert wird. Ein politisches Europa würde sich auch im Konflikt zwischen den Palästinensern und den Israelis anders verhalten und stärker darauf drängen, dass die Beschlüsse der UNO umgesetzt werden. Und schließlich würde ein politisches Europa dem Nord-Süd-Verhältnis eine andere Priorität geben. Denn wir wissen alle, dass unsere Unterstützung für die armen Länder nicht ausreicht und dass Handel und solidarische Hilfe gleichermaßen erforderlich sind. In der Tat hat sich der Nord-Süd-Konflikt in den letzten zehn Jahren weiter verschärft.

Und angesichts der Ereignisse vom 11. September: Wenn ein politisches Europa bestanden hätte, würde man sicherlich den Tod von Menschen nicht unterschiedlich bewerten. Der Wert eines Menschenlebens ist für alle gleich und wir hätten genauer hingesehen, als zwischen 600000 und eine Million Menschen der irakischen Zivilbevölkerung den Konsequenzen einer bestimmten Politik zum Opfer gefallen sind, das heißt weit über hundert Mal mehr, als Menschen im World Trade Center ums Leben gekommen sind. Wir hätten sicher auch aufmerksamer auf die Ereignisse in Afrika reagiert, wo einem UN-Bericht zufolge zwischen 400000 und 700000 Menschen getötet wurden, bevor Kabila in Kinshasa einmarschierte.

Wenn es ein politisches Europa geben würde, gäbe es dann eine europäische NATO ohne die Amerikaner? Das wäre dann sicherlich keine NATO mehr.

Meine vorhergehenden Bemerkungen gelten auch für die Wirtschaftspolitik. Zwei Jahre vor dem Mauerfall hatte ich, beraten von Professor Rocco Buttiglione, dem damaligen Berater des Papstes für europäische Angelegenheiten, die Foren der ost- und mitteleuropäischen Länder zusammengeführt. Der Fall der Mauer bot eine großartige Möglichkeit, um eine Politik des vereinten Europa, eines Europa der zwei Lungen zu schaffen, sozusagen ein Marshallplan für Europa. Am 8. Mai 1994 hatten wir die besten deutschen und französischen Wirtschaftler zusammengebracht, um eine gemeinsame Initiative zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Mittel- und Osteuropas ins Leben zu rufen. Aber es ist

nichts in dieser Hinsicht geschehen. Dabei sollte man wissen, dass die Kosten der Erweiterung im Budget der Union nur drei Tausendstel des europäischen Bruttonominalprodukts ausmachen würden, während allein die Durchführung eines realistischen Verteidigungsprogramms das Budget der Europäischen Kommission voll in Anspruch nehmen würde.

Schließlich noch ein Wort zum europäischen Geist, der sich auf die universellen Werte, aber zugleich auf die christlichen Werte gründet. Damit wäre auch eine europäische Reaktion gegen den praktizierten Materialismus verbunden, denn gerade durch den Dialog der Kulturen könnte eine Welt mit mehr Gleichheit entstehen. Ich misstraue denjenigen, die sagen: "Es darf keinen Kampf der Kulturen geben." An sich haben sie Recht, aber neigen sie nicht dazu, ihre Kultur den anderen in einer Weise aufzudrängen, dass kein Dialog mehr möglich ist? Ich meine, das Europa, das wir bauen können und müssen, sollte zuerst seine eigenen Werte finden, die in seinem christlichen Universalismus begründet sind. Dazu gehört zugleich Kenntnis der Wirtschaftspolitik entsprechend den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Europa muss bereit sein, seine eigenen Werte zu verteidigen. Diese Werte basieren wiederum auf dem europäischen Geist, der zwischen Individualismus und Kollektivismus einen Ausgleich sucht, was man Personalismus genannt hat. Ich denke, an diesem Projekt müssen wir in Zukunft bauen, und zwar gemeinsam mit unseren russischen Freunden.

### **Karaganow**

Herr Schaffhauser hat frischen Wind in unsere Diskussion gebracht, indem er nahezu alles in Frage stellte, was wir bisher diskutiert haben. Ich denke, wir sollten seinen Bedenken Rechnung tragen, die mir durchaus begründet erscheinen.

### **Karaganow**

Wir gehen jetzt zu unserem dritten Hauptthema über, das die Überschrift trägt: Russland und die EU: Aufbau eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sicherheitsraumes. Dazu wird Wladimir Ryschkow, einer der erfahrensten Abgeordneten in der Staatsduma, eine Einführung geben.

### **Ryzhkov**

Wahrscheinlich zum ersten Mal in der russischen Geschichte wurde eine europäische Bewegung als rein öffentliche Initiative gegründet. Unser Ziel ist es, die Integration Russlands in die europäischen Strukturen und Institutionen zu fördern, und zwar nicht nur auf Regierungs- und interparlamentarischer, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene. Das heißt, hier kommen Politiker, Experten, Geschäftsleute, Analysten, Nichtregierungsorganisationen und andere zusammen. Zu dieser Bewegung gehören jedenfalls angesehene Politiker, Experten und Geschäftsleute, welche die europäischen Werte teilen und eine Annäherung an Europa anstreben. Ich hoffe, dass wir mit diesem Projekt Erfolg haben werden.

Das Thema, das heute auf der Tagesordnung steht, klingt recht provokativ. Denn es geht um einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sicherheitsraum zwischen Russland und der Europäischen Union. Dabei ist offensichtlich, dass gegenwärtig weder das eine noch das andere existiert, und es ist klar, dass dieses Ziel noch in sehr weiter Ferne liegt. Manche sind sogar der Meinung, dass es gar nicht erreichbar ist. Ich werde versuchen, in Umrissen darzustellen, wie wir in Russland die Lage tatsächlich einschätzen und was man tun könnte, um sie zu verbessern.

Zunächst will ich darauf hinweisen, dass wir seit dem Amtsantritt von Präsident Putin recht gute Fortschritte in den Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union erreicht haben. Ich erinnere nur daran, dass Putin Anfang dieses Jahres in Moskau in seiner jährlichen Botschaft an die Föderale Versammlung die Beziehungen zur Europäischen Union erstmals als eine der drei oder vier wichtigsten Prioritäten für die russische Außenpolitik genannt hat. Interessanterweise hat er in dieser Rede die USA nicht einmal erwähnt. Wir befanden uns damals gerade in einer Periode, in der die Beziehungen zu den USA abkühlten, während die Europäische Union weit nach vorn rückte. Jetzt hat sich die Situation wieder ein wenig verändert, so dass der Eindruck entstehen kann, dass die Beziehungen zu den USA erneut die erste Stelle in der russischen Außenpolitik einnehmen. Ich meine aber, dass dies nicht ganz so stimmt und dass die Beziehungen zur Europäischen Union weiterhin zu den ein, zwei Topprioritäten unserer Außenpolitik zählen.

Mit dem Amtsantritt von Wladimir Putin sind zwei Strategien sichtbar geworden, die es zuvor nicht gegeben hat, nämlich zum einen eine Strategie der Europäischen Union in Bezug auf Russland und zum anderen eine Strategie Russlands in Bezug auf die Europäische Union. Die Dokumente, die in diesem Zusammenhang verabschiedet wurden, sind äußerst verschieden. Die Strategie der

Europäischen Union gegenüber Russland zielt auf die Unterstützung der inneren Reformen und die Anpassung der russischen an die europäische Gesetzgebung. Die russische Strategie ist dagegen in vieler Hinsicht eine Anleitung, wie man sich im Fall von Handelskriegen verhält und die russischen Handelsinteressen gegenüber der Europäischen Union schützt. Doch allein die Tatsache, dass es diese beiden gegenseitigen Strategien gibt, ist sehr interessant. Wir meinen, dass man nun über die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie nachdenken sollte, um unsere Positionen in wirtschaftlichen, politischen und Sicherheitsfragen möglichst weitgehend anzunähern.

Nach dem Machtantritt von Wladimir Putin hat sich also der Dialog zwischen Russland und der Europäischen Union erheblich intensiviert. Sie wissen, dass es jetzt jährlich zwei Gipfeltreffen gibt, im Frühling und im Herbst. Das sind Zusammenkünfte auf höchster Ebene, an denen der russische Präsident, der jeweilige Vorsitzende des europäischen Ministerrats und der Vorsitzende der Europäischen Kommission, Romano Prodi, teilnehmen und bei denen aktuelle Fragen der russisch-europäischen Zusammenarbeit besprochen werden. Das letzte Gipfeltreffen fand am 3. Oktober in Brüssel statt.

Wir können weiterhin feststellen, dass die Zahl der gemeinsamen Komitees und Kommissionen wächst. In den russischen Ministerien beschäftigen sich immer mehr Beamte mit der russisch-europäischen Zusammenarbeit. Das ist ebenfalls sehr erfreulich, weil es zeigt, dass unsere Beziehungen allmählich institutionalisiert werden.

Hinzu kommt, dass in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche große Initiativen ins Leben gerufen wurden, um die Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union zu fördern. Das betrifft vor allem den Wirtschaftsbereich, und darauf will ich jetzt näher eingehen.

So wurde auf dem Moskauer Gipfel von Romano Prodi die Idee eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes vorgetragen und dies sofort vom russischen Präsidenten aufgegriffen. Anschließend haben beide Seiten begonnen, darüber nachzudenken, was diese Idee beinhalten könnte. Doch auf diese Frage gibt es bislang noch keine Antwort. Immerhin wurde eine hochrangige Arbeitsgruppe gebildet, die sich Gedanken darüber machen soll, wie die Idee mit Inhalt zu füllen ist. Des Weiteren wurde in der gegenseitigen Erklärung Russlands und der Europäischen Union auf dem Gipfeltreffen in Brüssel entschieden, ein Konzept für eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie auszuarbeiten. Wir hoffen, dass es dieser hochrangigen Arbeitsgruppe gelingen wird, in einem Zeitraum von vielleicht einem halben bis zu einem Jahr die Grundlagen für das Konzept einer solchen Wirtschaftsstrategie zu erarbeiten.

Bei der zweiten großen Initiative handelt es sich um den so genannten Energiedialog. Auch hier sind gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Heute importiert die Europäische Union etwa 21 Prozent ihres Energiebedarfs aus Russland. In Zukunft könnte sich dieser Anteil nach Berechnungen der Europäischen Kommission auf 40 bis 60 Prozent erhöhen. Diesem Thema kommt also eine hochrangige Bedeutung zu.

Wo stehen wir heute bei diesem Energiedialog? Für das Gipfeltreffen vom 3. Oktober in Brüssel wurde eine gemeinsame Vorlage der Europäischen Union und Russlands zum Energiedialog vorbereitet, welche die Interessen beider Seiten berücksichtigt. Während Russland an Investitionen in seine Öl- und Gaswirtschaft sowie in die Infrastruktur gelegen ist, ist die Europäische Union an einer Erhöhung der Lieferungen interessiert. Beiden Seiten geht es um eine für sich vorteilhafte Handelsordnung. Mit dieser Vorlage gibt es jetzt eine Basis, und wir können hoffen, dass der Energiedialog kein leeres Wort bleibt, sondern die Investitionen und die Ressourcenförderung tatsächlich ansteigen, sodass sich unser Handelsaustausch zum beiderseitigen Vorteil intensiviert.

Die dritte Richtung, die sich entwickelt, ist das Partnerschafts- und Kooperationsabkommens bei der Schlichtung von Handelsstreitigkeiten, die nach wie vor zahlreich sind. Ich denke etwa an den Handel mit Stahl, wo das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen Schlichtungsprozeduren ermöglicht, um Kompromisse zu finden.

Der vierte Aspekt betrifft die WTO. Hier wurde bereits zu Recht darauf hingewiesen, dass man Russland gegenüber zum Teil unsinnige Forderungen stellt. Beispielsweise wird gefordert, dass die russische Gesetzgebung zuvor in Übereinstimmung mit den Normen der WTO gebracht werden muss. Anderen Ländern gegenüber, die der WTO beigetreten sind, hat man sich ganz anders verhalten. Sie konnten beitreten und mussten erst danach in einer bestimmten Übergangsphase ihre Gesetze mit den WTO-Richtlinien in Übereinstimmung bringen. Deshalb besteht Russland auf einer Gleichbehandlung wie bei allen anderen Ländern. In der Schlußerklärung des letzten Gipfeltreffens in Brüssel gab es einen speziellen Absatz zur WTO, und die Europäische Union hat sich verpflichtet, sich für einen möglichst schnellen Beitritt Russlands zur WTO einzusetzen. Ich denke, das Jahr 2004

dürfte ein realistisches Datum sein, das wir anpeilen sollten, um ein vollwertiges Mitglied der Welthandelsorganisation zu werden.

Wichtig ist auch der Dialog der Geschäftswelt. Vor kurzem hat der "Runde Tisch" zwischen Industriellen und Unternehmern Russlands und der Europäischen Union seine Arbeit wieder aufgenommen.

Bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit spielt auch der Dialog über die Erweiterung der Europäischen Union eine bedeutsame Rolle. Russland ist in diesem Zusammenhang ein wenig besorgt. Ich will das am Beispiel Finnlands deutlich machen. Als Finnland seinerzeit der Europäischen Union beitrat, hat Russland einige seiner traditionellen Märkte durch die in der Europäischen Union existierende Quotenpolitik verloren. Brüssel erkennt das an, und wir führen einen fairen Dialog über die möglichen Folgen der EU-Erweiterung. Diese kann, wie unsere polnischen Kollegen hier sicher wissen, auch Auswirkungen auf den russisch-polnischen Handel nach dem Beitritt Polens zur EU haben.

Im Bereich der Wirtschaft hat es also in den letzten zwei Jahren gewisse Fortschritte gegeben, die wir aber keineswegs für ausreichend halten. Die Schwierigkeiten bei den Beitrittsverhandlungen zur Welthandelsorganisation habe ich bereits erwähnt. Des Weiteren fehlen konkrete große gemeinsame Projekte mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Auch im Rahmen der Nördlichen Dimension gibt es so gut wie kein einziges großes Projekt, obwohl der Bau einer Eisenbahnverbindung Moskau- St. Petersburg-Helsinki schon wiederholt im Gespräch war. Ich denke weiter an den Bau einer Autobahn Moskau-St. Petersburg-Helsinki und an eine Hochgeschwindigkeitseisenbahnlinie Moskau-Minsk-Warschau-Berlin. Über die Verlegung von modernen Kommunikationsleitungen wurde bereits diskutiert, als Primakow Premierminister war. Bis jetzt gibt es aber bei all diesen Projekten keinerlei praktische Fortschritte. Es bleibt bei Papieren und guten Absichten. Sie werden verstehen, dass wir darüber enttäuscht sind.

Ebenso fehlt es bisher auf beiden Seiten an einer Wirtschaftsstrategie. Das heißt, wir wissen nicht, was wir uns eigentlich von den künftigen Beziehungen zur Europäischen Union erwarten sollen, und auch die Europäische Union hat offensichtlich keine genauen Vorstellungen davon, was sich Russland von diesen Beziehungen erwartet. Dabei unterstreiche ich, dass die Europäische Union für Russland in wirtschaftlicher Hinsicht bereits heute eine vorrangige Rolle spielt. Gegenwärtig entfallen bis zu 40 Prozent des russischen Außenhandels auf die Europäische Union; nach der Erweiterung werden es 50 bis 60 Prozent sein.

Die Europäische Union ist unser wichtigster Investor; bei den Direktinvestitionen liegen die Länder der Europäischen Union an erster Stelle. Sie sind auch unsere wichtigsten Gläubiger, insbesondere Deutschland und Frankreich. Das heißt, die EU ist in jeder Hinsicht unser wichtigster Handels- und Wirtschaftspartner. Aber wir sind mit dem Niveau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU nicht zufrieden und brauchen schnellere Fortschritte. Ich hoffe, dass wir in dieser Hinsicht durch gemeinsame Anstrengungen vorankommen werden.

Einige Bemerkungen zu Kaliningrad, wo gewisse Divergenzen zwischen den Positionen Polens, Litauens, Russlands und Brüssels bestehen. Während Polen und Litauen für die Beibehaltung eines sanften Grenzregimes mit möglichst transparenten Übergängen für Menschen und Waren eintreten, ist die Haltung Brüssels in Bezug auf Kaliningrad etwas härter. Wir befürchten, dass Millionen russischer Bürger, die im Kaliningrader Oblast leben, und Hunderttausende von polnischen und litauischen Bürgern, die in den Grenzgebieten wohnen, durch die Erweiterung der Europäischen Union im Jahre 2003 oder 2004 voneinander getrennt und die menschlichen, wirtschaftlichen und anderen Beziehungen in dieser Region auseinander gerissen werden. Wenn Brüssel auf einer strikten Einhaltung der Schengener Ordnung und einer konsequenten Kontrolle der Grenzübergänge besteht, wird das nicht nur den Einwohnern von Kaliningrad, Polen und Litauen erheblich schaden, sondern auch die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland insgesamt belasten. Das heißt, wir sollten uns Gedanken darüber machen, dass für Kaliningrad besondere Lösungen notwendig sind, was Visa-, Grenz-, Wirtschafts-, Transit- und andere Fragen angeht. Sonst könnte sich das sehr negativ auf die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union auswirken.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur zwei Zahlen nennen. Im laufenden Jahr werden aus dem russischen Haushalt im Kaliningrader Oblast insgesamt 70 Millionen Rubel investiert; das sind etwa 2,5 Millionen Dollar. Für das nächste Jahr haben wir 800 Millionen Rubel an staatlichen Investitionen in die Infrastruktur des Gebietes Kaliningrad vorgesehen. Das ist eine Zunahme um mehr als das Zehnfache. Damit wollen wir die Infrastruktur und die Lebensbedingungen im Gebiet von Kaliningrad dem Niveau der Nachbarländer Polen und Litauen angleichen. Wenn man uns also vorhält, wir müssten erst einmal selbst etwas unternehmen und eigene Investitionen tätigen, so geschieht das

bereits. Das Programm für Kaliningrad ist eines der größten Investitionsprogramme im russischen Haushalt. Aber wir erwarten, dass die Europäische Union ebensolche Anstrengungen in Bezug auf die Infrastruktur bei den Grenzübergängen, im kommunalen Bereich, in den Häfen, beim Transit und im Energiesektor des Kaliningrader Oblast unternimmt. Mit gemeinsamen Bemühungen lassen sich in dieser Hinsicht bedeutende Fortschritte erzielen.

In der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und bei der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Forschungsraumes gibt es bereits gewisse Fortschritte, obwohl wir auch da enttäuscht sind. Denn das Potenzial der Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich ist enorm, ohne dass es bisher entsprechende greifbare Ergebnisse gibt. Das sind weitgehend nur Absichtserklärungen. Das gilt etwa für den Bereich der Thermonuklearsynthese. Nicht schlecht entwickelt sich die Zusammenarbeit zwischen Eurokosmos und Rosaviakosmos, wo es einige Abkommen über Satellitenstarts und anderes mehr gibt.

Leichte Fortschritte sind auch bei den Visa- und Konsularangelegenheiten festzustellen. Die Europäische Union verlangt von Russland die Unterzeichnung eines Abkommens, das die Rückführung von Emigranten regelt. Das Problem ist, dass die Mehrheit dieser Emigranten keine russischen Staatsbürger sind und Russland die damit verbundenen Kosten fürchtet.

Ich möchte noch auf den Umweltschutz zu sprechen kommen. Bedauerlicherweise ist der Nördlichen Dimension anscheinend irgendwie die Luft ausgegangen, nach dem rasanten Beginn, als die Finnen diesen Vorschlag unterbreitet hatten. Nun ist das Ganze auf einige Umweltschutzprobleme reduziert worden, etwa auf gemeinsame Überlegungen zur Strahlensicherheit und so weiter.

Die Folge ist: Wenn es um die Vorbereitung eines weiteren Gipfeltreffens geht, fallen unsere Beamten jedes Mal in eine Art Panik und zerbrechen sich den Kopf darüber, mit welchen Inhalten man das Treffen füllen könnte. Immer wieder heißt es: "Zwei Mal im Jahr ist zu häufig; besser wäre ein Mal oder sogar nur alle zwei Jahre." Das heißt, es finden Gespräche statt, wohlwollende Wünsche werden geäußert, aber es gibt nur sehr wenig Konkretes. Es fehlt an konkreten Projekten. Das sollte uns zu denken geben; denn das Potenzial ist außerordentlich groß, das aber nur sehr unzureichend genutzt wird.

Hier war auch gelegentlich zu hören, Russland habe das Interesse an der Europäischen Union verloren; die Beziehungen zu Washington seien uns jetzt wieder viel wichtiger. Das trifft indes in keiner Weise zu. In Russland besteht eine sehr nüchterne Einschätzung darüber, dass unser Hauptpartner die Europäische Union ist. Das Interesse der russischen Unternehmen, sich auf dem europäischen Markt zu engagieren, ist ungeheuer groß. Trotz der unbestreitbaren Bedeutung des Kampfes gegen den Terrorismus, der Antiterror-Koalition und der Beziehungen zu den USA dürfte niemand in Russland vergessen, wie wichtig unsere Beziehungen zur Europäischen Union sind, die weiter vertieft werden müssen.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und der Sicherheitspolitik. In dieser Hinsicht ist es noch weit schlechter bestellt als bei der wirtschaftlichen Kooperation. Die Dinge werden dadurch erschwert, dass die Europäische Union gerade erst beginnt, eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Dies gilt insbesondere für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). In der gemeinsamen Erklärung, die Russland und die Europäische Union zu Sicherheitsfragen in Europa am 3. Oktober in Brüssel unterzeichnet haben, heißt es: "Der Dialog im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hängt davon ab, welche Fortschritte die Europäische Union in diesem Bereich erreicht." Das heißt, die Europäer sind sich selbst noch nicht sicher, ob es hier überhaupt Fortschritte geben wird; entsprechend wird die Zusammenarbeit mit Russland vom Vorhandensein oder vom Fehlen solcher Fortschritte abhängig gemacht.

Bislang gibt es auf diesem Gebiet fast überhaupt nichts. Gelegentlich findet eine Zusammenarbeit Russlands mit der EU statt, wie auf dem Balkan, insbesondere im Kosovo und in Mazedonien. Es gibt sporadische Kontakte im Hinblick auf die Situation im Nahen Osten. Auch über die Situation im Südkaukasus, einschließlich des Karabach-Konflikts und alles, was damit verbunden ist, wird gesprochen, also nicht nur über Tschetschenien; denn der Südkaukasus stellt ein viel breiteres Problemspektrum dar. Aber irgendwelche konkreten Strukturen oder Institutionen der Zusammenarbeit gibt es bisher nicht - außer gelegentlichen Flügen von Solana nach Moskau und Gesprächen auf Gipfeltreffen.

Was wir feststellen, ist, dass nach dem 11. September einzelne Nationalstaaten aktiv geworden sind. Deutschland hat sich diesem Prozess durch die dramatische Abstimmung im Bundestag angeschlossen. Frankreich ist auch dabei und Großbritannien sogar von Anfang an. In geringerem

Maße ist die NATO involviert und noch weniger die UNO. Die EU spielt überhaupt keine Rolle; jedenfalls ist uns außer einigen symbolischen Erklärungen bislang keine Aktivität der EU in diesem Bereich bekannt.

Auf dem Gipfeltreffen in Brüssel wurde neben der von mir bereits erwähnten gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit in Fragen der Politik und der Sicherheit auch eine gemeinsame Erklärung zum internationalen Terrorismus aufgenommen. Ich habe beide Verlautbarungen aufmerksam gelesen und muss sagen, dass es sich dabei um recht abstrakte Dokumente handelt. Beim Terrorismus geht es um den Austausch von Informationen und die Einschätzung der Experten. Was den politischen Dialog über Sicherheitsfragen betrifft, werden lediglich einige bekannte Deklarationen wiederholt, dass etwa ein Dialog zum Balkan und zum Kaukasus, über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und über Landminen und so weiter geführt werden muss. Irgendwelche nennenswerte institutionelle Fortschritte und Vorschläge sind darin nicht zu erkennen.

Mein kurzes Fazit ist: Erstens. Russland hat ein sehr großes Interesse an einer Annäherung zur EU. Immer mehr Politiker, Experten und Geschäftsleute stellen bei uns bereits die Frage nach einer langfristigen Integration Russlands in die EU. Sie wollen nicht nur eine Zusammenarbeit und eine vertiefte Partnerschaft, sondern als langfristiges Ziel unserer Beziehungen die Integration. Auch ich vertrete diese Ansicht.

Zweitens. Das gegenwärtige Niveau unserer Beziehungen entspricht nicht dem Potenzial und den Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen. Daran ist Russland zum Teil selbst schuld, denn unsere Handelszölle sind um das Zehnfache höher als die Zölle der EU. Und die Regeln des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens werden von uns viermal weniger eingehalten als von der EU. Aber auch die Europäische Union trifft eine Mitschuld, da sie sich bislang nicht zu ernsthaften gemeinsamen Projekten mit der Russischen Föderation durchringen konnte.

### **Steinel**

Herr Ryschkow hat die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland umfassend und zutreffend dargestellt. Vielleicht sollte man auf russischer Seite, was die weitere Entwicklung angeht, nicht ganz so ungeduldig sein. Noch vor einem Jahr war ein Begriff wie Europäischer Wirtschaftsraum allenfalls akademischen Kreisen vertraut, während man heute schon von einer politischen Realität reden kann, wenn auch noch nicht von einer ökonomischen Realität.

Zumindest in Brüssel haben wir bereits eine recht präzise Vorstellung davon, was der Europäische Wirtschaftsraum bedeuten soll, nämlich die Einbeziehung Russlands in den europäischen Binnenmarkt. Das wird die Aufgabe, sagen wir, der kommenden zehn Jahre sein. Wir sollten nicht vergessen, dass die Schaffung des europäischen Binnenmarktes bereits in den 60er-Jahren auf der Tagesordnung stand; diese Entwicklung wurde dann Mitte der 80er-Jahre durch Präsident Delors beschleunigt. Aber es hat wiederum fast ein Jahrzehnt gedauert, bis das Projekt in der Europäischen Union realisiert wurde. Insofern sind wir jetzt mit Russland in einem Jahr sehr weit gekommen.

Was beinhaltet dieser Europäische Wirtschaftsraum? Ich zitiere aus dem Grundsatzpapier nur einen Paragraphen: "It should cover a wide range of priority areas, ranging from accounting standards to technical standards in legislation, including areas such as environment, energy, customs, government procurement, transport and competition policy as well as strengthened regulation and supervision in financial services." In dieses Szenarium soll Russland einbezogen werden. Ich denke, das ist eine realistische Option, solange nicht der Beitritt Russlands zur Europäischen Union ansteht.

Es dürfte kein Geheimnis sein, dass die Europäische Union zumindest heute nicht darauf aus ist, ein so großes Land wie Russland als Mitglied aufzunehmen. Wir haben bereits genug damit zu tun, in den nächsten Jahren vermutlich zehn weitere Mitgliedsstaaten zu verdauen - keine leichte Aufgabe. Aber Russland hat ja bisher auch nie den Wunsch artikuliert, Mitglied der EU werden zu wollen. So gesehen ist der Europäische Wirtschaftsraum eine sinnvolle Alternative und da sind wir wirklich auf gutem Wege. Im Dezember dieses Jahres trifft sich dazu die so genannte "high-level-group", die auf unserer Seite von Kommissar Patten geführt wird.

Auch der Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation kann nicht im Schnellverfahren vollzogen werden. Mit China wurde darüber länger als zehn Jahre verhandelt. Und auch Russland wird nicht darum herkommen, wenn es Mitglied werden will, die Satzungen dieses Clubs zu akzeptieren. Das heißt, es muss darüber verhandelt werden, unter welchen Bedingungen der Beitritt vollzogen wird.

Ein Problem in diesem Zusammenhang, das zwischen der Europäischen Union und Russland besteht, ist das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, mit dem sich Russland und die EU bereits gegenseitig Handelspräferenzen eingeräumt haben. Diese Vorteile würden die Europäer gern

beibehalten, wenn Russland nach einem WTO-Beitritt verpflichtet ist, auch allen anderen WTO-Mitgliedern die Meistbegünstigung einzuräumen.

Ein Wort zu Kaliningrad, das ein ungelöstes Problem darstellt, selbst wenn die neuen EU-Mitglieder Polen und Litauen nicht sofort das so genannte Schengen-Regime anwenden und damit die Grenzen zu Kaliningrad zu Drittlandsgrenzen werden. Wir haben aber noch einige Zeit, Lösungen für dieses Problem zu finden.

Was die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik angeht, haben sich die Dinge in letzter Zeit beschleunigt, auch wenn vieles davon bisher nur auf dem Papier steht, allerdings schon in sehr detaillierter Form. Das war insbesondere ein Anliegen der deutschen EU-Präsidentschaft. Aber es stehen bisher noch keine wesentlichen assets und capabilities dahinter.

Auch in der Hinsicht erfährt im Übrigen Russland bereits eine gewisse Vorzugsbehandlung gegenüber manchen Beitrittskandidaten zur EU. Polen und andere potenzielle Mitgliedsstaaten haben sich beispielsweise darüber beklagt, dass beim letzten EU-Russland-Gipfel monatliche Konsultationen zwischen Russland und dem außen- und sicherheitspolitischen Ausschuss in Brüssel vereinbart wurden. Das wird bisher nicht einmal kommenden Mitgliedsstaaten eingeräumt. Insofern würde ich fast von einem Quantensprung sprechen, der in den letzten 12 bis 18 Monaten in den Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union stattgefunden hat.

### **Nazarov**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da es draußen recht kalt ist, möchte ich als Vertreter eines Unternehmens, das im Energiesektor tätig ist, Ihre Aufmerksamkeit auf die Problematik der Energiesicherheit lenken, insbesondere was die gegenwärtige Entwicklung der Versorgung mit Erdgas angeht, vor allem mit Pipelinegas (das heißt Gas, das der Verbraucher über Pipelines erhält). Dies ist eine Thematik, die, wie Sie alle wissen, keine Staatsgrenzen kennt. Es ist ein System, dessen Elemente - Förderung, Transport und Verwertung - in einem wechselseitigen Zusammenhang stehen. Sie sind voneinander abhängig und sie sind wiederum mit anderen Elementen des gemeinsamen Sicherheitssystems auf dem ganzen Kontinent verbunden.

In naher Zukunft wird sich der Erdgasbedarf in Europa auf annähernd 300 Milliarden Kubikmeter pro Jahr erhöhen. Einer der Hauptlieferanten ist Algerien, während Norwegen gewissermaßen als Binnenressource zur Erhaltung des gesamteuropäischen Gleichgewichts beiträgt. Russland wiederum ist Hauptproduzent und Lieferant. Außerdem gibt es noch die als zukunftssträchtig angesehenen Gasressourcen in Zentralasien. Eine rasche Erhöhung der Fördermengen und Lieferungen aus Algerien und aus Norwegen ist aufgrund der technologischen Gegebenheiten kaum zu erwarten. Zudem sind die norwegischen Ressourcen für den europäischen Markt heute zu teuer und können deshalb zur Liberalisierung des europäischen Gasmarktes keinen wirkungsvollen Beitrag leisten, um vor allem die Endverbraucherpreise niedrig zu halten.

Leider ist Russland bisher nicht aus seiner Krise herausgekommen. Gegenwärtig verringert sich die Fördermenge, und die Neuerschließung von Vorkommen im Polarbereich wird dies nach Einschätzung von Experten allenfalls für zwei Jahre kompensieren können. Die Prognosen des russischen Wirtschaftsministeriums sagen für das Jahr 2010 ein mögliches Förderdefizit in Russland von 75 Milliarden Kubikmeter voraus. Die Ressourcen, mit denen Europa und die anderen Beteiligten am Erdgasmarkt rechnen, sind zwar in Zentralasien durchaus vorhanden - nicht die Ressourcen sind das Problem; vielmehr sind die vorhandenen Pipelines zurzeit nicht in der Lage, die gewünschten Mengen auf die europäischen Märkte zu bringen. Nach offiziellen Angaben Kasachstans beträgt die Durchlassmenge des vorhandenen Pipelinesystems in Mittel- und Zentralasien, das durch Kasachstan verläuft, gegenwärtig 47 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr. Nach Ausbesserung der Pipelines - hierfür waren 150 Millionen US-Dollar an Investitionen erforderlich - könnte die Durchlassmenge auf etwa 60 Milliarden Kubikmeter pro Jahr erhöht werden.

Ich sprach bereits davon, dass sich der Bedarf in Europa in den nächsten Jahren auf 300 Milliarden Kubikmeter erhöhen wird. Davon kommen 60 Milliarden aus Algerien und etwas über 50 Milliarden Kubikmeter entfallen auf das teure Gas aus Norwegen. Die russischen Fördermengen, wie gesagt, sinken und es wird nicht möglich sein, hinreichend Energieressourcen aus Zentralasien nach Europa zu transferieren. Wie könnte ein Ausweg aus dieser Krisensituation aussehen? Alle Länder, die durch eine nach Westen verlaufende Pipeline miteinander verbunden sind, müssen in einer Übergangsphase die notwendigen finanziellen Voraussetzungen schaffen sowie weitere Erkundungen anstellen und neue Fundorte erschließen, damit neue Pipelines in Betrieb genommen werden können. Diese Übergangsphase kann nach Meinung von Experten drei bis zehn Jahre dauern. Schnelle

Auswirkungen sind aufgrund der technologischen und absatzspezifischen Besonderheiten von Pipelinegas nicht zu erwarten.

Gerade in dieser Übergangsphase könnte man das Problem mangelnder zukünftiger Ressourcen lösen und den steigenden Bedarf an Erdgas befriedigen. Die Entwicklung der Rohstoffbasis auf dem Territorium Russlands und die Kapazitäten, über die Russland heute für den Transport von Erdgas nach Europa verfügt, zeugen davon, dass der Schlüssel zur Lösung der Probleme in der Übergangsphase in Russland liegt. Wobei man diese Probleme nur mit Hilfe so genannter unabhängiger Gaserzeuger (die unabhängig von Gazprom sind) lösen kann. Die unabhängigen Gasproduzenten sind deshalb wichtig, weil sich die staatliche Gazprom bei der Erkundung und Erschließung hauptsächlich auf große Vorkommen konzentriert, da nur solche für ein Unternehmen wie Gazprom rentabel sind. Die Erschließung dauert Jahre und erfordert Dollar-Investitionen in Milliardenhöhe.

Für die kleinen und unabhängigen Produzenten dagegen, die entweder bereits auf dem Markt tätig sind oder auf diesen Markt gehen wollen, stellt sich die Situation anders dar. Sie sind bereit, sich um mittelgroße und kleinere Vorkommen zu kümmern, für die ein geringerer Zeit- und Geldaufwand erforderlich ist. Auf diese Weise könnten diese unabhängigen Gaserzeuger die allgemeine Situation entschärfen und die Energiesicherheit im Bereich der Förderung, des Transports und bei der Lieferung der notwendigen Volumina für den europäischen Markt sicherstellen. Das einzige, was die unabhängigen Erzeuger benötigen, ist die Schaffung normaler Arbeitsbedingungen, die eine Rentabilität ihrer Tätigkeit in Russland ermöglichen. Die unabhängigen Erzeuger werden mit eigenen finanziellen und technologischen Ressourcen in das Gasgeschäft einsteigen. Interessanterweise finden sich in Russland unter diesen unabhängigen Erzeugern in letzter Zeit immer öfter Unternehmen, die sich früher ausschließlich mit Ölprojekten befassten. Ich denke, Sie werden mir zustimmen, dass dies die globale Tendenz widerspiegelt, das heißt, dass viele Ölunternehmen allmählich ins Gasgeschäft wechseln.

Nun einige Worte zur Liberalisierung des europäischen Gasmarktes. Viele denken dabei ausschließlich an das Erreichen möglichst niedriger Preise für den Endverbraucher in Europa. In diesem Falle könnte aber der Liberalisierungsprozess auf dem europäischen Gasmarkt zu einer Untergrabung der Rohstoffbasis in Russland führen, das heute faktisch Garant der europäischen Energiesicherheit ist und einen wichtigen Faktor in militärischer und in anderer Hinsicht darstellt.

Warum ist das so? Erstens. Wenn die europäischen Preise auf ein Niveau sinken, das für den russischen Gaserzeuger beziehungsweise für die Produzenten, die in Russland arbeiten, unrentabel ist, weil damit weder die Produktions- noch die Transportkosten gedeckt werden können, würden sie gezwungen sein, die Gasförderung in Russland einzuschränken. Das könnte wiederum die wichtigste Kohlenwasserstoffbasis für die Versorgung Europas bedrohen.

Zweitens. Wenn der europäische Markt durch die Liberalisierung für die Gaserzeuger unattraktiv wird, könnten diese innerhalb von etwa zehn bis fünfzehn Jahren nach dem Bau entsprechender Transportwege ihre Lieferungen nach Asien umorientieren, etwa nach China, Indien oder in andere Länder. Nach Berechnungen von Experten wird diese Region künftig bis zu 150 Milliarden Kubikmeter Gas verbrauchen. Das wären in etwa die Volumina, die derzeit von Russland nach Europa gehen.

Daher meine ich, dass Europa ernsthaft darüber nachdenken muss, auf welche Weise es sich am Prozess der Reproduktion der Rohstoffbasis auf dem Territorium der Russischen Föderation und am Bau einer neuen Gasleitungsinfrastruktur, die zu einem wichtigen Faktor für das System der gemeinsamen Sicherheit im Wirtschafts- und Energiebereich werden wird, beteiligt.

Eine kurze Bemerkung zu den anderen Gaslagerstätten, auf die Europa heute teilweise zurückgreift. Man darf nicht vergessen, dass einige von ihnen in Staaten liegen, die bekanntlich eine instabile Lage aufweisen. Andere Ressourcen kann man aufgrund von Sicherheitsproblemen in einigen Transitländern nur schwer auf die europäischen Märkte bringen.

Deshalb sollten wir an diesem kalten Wintertag auf diesem hochrangigen Forum nochmals darüber nachdenken, wie die Vertreter der europäischen politischen Institute mit uns zusammen die Verwirklichung dieser wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben sicherstellen können, die heute ausnahmslos alle Akteure unseres gemeinsamen Energieraumes betreffen.

### **Khudolei**

Wie auch immer sich die Beziehungen Russlands zu China, Japan oder zu den USA entwickeln werden, die Europäische Union gehört zweifellos zu den Hauptprioritäten Russlands, da die EU unser



nächstgelegener Nachbar und Handelspartner ist. Aber ich stimme Wladimir Ryschkow zu, dass das Niveau unserer Beziehungen nicht unseren gemeinsamen Potenzialen entspricht.

Das liegt indes nicht nur an irgendwelchen ungelösten Organisationsfragen oder dass bestimmte Verhandlungen nicht oder andere zu oft stattfinden und dabei zu viel Papier produziert wird. Es gibt auch einige schwerwiegendere Gründe, die dagegen sprechen, dass etwas passiert. Daher wird es ungeachtet aller noch so intensiven Bemühungen beider Seiten in den nächsten Jahren keinen wirklichen Durchbruch in den Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union geben. Wir befinden uns erst in der Anfangsphase, damit sehr viel später ein Durchbruch erfolgen kann. Ich denke, dass wir uns in nächster Zeit im Wesentlichen auf kleinere Vorhaben konzentrieren werden, beispielsweise auf einzelne Projekte, die aber nicht lang- und mittelfristig, sondern kurzfristig angelegt sein werden.

Zunächst möchte ich betonen, dass sich Russland und die Europäische Union auf sehr unterschiedlichen Entwicklungsstufen befinden. Das ist besonders auffällig im Nordosten, wo mit Finnland die einzige Grenze Russlands zur Europäischen Union verläuft. Diese Grenze ist heute eine der kontrastreichsten Grenzen der Welt, weil die Unterschiede auf beiden Seiten einfach zu groß sind, was unter anderem dazu führt, dass viele Dinge auf beiden Seiten unterschiedlich angegangen werden. Das ist keine Frage fehlenden gegenseitigen Verständnisses, sondern ist darin begründet, dass man jeweils unter völlig verschiedenen Bedingungen arbeitet. Damit sich das ändern kann, dafür braucht es Zeit.

Ein zweiter Grund wirkt sich gegenwärtig hemmend aus. Die Probleme der Europäischen Union wurden bereits angesprochen, etwa dass man der Erweiterung im Augenblick die Hauptaufmerksamkeit schenkt. Mein Eindruck ist, dass die EU zurzeit mit schwerwiegenden Problemen zu tun hat. Sie führt einige große Projekte durch wie etwa die Reform der Institutionen, der Übergang zu einer gemeinsamen Währung, die Frage einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und die Erweiterung. Das heißt, die Europäische Union muss sich zurzeit vor allem mit ihren internen Problemen beschäftigen, insbesondere wenn es um die Erweiterung geht. Aber auch für Russland haben im Augenblick zahlreiche Probleme der inneren Entwicklung Priorität. So erfordert etwa die Modernisierung des Landes große Anstrengungen, denen wir uns zuwenden müssen.

Ein dritter Aspekt wurde ebenfalls bereits angesprochen. Russland hat für sich bisher immer noch nicht definiert, wie es mit der EU koexistieren und sich mit ihr gemeinsam entwickeln will. Selbst wenn wir uns die offiziellen Dokumente und Reden der russischen Regierungsmitglieder in den letzten Jahren ansehen, finden wir darin ein ganzes Sammelsurium von völlig unterschiedlichen Meinungen zu dieser Frage. Das beginnt damit, dass Russland nicht einmal assoziiertes Mitglied der EU werden möchte, und reicht bis zu einem möglichen Beitritt Russlands zur EU. Natürlich wird ein Beitritt zur EU nicht als Ziel für die allernächste Zukunft formuliert, aber es wird jedenfalls in einer langfristigen Perspektive nicht ausgeschlossen.

Die Strategie 1999 sagt jedoch in diesem Zusammenhang etwas anderes aus. Dort ist davon die Rede, dass selbst eine assoziierte Mitgliedschaft in nächster Zeit nicht möglich ist. Hieraus resultieren wohl auch die Zweifel auf europäischer Seite, wo es im Übrigen ebenfalls ein Sammelsurium vielfältigster Meinungen zu diesem Thema gibt. Ohne in dieser Frage Klarheit zu schaffen, das heißt zu definieren, was wir auf lange Sicht - in zehn, zwanzig oder noch mehr Jahren - überhaupt anstreben, halte ich es für außerordentlich schwierig, ein einheitliches Konzept auszuarbeiten und es dann noch in der Praxis umzusetzen.

Deshalb meine ich, sollten wir den kleineren Dingen größere Beachtung widmen, bei denen man bessere Ergebnisse erwarten kann. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Politik der Nördlichen Dimension hinweisen, nicht nur weil ich in dem Gebiet lebe, das zur Nördlichen Dimension gehört, sondern weil selbst nach einer Erweiterung der Europäischen Union in der angekündigten Größenordnung der Nordwesten Russlands immer noch die einzige Region Russlands sein wird, die direkt an die Europäische Union angrenzt. Diese gemeinsame Grenze wird sich durch das Kaliningrader Oblast und einige andere Regionen des Nordwestens noch verlängern. Von daher kann die Nördliche Dimension zu einem der wichtigsten Aspekte bei der Entwicklung unserer Beziehungen werden.

### **Karaganow**

Ich füge hinzu, dass die Nördliche Dimension gegenwärtig auf westlicher Seite nicht gerade besonders intensiv verfolgt wird. Eigentlich kommt sie über den Rahmen von Seminaren nicht hinaus. Auf russischer Seite wird sie intensiver gefördert. So werden bereits einige Erdölleitungen und -

terminals im Leningrader Oblast gebaut. Außerdem wurde entschieden, ab 2004/2005 neue Gaspipelines in die nordischen Länder zu bauen.

Eine Frage, die uns interessiert, ist, ob sich angesichts der letzten Ereignisse das gesamte Konzept zur Entwicklung einer eigenen Sicherheits-, ja selbst einer eigenen Außenpolitik der EU in der Krise befindet. Vielleicht mühen wir uns ja vergeblich, wenn wir versuchen, mit dem Phantom einer europäischen Sicherheitspolitik und dem halben Phantom einer europäischen Außenpolitik Beziehungen aufzubauen. Vielleicht sollte man den Schwerpunkt auf die Wirtschaft, den sozialen Bereich und andere Bereiche legen und in der Außenpolitik lediglich mit Einzelstaaten zusammenarbeiten. Ich gewinne jedenfalls immer mehr den Eindruck, dass die Dinge so laufen. Auch andere Kollegen machen sich solche Gedanken.

### **Ellemann-Jensen**

Sie stellen die gleiche Frage, die Henry Kissinger vor vielen Jahren geäußert hat: Wenn ich mit Europa sprechen will, dann nennen Sie mir eine Telefonnummer. Natürlich gibt es eine Telefonnummer. Sie können Herrn Solana anrufen. Sie haben natürlich Recht, wenn Sie meinen, dass es noch ein langer Weg ist, bevor es eine gemeinsame europäische Politik gibt. Ich plädiere nicht für Geduld, sondern im Gegenteil für Ungeduld. Ich bin der Auffassung, dass man nicht nachlassen sollte. Deshalb war ich froh über Herrn Ryschkows erfrischenden und ungeduldigen Kick in den Rücken aller fußlahmen europäischen Politiker und Bürokraten. Aber ein solcher Kick sollte auch in Ihre eigene Richtung gehen. Ich bin mir sicher, dass Sie sich dessen bewusst sind.

Ich stimme mit Ihnen voll überein, dass einige Ziele aufgestellt und verfolgt werden müssen, beispielsweise Russlands schneller Beitritt in die Welthandelsorganisation. Das gilt auch für die gesamte Energiedebatte. Sicher, es gibt den Energiedialog mit der Energiecharta-Konferenz, wo sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln. Was die Entwicklung der Geschäftskontakte angeht, meine ich, dass Sie die Versäumnisse bei sich selbst suchen müssen. Denn es ist noch ein langer Weg, um etwa den europäischen Acquis in die russische Gesetzgebung einzuführen und dann diese Gesetzgebung auch zu praktizieren. Da ist noch viel zu tun, bevor Sie die Art von Investitionen absichern können, die wir brauchen.

Aber manchen alten Kram hätte ich von einem so jungen Mann nicht zu hören erwartet. Sie scheinen diesem alten traditionellen Denken immer noch anzuhängen, das alles sei ein Nullsummenspiel. Sie sagten beispielsweise: Wir sind besorgt, dass die Erweiterung der Europäischen Union uns zahlreiche Märkte wegnehmen wird. Sie sähen dies an Finnland, im Fall Polens und bei den baltischen Staaten und so weiter. Versuchen Sie doch, dynamisch zu denken! Wir haben es nicht mit Nullsummenspielen zu tun, sondern mit Entwicklungen, bei denen auch beim Wirtschaftswachstum, das mit der Erweiterung erreicht wird, jeder seinen Vorteil hat, beispielsweise in der Ostseeregion. Ich kann mich dabei auf einige sehr interessante Wirtschaftsstudien berufen, die in Dänemark und in Schweden erstellt wurden und die zeigen, dass das Wachstum in dem neuen Markt innerhalb der Europäischen Union zu Wachstum auch in anderen Ländern führen wird.

Ich gebrauche dieses Argument auch bei uns in Dänemark, denn auch in meinem Land gibt es noch sehr viele traditionelle Vorstellungen. Einige meiner Landsleute sagen: Warum sollen wir Polen und die baltischen Länder beitreten lassen; das wird uns sehr viel Geld kosten. Und das Gegenargument lautet: Ja, es wird viel Geld kosten, aber es ist eine verdammt gute Investition, weil die wirtschaftliche Entwicklung uns allen zugute kommen wird und unsere Vorteile größer sein werden als die Kosten. Das müssen wir auch sicherstellen, wenn wir über Russland sprechen. Deshalb sind alle Programme, die Russland so viel stärker in den europäischen Integrationsprozess einbeziehen, aus ökonomischen, sozialen und sicher auch aus sicherheitspolitischen Gründen ungeheuer wichtig. Das muss in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Dies ist auch der Grund, warum so etwas wie die Nördliche Dimension und der Aktionsplan der Nördlichen Dimension nicht als irgendeine spleenige Idee der finnischen Präsidentschaft beiseite gewischt oder auf Eis gelegt werden sollte. Im Gegenteil, man hat bereits eine Reihe von Treffen arrangiert und einen Überwachungsprozess mit diesem Aktionsplan installiert. Es wird jetzt auf die Europäische Kommission Druck ausgeübt, um die finanziellen Möglichkeiten für jene wichtigen Projekte zu realisieren. Ich stimme voll mit Herrn Chudoley überein, der sagt: Wenn die Europäische Union in der Ostseeregion erweitert ist, wird auch die ganze Philosophie, die hinter dem Aktionsplan der Nördlichen Dimension steht, zunehmend an Bedeutung gewinnen. Nachdem ich vernommen habe, dass irgendjemand in der Kommission zu glauben scheint, dies sei nur eine merkwürdige Idee der Finnen, möchte ich Ihnen versichern, dass die kommende dänische Präsidentschaft in der

Europäischen Union alles tun wird, damit diese falsche Vorstellung aus den Köpfen der Europäischen Kommission verschwindet.

Schließlich möchte ich Sie beglückwünschen, dass Sie dagegen sind, zwei Gipfeltreffen pro Jahr abzuhalten. Ich habe die gleiche Erfahrung gemacht. Wenn man zu viele Gipfeltreffen durchführt, laufen all die armen Sherpas und andere Bürokraten herum und entwickeln ständig neue Tagesordnungen, statt zu versuchen, die alten umzusetzen.

### **Ryzhkov**

Ich kann mich einer Reaktion auf Herrn Ellemann-Jensen nicht enthalten, da mir nur äußerst selten der Vorwurf gemacht wird, altes Denken zu praktizieren. Mir geht es um folgenden Tatbestand. Wenn mein Bekannter aus dem Altai dreieinhalb Stunden nach Moskau fliegt, um dann vier Stunden in der Schlange vor einer der europäischen Botschaften zu stehen, um ein Visum zu erhalten, anschließend wieder nach Barnaul zurückkehrt und noch einmal zwei Wochen wartet, bis er wiederum nach Moskau kommt, um von dort in eines der EU-Länder zu fliegen, dann provoziert solche Vorgehensweise geradezu so etwas wie das alte Denken. Deshalb sollten wir gerade bei solchen Kleinigkeiten sehr aufmerksam sein - obwohl man bei vier bis viereinhalb Millionen russischer Bürger, die jährlich die Europäische Union besuchen, nicht mehr von Kleinigkeiten sprechen kann. Jeder von ihnen wird mit diesem Problem konfrontiert.

Was wir befürchten, ist, dass die Erweiterung der Europäischen Union dazu führen wird, dass wir dann ebensolche Visa nach Prag, Budapest, Warschau und in Zukunft auch nach Vilnius, Riga oder Tallinn benötigen werden. Wenn wir dieses Problem nicht schon heute angehen, kann es in der Tat zu einem Rückfall in altes Denken kommen. Das meinte ich, als ich davon sprach, dass wir die Menschen nicht vergessen dürfen, wenn wir einen Dialog über die Erweiterung der Europäischen Union führen.

Ich bin sehr dankbar für die Hinweise auf die Nördliche Dimension, und ich möchte unsere Freunde in Brüssel dazu aufrufen, diese Initiative stärker zu unterstützen. Ich war vor kurzem in Helsinki und konnte feststellen, dass die Finnen weiterhin zu diesem Programm stehen und auch bereit sind, dafür etwas zu tun. Das dürfte ebenso für die Dänen, die Schweden und auch für unsere deutschen Freunde zutreffen. Die Nördliche Dimension ist wirklich eine sehr aussichtsreiche Sache, die man weiter entwickeln muss.

Ich denke, Konstantin Chudolej wird mir zustimmen, dass die russisch-finnische Grenze heute trotz aller Probleme die beste Grenze Russlands ist. Hier gibt es zwar den größten Kontrast, was die Lebensbedingungen angeht, aber es ist zum heutigen Zeitpunkt die sicherste und am besten organisierte Grenze Russlands, und in dieser Region haben wir die besten Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gemacht. Daher ist die Nördliche Dimension für Russland sehr wichtig. Ich hoffe, sie wird für die Europäische Union genauso wichtig sein.

### **Rahr**

Die gemeinsamen Räume, von denen Herr Ryschkow gesprochen hat, könnten eine Art Vehikel der Annäherung zwischen der EU und Russland sein. Unter Boris Jelzin wurde zehn Jahre lang bis 1999 viel Zeit verloren, als die gemeinsame Agenda im Wesentlichen Gespräche über Schuldenabbau und neue Kredite beinhaltete. Die Europäische Union sah in Russland ein armes, fragiles Land, das man vor dem Zerfall retten musste. Die Rede war allenfalls von einer Anbindung, aber keineswegs von einer Einbindung Russlands in Europa.

Obwohl es sicher noch zu früh ist, verlässliche Aussagen zu treffen, kann man seit dem Amtsantritt Putins vor zwei Jahren immerhin feststellen, dass sich die Beziehungen qualitativ verbessert haben. Insbesondere spielt Russland heute bereits eine ganz andere Rolle in der Weltpolitik und auch in der Weltwirtschaft als noch vor zwei Jahren. Russland ist ein verlässlicher und auch ein attraktiver Partner für die Europäische Union geworden. Dazu hat nicht zuletzt die neue Gesetzgebung beigetragen, die in Russland in den letzten zwei Jahren eingeführt wurde.

Wichtig wäre aber, dass beim Aufbau gemeinsamer Räume bestimmte Prioritäten eingehalten werden. So sollte man mit einem gemeinsamen Wirtschaftsraum und nicht mit einem gemeinsamen Sicherheitsraum beginnen. Erst mit Hilfe der Wirtschaft wird man das Vertrauen schaffen, das später für den Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitsraumes Voraussetzung ist.

Für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum halte ich zwei Dinge für erforderlich. Das eine ist die weitere Öffnung des russischen Marktes für westliche Investitionen. In der russischen Wirtschaft läuft heute vieles bereits erfreulich effektiv, aber es fehlen nach wie vor die Auslandsinvestitionen.

Zweitens sollte die Europäische Union endlich damit beginnen, mit Russland konkrete Gespräche über den Abbau von Handelsbeschränkungen zu führen. Dieses Thema ist bislang immer wieder verschoben worden.

Des Weiteren sollte man über die Schaffung eines gemeinsamen Kulturraumes nachdenken.

Herr Pjadyschew hat gesagt - und das kennzeichnet die Diskussion heute in diesem Land -, Russland könne sich nicht recht entscheiden, ob es seine Prioritäten stärker auf die USA, auf China oder auf die Europäische Union ausrichten soll. Das seien drei gleichwertige Optionen. Eben diese Einstellung verunsichert jedoch die Europäische Union. Was die Europäer sich fragen, ist: Versteht sich Russland primär als künftige Großmacht in der Weltpolitik, die neben der EU agieren will, oder ist es daran interessiert, sich in ein gemeinsames Europa voll zu integrieren? Wenn Russland Letzteres anstrebt, sollte man darüber nachdenken, wie sich eine gemeinsame Außenpolitik zusammen mit Europa in Richtung China und die USA aufbauen lässt. Dies könnte etwa gemeinsame Initiativen im Nahen Osten betreffen, um den israelisch-palästinensischen Konflikt zu entschärfen. Vielleicht sind sogar gemeinsame Friedensmissionen möglich - ich sage dies ein wenig provokativ -, um die Abchasienfrage in Georgien zu lösen. Warum sollte es nicht möglich sein, dass Russland und die EU in solchen Fragen eine gemeinsame Linie verfolgen?

Ich sehe gegenwärtig vor allem drei große Konfliktfelder mit Russland. Das eine betrifft Belarus. Wenn sich die Lage in Afghanistan beruhigt, könnte sich die Europäische Union verstärkt in Richtung Weißrussland orientieren, ein Staat, der erhebliche demokratische Defizite aufweist. Mit anderen Worten: Wie ließe sich die Demokratie in Weißrussland stärken - mit oder ohne Russlands Unterstützung? Das könnte in der Tat zu einem Problemfeld werden, denn Russland und Belarus leben zusammen in einem Unionsstaat.

Das Zweite ist der Zivildialog. Die Europäische Union sieht auf dieser Ebene noch eine ganze Reihe von Defiziten in Russland, während man auf russischer Seite sich in dieser Hinsicht jede Einmischung von außen verbittet. Deshalb sollte man vielleicht weniger über den westlichen Demokratietransfer nach Russland als über eine gemeinsame Modernisierungsstrategie sprechen. Wenn sich die EU eher als Modernisierungspartner Russlands und weniger als Demokratisierungspartner anbietet, würde das auch der Festigung der Demokratie in Russland dienen können, denn ohne Demokratisierung wird sich Russland nicht modernisieren.

Das dritte große Problem stellen aus meiner Sicht die mittel- und osteuropäischen Staaten dar, die der EU und der NATO beitreten wollen und die immer noch erhebliche Vorbehalte gegenüber Russland haben. Auf russischer Seite sieht man in einigen dieser Staaten so etwas wie eine fünfte Kolonne der USA, weil sie sich stärker an der NATO als an der EU orientieren und den Schutzschirm der Amerikaner europäischen Gemeinsamkeiten vorziehen.

Hier zeigt sich, dass die Angst vor Russland in diesen Ländern nach wie vor eine große Rolle spielt. Ich denke, es liegt auch im russischen Interesse, dass diese Ängste überwunden werden. Insofern verwundert es mich, dass Präsident Putin in den zwei Jahren seiner Amtszeit bisher kein einziges mittel-osteuropäisches Land besucht hat. Er war lediglich einmal in Ljubljana, um sich dort mit dem amerikanischen Präsidenten zu treffen. In der Hinsicht sollte Russland im Sinne seiner Verankerung in Europa aktiv werden. Hätte Russland in den neunziger Jahren eine echte Aussöhnungspolitik mit den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten betrieben - wer weiß, ob dann wirklich alle Osteuropäer so vehement in die NATO streben würden.

### **Nazarov**

Wir diskutieren hier darüber, welchen gemeinsamen Raum wir in Europa schaffen könnten. Ich denke, Sie werden mir zustimmen, wenn ich behaupte, dass der Herrgott bereits einen Raum geschaffen hat, in dem wir gemeinsam leben, nämlich die gemeinsame Luft, die wir atmen, das gemeinsame Territorium, die gemeinsamen Flüsse, die uns verbinden und die gemeinsame Umwelt. Und die menschliche Zivilisation ist noch weiter gegangen, indem sie uns die Schaffung eines gemeinsamen Energieraumes ermöglicht hat, der technologisch durch eine Gasröhre verbunden ist und der nicht bei der Europäischen Union und Russland Halt macht, da auch die Ressourcen Afrikas dazu gehören.

Viele Prozesse, die in diesem Raum stattfinden, beweisen, dass die meisten Probleme im Bereich der Energie nicht einfach nur als Probleme in den Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern angesehen werden können, egal wie wichtig diese Länder in politischer und historischer Hinsicht sein mögen. Es gibt gemeinsame energiespezifische Probleme unserer Zivilisation, die man nur gemeinsam lösen kann und muss, indem man die Bemühungen vieler Staaten und Unternehmen vereint.

Genau zu diesen Problemen gehört neben der Reproduktion und Entwicklung der Rohstoffbasis auch die Sanierung der bestehenden und der Bau neuer Transportleitungen, die zu den wesentlichen Garanten einer störfreien Energieversorgung Europas und der Schaffung eines zuverlässigen Systems der Energiesicherheit auf dem Kontinent zählen. Vom Grad der Effektivität bei der Lösung dieser energiespezifischen Probleme wird in vieler Hinsicht auch die gemeinsame Perspektive der Entwicklung Europas in anderen Bereichen abhängen.

### **Ruhnau**

Mein Eindruck ist, dass wir hier in mancher Hinsicht über Scheinalternativen diskutieren, etwa bei der Frage, ob sich Russland künftig stärker nach China, den USA oder nach Europa orientieren wird. Das sind in Wirklichkeit gar keine realen Optionen; denn das ist längst entschieden.

Wie sehen denn die Handelsströme heute aus? Die russischen Exporte machen in die USA neun Prozent und nach Deutschland achteinhalb Prozent aus. Dann folgen die Ukraine, Belarus, Italien und die Niederlande mit je fünf Prozent; die übrigen Länder sind gar nicht mehr aufgeführt. Und was die russischen Importe angeht, steht Deutschland mit 14 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Belarus und der Ukraine; die USA kommen auf 8 Prozent, Kasachstan und Italien sind mit 4 Prozent beteiligt.

Das ist die Realität. Das heißt, die russische Wirtschaft hat ihre Entscheidung längst getroffen. Was in Russland gebraucht wird, ist keine französische Planifikation, wie Herr Schaffhauser meint, und sind auch keine neuen Institutionen. Worauf es allein ankommt, ist, dass Russland die Handelshemmnisse abbaut.

Ich will das an einem konkreten Beispiel verdeutlichen. Nordrhein-Westfalen unterhält in Nischni Nowgorod eine Handelsrepräsentanz und will dort jetzt ein Honorarkonsulat eröffnen. Ich bin gespannt, wie lange die russische Bürokratie braucht, um das zu realisieren.

In Nischni Nowgorod gibt es eine deutsche Firma, die Gipsplatten produziert, von denen sie 25 Prozent nach Deutschland exportiert. So etwas kommt auch der russischen Wirtschaft zugute. Für diese Ausfuhr verlangt die russische Steuerbehörde eine Bescheinigung, dass die Waren die Grenze passiert haben. Diese Bescheinigungen werden in Brest ausgestellt, und die Firma muss einen Vertreter nach Brest schicken, um die Bescheinigungen dort abzuholen. Dass dies mit diversen Aufwendungen verbunden ist, muss ich den Kennern russischer Verhältnisse sicher nicht näher erläutern. Diese Dinge müssen Sie abschaffen, Herr Ryschkow. Denn das ist allein eine Frage des politischen Willens.

Ich nenne ein weiteres Beispiel, die Planung der Autobahn von Paris nach Moskau. Warum werden da immer neue Dinge angedacht? Es gibt bereits eine europäische Planung, nämlich den transeuropäischen Verkehrskorridor zwei, der von Berlin über Warschau, Smolensk nach Moskau verlaufen soll. Boris Nemtsov und ich haben EU-Kommissar Neil Kinnock davon überzeugt, dass die Strecke nach Nischni Nowgorod verlängert werden sollte. Jetzt hat sich die russische Seite des Projekts angenommen und vorgeschlagen, den Korridor bis nach Jekaterinburg zu verlängern. Was ich nicht verstehen kann, ist, dass der kleinste Partner in diesem Konsortium, nämlich Deutschland, den Vorsitzenden im Steering Committee stellt und die Kosten für das Sekretariat trägt. Warum übernimmt das nicht die russische Seite und bestellt dafür einen fähigen russischen Beamten als Vorsitzenden? Solche Dinge muss man auf russischer Seite aktiv betreiben. Das dient der eigenen Wirtschaftsentwicklung und kommt auch den gegenseitigen Beziehungen zugute.

Ich bin aber sicher, Herr Ryschkow, wenn Ihre Generation und die noch Jüngeren, die ich in Nischni Nowgorod erlebe, die Dinge in die Hand nehmen, dann werden die sich von den alten Hüten, den überkommenen emotionalen Vorlieben, die nur Geld kosten und nichts einbringen, sehr schnell trennen. Dafür wünsche ich Ihnen viel Glück!

### **Below**

Ich möchte mich zunächst zu den wirtschaftlichen Folgen des internationalen Terrorismus äußern. Oberflächlich betrachtet erscheint alles recht klar. Die Folgen der tragischen Ereignisse vom 11. September waren Kursstürze an den Aktienmärkten, starke Schwankungen von Aktien einzelner Unternehmen. Es kam zu Krisen auf dem Versicherungsmarkt, im Luftverkehrssektor, Aufträge für die Flugzeugindustrie gingen zurück, der Touristiksektor geriet in eine Krise, und es kam zu einer Krise auf dem Öl- und Brennstoffmarkt. Entsprechend haben sich die Rezessionsprozesse in den USA und in anderen westlichen Ländern verstärkt.

Ein weit tiefer reichendes Problem, das uns bis jetzt noch nicht richtig bewusst geworden ist, betrifft die Veränderungen der Verhaltenspsychologie der Wirtschaftssubjekte und die von ihnen gefällten

Entscheidungen. Dabei verändern sich beispielsweise die Reaktionen der Wirtschaftssubjekte auf die makroökonomischen Regulierungsinstrumente in den führenden Ländern. Das betrifft etwa Reaktionen auf Veränderungen der Zinssätze durch die Zentralbanken oder auf Veränderungen der Steuersätze. Aus diesem Grunde sehen sich die Staaten unter den Bedingungen der globalen Abhängigkeit gezwungen, ein neues Regulierungsmodell für ihre Volkswirtschaften einzuführen.

Unbestimmtheit und Unsicherheit sowie die pessimistischen Erwartungen sind also eine Folge der Terroranschläge. Auch die permanente Erwartung neuer Terroranschläge ist zu einem wesentlichen Bedrohungsfaktor für die wirtschaftliche Sicherheit in den westlichen Ländern geworden. Auch Russland ist in vieler Hinsicht davon betroffen. Der wirtschaftliche Globalisierungsprozess ist leider einer der wichtigsten Gründe für die erhöhte Anfälligkeit der nationalen Volkswirtschaften. Eine Aufgabe der gemeinsamen Zusammenarbeit wird es sein, Schwachstellen in den Volkswirtschaften zu definieren, um den potenziellen Bedrohungen im Wirtschaftsbereich rechtzeitig entgegenwirken zu können.

Ich stimme allen Rednern zu, die Fortschritte im europäisch-russischen Dialog, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, festgestellt haben. In diesem Zusammenhang weise ich besonders auf die Ergebnisse des Gipfeltreffens vom Mai 2001 hin. Ich denke, die Fortschritte sind im Wesentlichen auf die positiven Veränderungen in der russischen Wirtschaft zurückzuführen. Ich werde kurz auf einige von ihnen eingehen.

Anfang November wurde ein Komitee zur Finanzüberwachung gegründet, das am 1. Februar 2002 seine Arbeit aufnehmen wird, wenn das Gesetz gegen Geldwäsche in Kraft tritt. Dieses Komitee wird auch Finanzgeheimdienst genannt. Die Fragen des Eigentums an Grund und Boden sind weitgehend gelöst. Es wurden Humankapitalinvestitionen getätigt unter anderem im Rahmen des Präsidentialprogramms für die Ausbildung von Führungskräften in der Verwaltung. In den letzten drei Jahren wurden mehr als 15000 solcher Führungskräfte ausgebildet, von denen ca. 1500 ein Praktikum in Deutschland absolviert haben. Deutschland hat in dieses Ausbildungsprogramm 32 Millionen DM investiert.

Russland befürchtet nicht ohne Grund wesentliche wirtschaftliche Einbußen nach dem EU-Beitritt seiner osteuropäischen Partner. Diese Verluste werden sich möglicherweise auf Hunderte von Millionen US-Dollar belaufen. Aber leider wurden bis jetzt keine entsprechenden Mechanismen zur Zusammenarbeit unter den neuen Bedingungen eingeführt.

Was Kaliningrad angeht, so haben wir es bislang weitgehend mit einer großen Sprechblase zu tun. Deshalb möchte ich Herrn Ryschkow fragen, ob es schon Arbeitsgruppen gibt, die sich mit den konkreten Problemen dort beschäftigen und Szenarien beziehungsweise verschiedene Modelle für eine mögliche Integration Kaliningrads in den Raum, von dem es in Zukunft umschlossen sein wird, ausarbeiten. Nach meinen Informationen beschränken sich die Aktivitäten derzeit darauf, dass man sich die Dinge gegenseitig zuschiebt. Die deutsche Seite sagt: "Das ist euer Problem." Brüssel sagt: "Findet eine Lösung." Moskau sagt: "Wir bekommen kein Feedback" und so weiter.

Dann zum Konzept eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes, den Herr Prodi angeregt hat. Meiner Meinung nach gehören dazu nicht nur die wirtschaftlichen Faktoren, sondern unbedingt auch Elemente des Rechtsschutzes, der humanitären, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. So sieht Brüssel zum Beispiel in der Harmonisierung der gesetzlichen Grundlagen zwischen Russland und der EU eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes. Das heißt, Russland ist gehalten, die Normen des *Acquis Communautaire* einseitig zu übernehmen. Obwohl die EU von ihren Forderungen gegenüber Russland zur Anpassung seiner rechtlichen Standards an diese Normen Abstand genommen hat, sieht Brüssel diese dennoch als Grundlage eines gemeinsamen europäischen Raumes. Ich meine, diese rechtliche Harmonisierung müsste auf der Grundlage der universellen Vorschläge des GATT und der WTO erfolgen, denen beide Seiten zu entsprechen haben.

In den Beziehungen Russlands zur EU kann nur von einer Harmonisierung einzelner Rechtsnormen die Rede sein, wie etwa von Zollvorschriften, bestimmten rechtlichen Standards und so weiter, welche die staatliche Einheit Russlands nicht gefährden. Bedauerlicherweise sind die Wirtschaftssubjekte vor allem in Russland noch nicht zur treibenden Kraft bei der Annäherung Russlands und der EU geworden.

Es ist klar, warum die Beamten - Herr Ryschkow hat darauf hingewiesen - diesen Treffen skeptisch gegenüberstehen, da sie nicht wissen, mit welchen Inhalten sie diese füllen sollen. Mein Eindruck ist, dass die Interessen der russischen Unternehmen noch nicht die kritische Masse erreicht haben, um die Beamten zu zwingen, sich mit den Problemen zu beschäftigen, die für die Unternehmen

entscheidend sind, die an Partnern in den europäischen Ländern interessiert sind und ihre Waren und Dienstleistungen auf die europäischen Märkte bringen wollen.

Wenn Russland mit seinen künftigen Reformen das Niveau des Acquis Communautaire erreicht, würde auch die Notwendigkeit entfallen, dass Russland der EU beitrifft, weil dann ein geeignetes wirtschaftliches und politisches Umfeld vorhanden ist und Russland im Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehr und auf dem Arbeitsmarkt weitgehend autark wäre. Dann bedarf es nur noch einer relativen Freizügigkeit und Mobilität dieser Faktoren an der Grenze zwischen Russland und der EU. Die europäische und die globale Wirtschaft kennen ja genügend Modelle der Zusammenarbeit im Rahmen von Freihandelszonen, die gegenseitige Vorteile ermöglichen, die man durch die Integration im Bereich der Wirtschaft und der Sicherheit anstrebt.

Gutes Potenzial liegt weiterhin in der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern, wobei Deutschland unser wichtigster Wirtschaftspartner ist. Im Februar dieses Jahres wurde die Gründung einer russisch-deutschen Agentur zur Investitionsförderung beschlossen; aber geschehen ist seitdem nichts. Das sind rein theoretische Überlegungen, die in der Praxis nichts bringen.

Auch beim Bergedorfer Gesprächskreis im Oktober 1999 in Moskau wurde darüber gesprochen. Es geht darum, das derzeit ineffektive Außenhandelssystem aufzugeben und die Zusammenarbeit in den modernen Bereichen wie der Informatik, der Biotechnologie, der Gentechnologie und der Weltraumforschung zu intensivieren. Dazu gehört vor allem auch, die regionale Zusammenarbeit auf ein neues Niveau zu bringen und die Beziehungen zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen in Ostdeutschland wiederherzustellen. Darüber wird bei uns zwar geredet, aber es ist an der Zeit, dass - wie im Falle Kaliningrads - die russische Legislative und Exekutive Anstrengungen unternimmt, damit den Worten Taten folgen können.

### **Schaffhauser**

Mit einem Berater von Präsident Putin hatte ich ein Treffen mit einigen der größten europäischen und französischen Firmen in Paris organisiert: Électricité de France, die jährlich circa sechs Milliarden Euro im Ausland investieren. Vinci, einer der weltweit größten Akteure auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie; die Firmengruppe Suez und Vivendi, die insgesamt einen Umsatz von 60 Milliarden Euro machen; Total Fina Elf sowie Eureco, der größte Versicherungsinvestor in den östlichen Ländern. Alle diese Unternehmen waren sich darin einig, dass es in Russland einer Art Staatsagentur bedürfe, um langfristige Investitionen zu unterstützen. Eine bestimmte Vision des Wirtschaftsliberalismus, die nur in den Theorien jener existiert, die nie in der Wirtschaft tätig gewesen sind, hat dazu beigetragen, dass alle sozialen und staatlichen Regulierungen auf wirtschaftlichem Gebiet aufgehoben wurden.

Auch bei der Entwicklung unserer Länder - ich denke zum Beispiel an Frankreich und Italien - gab es diese Art von Staatsagenturen, um die langfristigen Investitionen zu fördern. In Frankreich untersteht die Caisse des Dépôts, die Aktiva von mehr als 1000 Milliarden Euro verwaltet, der Kontrolle des Parlaments, und in Italien gibt es IRI. In den deutschen Bundesländern gibt es die Regionalbanken, und wenn man die wirtschaftliche Entwicklung in Spanien betrachtet, sind es lokale Banken. Wenn es heißt, die großen französischen Gesellschaften wollten nicht in Russland investieren, dann kann ich darauf nur antworten, dass alle diese Gesellschaften, die zu den größten Investoren der Welt zählen, zu Investitionen bereit sind, wenn wir dort gemeinsam ein solches Investitionsinstrument einsetzen könnten.

Ich füge hinzu, dass ein solches Instrument zwei weitere Vorteile hätte. Diese Entwicklungsbank, wie wir sie nennen könnten, würde es zugleich ermöglichen, dass die gesamten russischen Außenaktiva nicht für kurzfristige Gewinne, sondern für Maßnahmen genutzt werden können, die der russischen Wirtschaft langfristig zugute kommen, wobei die Académie Européenne bereit ist, ihr Know-how unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Diese Agentur hätte zweitens Interesse daran, eine kontrollierte Liberalisierung - aber keine mafiosen Systeme - zu fördern, um alle Aktiva, die noch zu privatisieren sind, zu ihrem richtigen Preis auf den Markt zu bringen. Ich hoffe, dass man in den kommenden Monaten ein solches Investitionsinstrument einsetzen wird und die Russen wahrnehmen, dass es einen Konsens unter den Wirtschaftsexperten gibt, die die Entwicklung in ihren Ländern in diesem Punkt gefördert haben. Ich denke an die ehemaligen Kommissare der französischen Planung, an die früheren Präsidenten von IRI in Italien und die Vertreter der großen europäischen Unternehmen sowie an die Vertreter der liberalen und zentristischen politischen Kräften beispielsweise von der Europäischen Volkspartei im Europäischen

Parlament, die ein solches Instrument befürworten. Ich hoffe, dass wir in dieser Hinsicht von russischer Seite eine Antwort erhalten werden - positiv oder negativ.

Der dritte Punkt betrifft die Verteidigungspolitik. Die Amerikaner haben gerade ein umfassendes Programm für eine neue Flugzeuggeneration gestartet. Als Berater eines französischen Militärflugzeugbauers halte ich es für absolut notwendig, wenn Europa in seinen Wahlmöglichkeiten unabhängig bleiben will, dass es gleichfalls über die modernen Technologien verfügt. Ich denke, wir sollten gemeinsam ein ähnliches Programm starten. Das schließt natürlich die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten nicht aus, würde die Europäer aber in die Lage versetzen, den Dialog mit den Amerikanern auf gleichem Niveau zu führen.

Abschließend noch eine eher philosophische Bemerkung. Wenn der Heilige Vater von einem Europa mit zwei Lungen spricht, dann verweist das nicht nur auf die beiden Traditionen, die orthodoxe und die katholische, die beide Teile desselben europäischen Körpers sind. Das heißt, dass wir ein Europa bauen müssen, in dem gewissermaßen die östliche und die westliche Lunge gleichermaßen funktionsfähig sind. Russland gehört zwar nicht den europäischen Institutionen an, aber es ist durch seine Geschichte und seine Geographie tatsächlich ein vollwertiges Mitglied der europäischen Gemeinschaft und Kultur. Ich denke, dass Russland ein wichtiger Förderateur des kommenden Europa sein könnte.

### **Smolar**

Einige Anmerkungen zu dem sehr eindrucksvollen Beitrag von Herrn Ryschkow. Erstens stimme ich mit Herrn Chudolej und Herrn Below voll überein, dass das Hauptproblem in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland nicht eine Frage von Dokumenten auf Gipfeltreffen ist. Das eigentliche Problem besteht in einem dramatischen Ungleichgewicht zwischen Russland und der EU und in der Anpassung der Rechtsstrukturen.

Es gibt eine Interessengemeinschaft von Mitteleuropa, Russland und der Ukraine hinsichtlich der Grenzregime. Wir sind sehr daran interessiert, hier keine große Abgrenzung entstehen zu lassen. Und wir sind sehr besorgt, was die Auswirkungen des Schengen-Abkommens angeht, die möglicherweise durch die Konsequenzen des 11. September verstärkt worden sind. Wir sollten alles tun, um die Kränkung normaler Menschen zu vermeiden, die aus geschäftlichen, aus Studiengründen oder als Touristen in die Europäische Union kommen wollen und die in eine dumme Lage geraten, wie sie Sergej Karaganow und andere beschrieben haben. Dies ist ein Problem der Flexibilität des Schengener Systems. Zumindest sollte die Zahl der Stellen, wo Visa zu bekommen sind, vermehrt werden und auch andere Formen von Visa angeboten werden. Hoffentlich zeigt die Europäische Union in diesem Punkt einige Fantasie und Flexibilität. Insbesondere schreckt das keine Gangster ab, sondern wirkt nur gegen ganz normale Leute.

Wir sind natürlich auch sehr dafür, dass sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen uns entwickeln. Aber wir haben große Teile der russischen Märkte verloren. Das hat nichts mit den Grenzen der Europäischen Union zu tun. Zum Beispiel haben wir im August 1998 durch die Finanzkrise in Russland viel verloren. Wir sind im Vergleich zu anderen europäischen Ländern viel schwächer und waren nicht in der Lage, unsere Exporte nach Russland zu subventionieren. Wir haben auf diese Weise den Agrarmarkt eingebüßt, weil die Exporte der Europäischen Union kräftig subventioniert werden. Deshalb liegt das Problem nicht in unserem Beitritt zur EU, sondern darin, was für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen getan werden kann. Damit eine Entwicklung stattfinden kann, muss Russland seine Politik gegenüber Mitteleuropa definieren.

Es ist ganz aufschlussreich, dass hier einiges über die Nördliche Dimension gesagt wurde. Aber über Mitteleuropa sprechen Sie nur in wirtschaftlichen Kategorien. Alexander Rahr hat darauf hingewiesen, dass die führenden russischen Politiker nicht die mitteleuropäischen Länder besuchen. Darin zeigt sich ein Mangel an Interesse. Und das ist ein politisches Problem. Russland hat seine eigene Politik gegenüber dem so genannten Nahen Ausland, und Russland hat seine eigene Politik gegenüber westlichen Ländern, auch wenn beides zeitweise einem Wechsel unterliegt. Aber Russland hat bis heute seine Politik gegenüber Mittel- oder Osteuropa nicht ausgearbeitet. Moskau wird seine Politik sicherlich dann definieren, wenn wir nicht nur in der NATO, sondern auch in der Europäischen Union sind. Doch das kann ein wenig spät sein. Mitteleuropa ist ein relativ großer Markt. Der Handelsaustausch zwischen Polen und Deutschland ist größer als der zwischen Russland und Deutschland. Mitteleuropa ist für Russland ein traditioneller Markt, aber Russland ist auch ein traditioneller Markt für Mitteleuropa. Deshalb freuen wir uns, dass im Januar nächsten Jahres zum ersten Mal seit acht Jahren wieder ein russischer Präsident, nämlich Herr Putin, Polen besuchen wird. Ich meine, das ist eine sehr gute Nachricht.



## Medish

Meine zwei Punkte beziehen sich auf die EU und auf den Isolationismus der USA.

Zunächst zur EU. Ich war außerordentlich beeindruckt von Wladimir Ryschkows intensiver Darstellung, was die Bedeutung der Beziehungen zwischen Russland und der EU angeht. Das unterstreicht die Frage, die ich gestern in Bezug auf unsere strategischen Möglichkeiten gestellt habe. Ich fragte für den Westen: Sind wir bereit, ein "Ja" als Antwort zu akzeptieren? Das wird die entscheidende Frage für das kommende Jahrzehnt sein. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland stellen eine äußerst günstige Möglichkeit dar, und wir sollten daran denken, dass sich die Dinge in den vergangenen fünf oder zehn Jahren sehr viel schneller bewegt haben, als irgendjemand erwartet hat. Deshalb bin ich der Auffassung, dass die russische Mitgliedschaft in der EU in den nächsten fünf oder zehn Jahren keine Fantasievorstellung mehr ist.

Mein Freund Uffe Ellemann-Jensen sagt: Seien Sie ungeduldig. Ich unterstreiche das sowohl für die EU als auch für Russland: Seid gegenseitig und auch gegen euch selbst ungeduldig. Die Amerikaner sind normalerweise ungeduldig. Dies ist die Chance für einen Marshallplan, wie Herr Schaffhauser sagte. Das ist in der Tat die Gelegenheit. Nicht zurückblicken! Es hat eine lange Zeit gebraucht, um Spanien, Portugal und Griechenland zu integrieren. Es mag zu lange dauern, die Türkei zu integrieren. Verpassen Sie nicht die Gelegenheit mit Osteuropa und auch nicht mit der früheren Sowjetunion!

Aus amerikanischer Sicht geht die EU-Bürokratie viel zu lasch und viel zu langsam in ihren Beziehungen mit dem Osten voran. Genauso wie Russland sich gegenüber dem Westen ambivalent verhalten hat. Doch es gibt einen Unterschied. Die EU ist groß, sie ist mächtig und stark, und sie ist in der Lage, die Initiative zu ergreifen, während Russland nicht unbedingt in einer solchen Position ist. Es ist verständlich, dass die EU zögerlich gewesen ist; denn sie befindet sich mitten in zwei unglaublich wichtigen historischen Prozessen. Auf der einen Seite findet die Vertiefung der EU durch die Währungsunion statt. Auf der anderen Seite geht es um Beitritt und Erweiterung in einem unerhörten Ausmaß. Das Problem ist, dass die Schwierigkeiten bei der vorlaufenden Vertiefung Hindernisse schaffen für die Geschwindigkeit beim späteren Erweiterungsprozess.

Ich stimme mit den anderen Rednern darin überein: Die Beziehungen zwischen Russland und der EU sind wichtiger als die Beziehungen Russlands zur NATO. Die NATO ist nützlich; sie war lange Zeit auch eine bedeutende Organisation. Jetzt ist sie bloß noch nützlich. Ich denke, die europäisch-russischen Beziehungen werden in Zukunft unverzichtbar sein.

Mein zweiter Punkt betrifft das Thema Isolationismus/Unilateralismus der USA. In dem Zusammenhang sind Fragen im Hinblick auf die Psychologie in den Vereinigten Staaten aufgeworfen worden. Herr Steinel hat sehr deutlich gefragt: Wie lange wird der Schock wirken? Wird Amerika aus seinem Schlaf und seinem Isolationismus aufwachen? Hier würde ich vorsichtig sein, denn wenn man den Kritikern von Amerika zuhört, dann ist Amerika stets im Unrecht. Es ist entweder isolationistisch, unilateralistisch oder imperialistisch. Was immer wir tun, wir machen es falsch. Deshalb sind alle diese Begriffe nicht so sehr brauchbar. Das hat mit Amerikas überlegener militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Macht zu tun. Wir tun immer weniger, als von den Aktivisten verlangt wird, und wir tun immer mehr, als die Multilateralisten es wünschen. Wir können das nicht ändern.

Ich möchte es so sagen: Wir müssen unsere Sache besser machen. Dabei ist das "Wie" genauso wichtig wie das "Was". Wir müssen lernen, wie man es besser machen kann. Wir müssen eine Balance finden, um euphorische Engagements zu vermeiden, denen dann Phasen des Eskapismus folgen. Wir brauchen einen geduldigen Aktivismus; wir müssen bereit sein, die Initiative zu ergreifen, aber auch offen sein für Konsultationen und multilaterales Handeln.

Deshalb waren viele vernünftige Leute in den Vereinigten Staaten und vielleicht auch in Europa und in Russland besorgt über die ersten Signale der Bush-Administration, die in den ersten Monaten drei klare Ziele zu verfolgen schien: erstens Konsolidierung in Sicherheitsfragen; zweitens Unilateralismus in der Außenpolitik generell, sowohl in Sicherheits- wie auch in Wirtschaftsfragen; und drittens eine Laissez-faire-Wirtschaftspolitik. Zum Teil war das rein politisch bedingt als Kritik der Bush-Administration an der Clinton-Administration, der man vorwarf, eine zu verworrene Außenpolitik betrieben zu haben. Für Clinton, so das Bush-Lager, gab es kein Problem, das er nicht zu lösen versuchte. Während Clinton verworren war, wollte Bush einfach nur klar sein.

Gleichwohl glaube ich, dass der 11. September, welche Tragödie und welches Desaster er auch immer darstellte, Amerika wachgerüttelt hat. Dies ist der Anfang eines dialektischen Prozesses. Die Bush-Administration befindet sich in ihrer allerersten Phase. Sie hat mit den drei vorerwähnten Charakteristika begonnen. Ich glaube, das Denken entwickelt sich, und das ist gut so.

Lassen Sie mich auf einen Punkt eingehen, den Herr Smolar geäußert hat, nämlich: Bringen Sie nicht einen notwendigen Krieg mit dem notwendigen Internationalismus und der Globalisierung durcheinander. Es besteht in unserem Land wie auch in allen Ihren Ländern die Gefahr der Remilitarisierung des außenpolitischen Denkens. Es wäre für uns alle eine Tragödie, wenn die Bedeutung des 11. September primär darin läge, dass wir vom Primat der politischen Ökonomie, die das Hauptthema der 1990er-Jahre war, zu einem Primat der Sicherheit zurückkehren; zurück zur Welt von Thomas Hobbes, dem pessimistischen englischen Philosophen.

Dazu eine Fußnote. Herr Kowalew hat mich daran erinnert, dass ich das letzte Mal in diesem Raum zusammen mit Premierminister Putin war, als die Arbeitsgruppe der G 7 im November 1999 über das organisierte Verbrechen in Moskau tagte. Es ist gut festzustellen, dass unsere Zusammenarbeit über dieses Thema sich zunehmend vertieft. Aber Herr Kowalew hat etwas über dieses Problem in Mittelasien und in Afghanistan gesagt, was aus amerikanischer Sicht nicht ganz zutreffend ist. Er meinte, unsere Drogenprobleme kämen größtenteils aus Mittelasien. Das ist jedoch nicht der Fall. Die hauptsächlichsten Drogenströme in die Vereinigten Staaten stammen aus Lateinamerika und aus Ostasien. Wir hatten dazu eine lange Debatte in unserer Regierung, in der wir uns fragten, ob wir uns bei der Drogenproblematik tatsächlich um Mittelasien und Afghanistan kümmern sollten; denn diese Drogen kommen gegenwärtig nicht auf unseren Markt. Jetzt erkennen wir, wie kurzsichtig es war, uns nicht damit zu befassen.

Mein letzter Punkt hat mit dem zu tun, was Janusz Onyszkiewicz zu den Definitionen von Aggression und Angriff gemäß dem NATO-Artikel 5 ausgeführt hat. Hier stimme ich mit ihm in gewisser Weise nicht überein. Ich denke, die Unbestimmtheit hat ihren Wert. Sie sollten diese Frage nicht überbewerten. Das mag daher rühren, dass ich in einer Tradition des Gewohnheitsrechts und nicht des Zivilrechts groß geworden bin. Ein berühmter Richter an unserem Supreme Court wurde einmal gefragt: Was ist Pornographie? Und er antwortete: Ich kann das nicht definieren, aber ich weiß es, wenn ich es sehe. Das ist ein wichtiger Punkt. Janusz meinte, eine Definition sei schwierig, weil die Attentäter ein Flugzeug benutzt haben, um das World Trade Center, ein ziviles Ziel, zu treffen. Sei es deshalb nicht gut, unterstellte er, dass sie auch das Pentagon getroffen haben? Das geht völlig an dem Tatbestand vorbei. Dabei übersieht er, dass zivile Ziele ebenfalls militärische Ziele sind. Mit anderen Worten: Wenn eine Rakete das World Trade Center getroffen hätte, wäre das eindeutig eine Kriegshandlung gewesen, und wenn ein Flugzeug als Rakete benutzt wird, um ein ziviles Ziel zu treffen, dann ist das ebenfalls ein kriegerischer Akt. Ich weiß es, wenn ich es sehe. Ich hoffe, die Teilnehmer an diesem Tisch sehen das auch so.

### **Sidirov**

Ich möchte nur einige Beobachtungen aus der praktischen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Bereich der multilateralen Diplomatie schildern.

Ich halte den Dialog mit der Europäischen Union für unbedingt notwendig, der allerdings nicht nur einen Uhrenvergleich im Ziel haben darf, sondern der möglichst auch die Positionen auf dem Weg dahin abstimmen sollte. Herr Ryschkow hat das deutlich und überzeugend dargelegt. Dabei geht es nicht nur um die Abstimmung der Positionen mit der Europäischen Union, sondern mit einem viel weiteren Kreis von Staaten. Denn die Europäische Union spricht auf der internationalen Bühne in der Regel nicht nur in eigenem Namen und im Namen ihrer Mitgliedsstaaten, sondern auch im Namen einer großen Gruppe von Beitrittskandidaten. Das heißt, die Grenzen bei der Abstimmung der Positionen sind viel weiter, als die Grenzen der gegenwärtigen Europäischen Union.

In unserer täglichen Arbeit mit der EU verspüren auch wir Diplomaten einen Impuls, der von höchster Ebene ausgeht. In der Praxis erfahren wir natürlich ebenso die Schwierigkeiten in der Arbeit mit der Europäischen Union, die sich besonders in Verhandlungen zeigen, wenn es um die operative Abstimmung von konkreten Dokumenten geht. Mitunter gewinnt man den Eindruck, dass die Brüsseler Diplomatie langsamer arbeitet als die Moskauer. In einigen Punkten macht es jedoch keinen Sinn, auf bilateraler Ebene mit Mitgliedsstaaten der EU zu diskutieren. Ich denke etwa an Tschetschenien. So ist es in der UNO-Menschenrechtskommission sinnlos, mit den Mitgliedern auf bilateraler Grundlage zu diskutieren; denn alle berufen sich auf die in der EU abgestimmten Positionen und verweisen auf Brüssel.

In anderen wichtigen Fragen müssen wir den Dialog allerdings nicht mit der Europäischen Union führen, sondern bilateral mit einzelnen Staaten. Als Beispiel nenne ich das Thema nukleare Abrüstung und strategische Stabilität. In der Europäischen Union gibt es bisher keinen gemeinsamen Ansatz in diesen Fragen. Die Standpunkte differieren hier recht stark. Das reicht von Irland, das zusammen mit sieben anderen Staaten der Antinuklear-Koalition für eine radikale nukleare Abrüstung eintritt, bis hin

zu England und Frankreich, die Nuklearmächte sind. Daher bringt es wenig, mit der Europäischen Union über die strategische Stabilität zu sprechen. Aus diesem Grunde plädiere ich dafür, die Tagesordnung des Dialoges mit der Europäischen Union nicht zu überlasten und sie nicht in eine Tagesordnung für die UNO-Vollversammlung verwandeln zu wollen. In der praktischen Arbeit zeigt sich außerdem, dass das Land, das jeweils die Präsidentschaft in der EU innehat, über große Einflussmöglichkeiten auf die Position der Europäischen Union verfügt.

### **Adam**

Einige Fußnoten zum Thema Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Herr Karaganow hat hier von einem Phantom gesprochen. Ich meine, wir sollten nicht vergessen, dass die Europäische Gemeinschaft in den fünfziger Jahren bewusst als Wirtschaftsunion begonnen hatte. Die Einbeziehung der eigentlichen politischen Kernbereiche hat erst in den letzten zehn Jahren angefangen. Vierzig Jahre lang war es ein ungeschriebenes Gesetz, dass Uniformierte in den EU-Gremien keinen Platz hatten. Das hat sich nunmehr geändert.

Wenn ich an den Anfang der deutschen EU-Präsidentschaft 1999 zurückdenke, dann ist es fast ein Wunder, dass wir inzwischen schon so weit gekommen sind. Welche Schwierigkeiten es bedeutet, fünfzehn Staaten mit ganz unterschiedlichen militärischen Traditionen institutionell unter einen Hut zu bringen und sie vor allem zu gemeinsamen Aktionen außerhalb des eigenen Territoriums zu veranlassen, dürfte jedermann einleuchten. Jedenfalls ist es ungleich schwieriger, ein Einsatzszenario out of area zu definieren, als eine klassische Verteidigungsposition aufzubauen. Um es deutlich zu sagen: Der Artikel 5 des NATO-Vertrages macht bei der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik keinen Sinn.

Auf der anderen Seite bin ich davon überzeugt, dass das ESVP-Projekt trotz aller Schwierigkeiten Erfolg haben wird. Das macht ein einfacher Zahlenvergleich deutlich. Die fünfzehn EU-Staaten haben zusammen mehr Soldaten unter Waffen als die Vereinigten Staaten oder als Russland. Die Ausgaben, die die Europäer dafür insgesamt aufwenden, entsprechen etwa 70 Prozent des amerikanischen Verteidigungshaushaltes; die Kampfkraft jedoch, die wir damit erreichen, beträgt, optimistisch geschätzt, allenfalls 15 Prozent dessen, was die amerikanischen Streitkräfte leisten können. Der Grund besteht in überholten Strukturen und größtenteils veralteten Ausrüstungen und Ausbildungen, die den neuen Herausforderungen, vor denen wir stehen, überhaupt nicht angemessen sind.

Ich kann mir derzeit kaum Einsatzszenarien vorstellen, wo die Europäische Union als eigenständiger Akteur handeln kann. Die Europäer sind dabei zumindest auf den politischen Beistand Russlands angewiesen, und in zahlreichen Expertengesprächen ist auch klar geworden, dass die militärische Unterstützung durch Russland bei solchen Aktionen wichtig ist.

Klar ist aber auch, dass die ESVP eine schrittweise Annäherung der Europäischen Union und der NATO bedeutet. Die Streitkräfteplanung wird zum großen Teil bei der NATO verbleiben. Ohne Rückgriff auf NATO-Ressourcen wird keine Einsatzplanung möglich sein. Der stellvertretende Oberkommandierende der NATO hat seinen Platz im Militärausschuss der EU, und er trägt auch die militärische Verantwortung für etwaige Operationen der Europäischen Union. Wenn also die Beziehungen zwischen der EU und Russland im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik intensiviert werden sollen, dann müssen gleichzeitig - und das ist auf dem letzten EU-Russland-Gipfel deutlich geworden - die Beziehungen zur NATO intensiviert werden. Deshalb bin ich über die sehr negative Reaktion von Sergej Karaganow auf den jüngsten Vorschlag von Tony Blair bezüglich einer möglichen Mitgliedschaft Russlands in der NATO doch ein wenig enttäuscht. Denn bei allen Schwierigkeiten eines solchen Schrittes im Detail sollte man den guten Willen nicht ignorieren, der in dem Vorstoß von Blair zum Ausdruck kommt. Auch auf europäischer Seite wächst die Einsicht, dass der ständige NATO-Russland-Rat in den Ergebnissen unbefriedigend ist und man nach - auch institutionellen - Wegen suchen muss, um die Beziehungen hier zu intensivieren. Wenn wir uns in dieser Hinsicht einig werden, sind wir sicherlich auf einem guten Weg.

### **Karaganow**

Ich hoffe, Herr Adam, dass Sie Recht haben und ich mich irre. Aber ich und viele meiner Freunde haben gegen die Unterzeichnung der Grundsatzcharta und insbesondere gegen die Schaffung eines ständigen Russland-NATO-Rates protestiert, da wir diesen Weg für eine Sackgasse hielten. Und wir haben Recht behalten. Ich hoffe, dass wir diesmal Unrecht haben. Der Vorschlag von Blair erinnert uns jedenfalls stark an einen ähnlichen Vorschlag aus dem Jahre 1997, nur dass die neue Variante weiter gefasst ist. Aber ich halte das wiederum für eine Sackgasse.

## Weizsäcker

Zunächst möchte ich Herrn Ryschcow für seine Ausführungen besonders danken. Ich denke, die Präzision und die Substanz Ihres Denkansatzes und auch die Ungeduld Ihres Temperaments haben uns wichtige Einsichten vermittelt.

Was die Entwicklung eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes anbetrifft, hat das, was Herr Steinel aus der Sicht der EU gesagt hat, deutlich gemacht, wie groß die Übereinstimmung zwischen den beiden Positionen bereits ist. Wir sollten nicht vergessen, dass die Schaffung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes nicht einfach ist und viel Zeit braucht. Das hat auf europäischer Seite ein Jahrzehnt gedauert. Da braucht man viel Geduld, ohne die sich aber kein Erfolg erreichen lässt.

Zur politischen Union kann ich nur unterstreichen, was Rudolf Adam ausgeführt hat. Die Europäische Union hatte sich dieses Ziel gesetzt, ohne dass dem die Realität bereits entspricht. Mit der Währungsunion und der Einführung des Euro könnte jetzt eine Situation entstanden sein, die Europa auf die Dauer zwingt, mit der politischen Union voranzukommen.

Während der ganzen neunziger Jahre war die Außen- und Sicherheitspolitik weithin mehr national als integriert ausgerichtet. 1999 hat es jedoch einen wichtigen Schritt nach vorn gegeben mit dem Beschluss, in den nächsten Jahren der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die erforderliche Substanz zu verschaffen. Das ist nicht - wie immer wieder unterstellt wird - gegen die NATO gerichtet, sondern es ist geradezu die Bedingung für den Fortbestand der NATO, die sich von einem reinen Verteidigungs- zu einem Sicherheitsbündnis - wenn Sie so wollen, zu einem kollektiven Sicherheitsbündnis - weiterentwickeln muss.

Diese zwar langsame, aber insgesamt positive Entwicklung in der EU in Richtung auf eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat nun durch die Ereignisse vom 11. September eine zweifache Unterbrechung erfahren.

Zum einen musste auf die legitimen Bitten der Amerikaner eine rasche Reaktion erfolgen, die durchaus auch in unserem eigenen Interesse lag. Für diese schnelle Reaktion besaß Herr Solana nicht die erforderlichen Mittel. Deshalb waren hier unumgänglich wieder die einzelnen Nationalstaaten gefragt. Daraus sollten wir aber nicht den Schluss ziehen, da habe sich wieder einmal gezeigt, dass die Europäer im Grunde genommen in militärischen Fragen überhaupt nicht an eine gemeinsame Sache denken. Diese Einschätzung halte ich für falsch. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in Europa in Richtung der Gemeinsamkeit weiter vorankommen werden.

Die andere Unterbrechung seit dem 11. September ist auf russischer Seite erfolgt, deren Reaktion wir alle als positiv empfunden haben. Dass Russland dadurch wieder mit den Amerikanern ernsthaft ins Gespräch gekommen ist, liegt absolut auch in unserem europäischen Interesse. Auch wir Deutschen tun uns leichter, mit Russland weiterzukommen, wenn das russisch-amerikanische Verhältnis stimmt. Das gilt im Übrigen auch in Bezug auf die russisch-polnischen Beziehungen. Je besser diese Beziehungen sind, desto leichter wird es für Deutschland, mit Russland die Zusammenarbeit zu intensivieren.

Das bedeutet aber nicht, dass die wesentlichen Strukturfragen gelöst sind, wenn die Folgen des 11. Septembers einigermaßen überwunden sind. Und damit bin ich wieder beim Thema Unilateralismus der USA. Ich denke, es ist eine objektive Feststellung und kein Zeichen mangelnder Freundschaft, wenn insbesondere die Europäer bis zum 10. September den Eindruck haben mussten: Amerika ist so mächtig und sieht sich in der Lage, seine Interessen überall dort durchzusetzen, wo es ihm wichtig schien - ob wir anderen das nun gutheißen oder nicht. Das nenne ich unilaterales Verhalten.

Dies zeigte sich vor allem in der Art, wie Amerikaner mit den Vereinten Nationen umgegangen sind. Das war unter Clinton nicht anders als in den ersten neun Monaten der Bush-Administration. Ich erinnere eine Situation im amerikanischen Senat, als ich dort Reformvorschläge für die UNO vorzutragen hatte und im Verlauf der anschließenden Diskussion den Wunsch äußerte, die Amerikaner möchten doch bald eine Entscheidung darüber treffen, ob sie Mitglied der UNO werden wollten oder nicht. Das mag sich jetzt ein wenig anders darstellen. Dennoch halte ich die Frage von Herrn Steinel für berechtigt, ob wir tatsächlich davon sprechen können, dass der Unilateralismus überwunden ist.

Auf dem Wege von einem reinen Verteidigungsbündnis zu einem Sicherheitsbündnis wird die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zweifellos eine wichtige Rolle spielen. Russland wiederum hat, wenn es um die Partnerschaft in der Weltwirtschaft geht, ein vitales Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, während die Russen in Bezug auf die

Sicherheitspolitik ein vitales Interesse an einem vernünftigen Verhältnis zur NATO haben. Wir Europäer sind sowohl an der NATO als auch an der ESVP vital interessiert. Nun kann ich mir zwar auf lange Sicht eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO durchaus vorstellen, sehr viel weniger jedoch eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union, ohne dass dies die Beziehungen zwischen der EU und Russland beeinträchtigen dürfte.

Herrn Adam stimme ich insofern zu, als Tony Blair mit seinen Vorschlägen eine offene Diskussion darüber anstoßen wollte, wie denn ein angemessener Platz Russlands in der NATO aussehen könnte. Mit anderen Worten: Wie viel NATO will Russland? Und inwieweit müssten die NATO-Strukturen geändert werden, wenn Russland tatsächlich dem Bündnis beiträgt? Umgekehrt: Wie viel Russland verträgt die NATO? Auch diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Ich halte es indes schon für einen großen Fortschritt, dass wir heute so offen über die uns alle vital berührenden Fragen einer gemeinsamen Sicherheit reden können. Dass man in Russland gegenüber Tony Blairs Vorschlag skeptisch ist, wie Herr Karaganow deutlich machte, ist mir verständlich.

Mein Fazit ist: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der gemeinsame Europäische Wirtschaftsraum sind Ausdruck einer großen europäischen Erfolgsgeschichte, wenn es auch mitunter nur sehr langsam vorangeht. Deshalb ist es gut, wenn man auf russischer Seite - wie in diesem Gesprächskreis - bisweilen ungeduldig ist und schnellere Fortschritte anmahnt. Genau das macht ja den Wert dieser Bergedorfer Gespräche aus, dass uns hier Gelegenheit gegeben ist, offen und kritisch über strittige Fragen zu debattieren. Ich kenne jedenfalls keine andere Einrichtung, die das in gleicher Weise ermöglicht.

Herrn Karaganow möchte ich meinen Dank und Respekt dafür aussprechen, dass er in seiner Diskussionsführung Entschiedenheit und Toleranz so konstruktiv zu verbinden wusste, dass für uns alle daraus ein optimaler Nutzen erwachsen ist. Ich sehe jedenfalls zuversichtlich künftigen Treffen hier in Moskau oder anderswo entgegen. Dann werden wir sehen, ob der Ungeduld von Herrn Ryschkow entsprechende Taten gefolgt sind.

### **Karaganow**

Vielen Dank, Herr von Weizsäcker. Ihnen und unseren Freunden vom Bergedorfer Gesprächskreis möchte ich dafür danken, dass Sie nach Moskau gekommen sind und so viele interessante Teilnehmer mitgebracht haben. Ich möchte aber nicht versäumen, der Organisationsstelle des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, insbesondere Frau Tatjana Viktorowna Borisowa, der Generaldirektorin und Leiterin der Organisationsabteilung, zu danken. Ohne sie wäre es zweifellos nicht möglich gewesen, von russischer Seite so viele Mitglieder des Rates und andere russische Experten hier zu versammeln.